Die Anfänge der völkischen Bewegung in Franken

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der Hohen Philosophischen Fakultät der

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen

vorgelegt von

Heinz Preiß

aus Nürnberg

1937

Verlag F. Willmy

1937/360

Referenten: Prof. Dr. Zimmermann
Prof. Dr. Frh. von Guttenberg

Dekan: Prof. Dr. Herrigel

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Juni 1937

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinem Gauleiter

dem Frankenführer Julius Streicher!

VORWORT

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, die Anfänge der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung in Franken zu bearbeiten und damit einen Baustein zur Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung zu liefern.

Als Quellen einer Arbeit über die Anfänge der völkischen Bewegung in Franken stehen in erster Linie die von dem Vorkämpfer Julius Streicher geschriebenen Aufsätze zur Verfügung, deren hauptsächliche von dem Verfasser schon in einer Auswahl gesammelt worden sind. Ergänzt werden diese den Eindruck des Tages vermittelnden Zeugnisse durch Selbstzeugnisse der beteiligten Personen, durch die Aeußerungen der Presse und durch einschlägige Akten aus dem Hauptarchiv der NSDAP. in München, dem Gauarchiv der NSDAP. in Nürnberg, dem Polizeipräsidium Nürnberg-Fürth. Für den einleitenden Teil haben außerdem das Stadtarchiv Nürnberg, die Stadtbibliothek Nürnberg, die Industrie- und Handelskammer Nürnberg, die Rechtsanwaltskammer Nürnberg, die Aerztekammer Nürnberg und die Reichsschrifttumskammer einiges statistische Material zur Verfügung gestellt. Dem Referenten der Arbeit, Herrn Professor Dr. Zimmermann, dankt der Verfasser für seine Ratschläge.

Das Schrifttum ist im Hinblick auf die landschaftliche Besonderung der Aufgabe ausgewählt worden.

Inhaltsverzeichnis

I. Das Judentum in Nürnberg 9

II. Die Novemberrevolte in Nürnberg
und der Kampf der Freikorps gegen Spartakus 29

III. Die Anfänge der völkischen Bünde 39
Die Deutsche Sozialistische Partei

IV. Die Deutsche Werkgemeinschaft 58

V. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
bis zur 1. nationalen Erhebung 68

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41533908_0136

Schriftennachweis

Barbeck, H. Geschichte der Juden in Nürnberg und Fürth. Nürnberg 1848.

Bartels, A. Jüdische Herkunft und Literaturwissenschaft. Leipzig 1925.

Berendt, E. Soldaten der Freiheit, Parolebuch des Nationalsozialismus 1918 bis 1925. Berlin 1935.

Briegleb, H. C. B. Die Ausweisung der Juden von Nürnberg 1499. Leipzig 1868.

Frank, W. Franz Ritter v. Epp, der Weg eines deutschen Soldaten. Hamburg 1934.

Frank, W. Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung. 2. Aufl. Hamburg 1935.

Freudenthal, M. Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg 1874 bis 1924. Nürnberg 1925.

Fritsch, Th. Handbuch der Judenfrage. 39. Aufl. Leipzig 1935.

Ganzer, K. Vom Ringen Hitlers um das Reich. 1924—1933. Leipzig 1935.

Gärtner, G. Mit uns zieht die neue Zeit. Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Jahre 1928. Nürnberg 1928.

Hitler, A. Mein Kampf. 30.—31. Aufl. München 1925.

Holz, K. Der Freiheitskampf in Franken. Nürnberg o. J.

Kautter, E. Sozialismus (Nationalpolitische Aufklärungsschriften). Berlin 1934.

Kanzler, R. Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren. München 1931.

Körber, R. Pugel Th., Antisemitismus der Welt in Wort und Bild. Dresden 1935.

v. Oertzen, F. Die deutschen Freikorps 1918—1923. München 1936.

Preiß, H. Der Ruf zur Tat. Ges. Aufsätze Julius Streichers. 1920—22. Nürnberg 1937.

Rose, F. Juden über Deutschland. Berlin 1934.

Rock, C. Brückner H. Judentum und Musik. München 1936.

Salomon, F. Die deutschen Parteiprogramme, Heft II. 3. Aufl. Leipzig 1924.

Schmid, J. Die bayerische Judenpolitik unter dem Ministerium Montgelas. Programm zum Jahresbericht des Realgymnasiums und Reformgymnasiums in Nürnberg. Schuljahr 1919/20. Nürnberg 1920.

Schmidt, F. Geschichte des 2. Batl. des 21. Inf.-Rgts. in Nürnberg vom Ende des Weltkrieges bis zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Nürnberg 1935.

Schulz, F. Jude und Arbeiter. Ein Abschnitt aus der Tragödie des deutschen Volkes. Berlin 1934.

Sponholz, H. Durchbruch zur Macht. Berlin 1935.

Volkmann, E. O. Revolution über Deutschland. 21.—30. Tausend. Oldenburg 1930.

Wawrzinek, K. Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873—1896). Eberings histor. Studien. Berlin 1927.

Weigel, H. Aufbruch der Nation 1914—1933. Als Manuskript gedruckt.

Abkürzungen

D.S. = „Deutscher Sozialist“
D.V. = „Deutscher Volkswille“
D.St. = „Der Stürmer“
D.S.P. = „Deutsche sozialistische Partei“
D.W. = „Deutsche Werkgemeinschaft“
Fr.K. = „Fränkischer Kurier“
H.A. = „Hauptarchiv der NSDAP. in München“
K.P.D. = „Kommunistische Partei Deutschlands“
M.S.P. = „Mehrheitssozialistische Partei“
P.P.Nbg. = „Polizeipräsidium Nürnberg-Fürth“
W.F. = „Weiße Fahne“

I.

Das Judentum in Nürnberg

Die völkische Bewegung ist als politische Kraft erst wirksam geworden, als das deutsche Volk nach einem Heldenkampf ohnegleichen den Glauben an sich selbst verlor und den Auflösungstendenzen, die schon in Zeiten scheinbarer Blüte sich entwickelt hatten, freie Bahn ließ. Denn die Revolte von 1918 ist keine Revolution im eigentlichen Sinne, getragen von aufbaufähigen Kräften, die den Staat im Sinne einer Höherführung des Volkes umgestalten wollen, sondern sie ist der Ausdruck der Mutlosigkeit und Verzweiflung, der Selbstaufgabe derjenigen, die bis dahin den deutschen Staat gestützt und beherrscht hatten. Das furchtbare Ergebnis dieses Zusammenbruchs bestand darin, daß die irregeführten Massen im Augenblick der tödlichen Gefahr, da haßerfüllte und siegestrunkene Feinde Deutschlands Vernichtung bereiteten, dem letzten Hort ihrer Freiheit und Existenzsicherung, dem kämpfenden Heer, in den Rücken fielen und das deutsche Schwert zerbrachen. Was bis dahin nur wenigen Einsichtigen bewußt geworden war, das trat nun für die Allgemeinheit überraschend überall in Erscheinung. Als der geistige Urheber der ehrlosen Empörung trat das Judentum auf die Bühne. Es war sein Schicksal, „das Ferment der Dekomposition" in den Gastvölkern zu sein.

In der Gründerzeit äußerte sich eine Judengegnerschaft wohl hier und da aus rein wirtschaftlichen Beweggründen. Die Abneigung gegen die Juden verstärkte sich mehr und mehr, als sich die Folgen der Judenemanzipation zeigten. In Büchern und Schriften setzten sich Gelehrte und Schriftsteller mit der Judenfrage auseinander. Aber sie taten das nur beiläufig und mehr aus dem Gefühle heraus, als auf Grund sorgfältiger Studien. Zu diesen gehörten Heinrich Nordmann, der 1861 die Schrift „Die Juden und der deutsche Staat" herausgab und der Philosoph Eugen Dühring, der „Die Judenfrage als Rassenschändlichkeit" behandelte. Eine politische Note gewann der Antisemitismus dann durch den Kampf der Altkonservativen gegen Bismarcks Bündnis mit den Liberalen und die Angriffe des Zentrums gegen den judenfreundlichen Kurs der liberalen Kulturpolitik des Kanzlers.[1]) Die wichtigsten Vertreter waren Heinrich v. Treitschke, Otto Glagau, Paul de Lagarde, Adolf Wahrmund, der

[1]) Wawrzinek, K. Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien.

Philosoph Eduard v. Hartmann und Houston Stewart Chamberlain. Die Wirkung dieser Kampfschriften war gering. Sie reichte nicht weit über Teile der Gebildeten hinaus. Die judengegnerischen Gelehrten vermochten nicht die Masse des Volkes zu erfassen.[1])

In eine bedeutsame Rolle wuchs die Antijudenbewegung allerdings erst durch den Kampf Adolf Stoeckers.[2]) Er hatte den verderblichen Einfluß des Judentums erkannt und kämpfte in der Christlich-sozialen Partei in den 70er und 80er Jahren einen harten und schweren Kampf. Stoecker war glühender Monarchist und sah mit Achtung auf die herrschende Aristokratie. Er versuchte in dieser das Interesse für den Sozialismus und die Judenfrage zu erwecken. Er war einer der Wenigen, der damals die große Gefahr mit klarem Blick erkannte, die in dem Gegensatz Aristokratie und Arbeiterschaft lag. Stoecker war ein glänzender Redner und vorzüglicher Agitator. Er begann mit einem gewaltigen Anfang. Aber von vornherein stand er in einer Zwischenstellung, die nicht zuletzt in der Doppelseitigkeit seines Lebens begründet war. Er war Geistlicher und Politiker, Sozialist und Aristokratenfreund. Er wagte sich zwischen zwei Fronten, die damals schon so erstarrt waren, daß der Versuch, sie zu verbinden, nicht nur ungemein schwer, sondern auch äußerst gefährlich war. Stoecker sah ein, daß er sich einer der beiden Gegebenheiten anschließen mußte. Obgleich die Aristokratie von Anfang an ihn als den Bürgerlichen ansah und entsprechend behandelte, entschied er sich für diese. Wie oft wurde er vor die Entscheidung gestellt: Hofprediger oder Volkstribun! Er wollte beides sein und beides vereinbaren. So verlor er die Verbindung mit dem Volk. Die Aristokratie aber, für die er kämpfte, wies ihm die kalte Schulter. Als das Judentum durch eine raffinierte Falle, den Baeckerprozeß, ihn in einen zweifelhaften Ruf brachte, da entledigte sich auch die Aristokratie dieses Mannes, und Stoecker stand bald einsam auf weiter Flur. Er wurde gezwungen, aus der Deutschkonservativen Partei, der die Christlich-soziale Partei angeschlossen war, auszutreten. Stoecker scheiterte, weil er sich an eine Klasse von Menschen band, die durch ihre Herkunft und Tradition niemals die Judenfrage verstehen konnten.

Mehr Erfolg hatte der Bibliothekar der Universität Marburg, Otto Boeckel[1]). 1887 stellte er sich selbst als antisemitischen Reichskandidaten im Wahlkreis Marburg auf und wurde gewählt. Boeckel war Redner und Organisator. In Hessen stieg seine Bedeutung bald auf eine unerwartete Höhe. Dann traten zwei Männer auf: Henrici und Libermann von Sonnenberg. Letzterer gründete zahlreiche antisemitische bzw. „deutschsoziale" Vereine. Während Boeckel sich nur auf Hessen beschränkte, bereiste dieser ganz

[1]) Fritsch 503 ff.
[2]) Frank, Adolf Stoecker 230 ff. 310 ff. 351 ff.

Deutschland. Der Arbeit dieser Männer war es zu verdanken, daß bei den Wahlen 1893 16 antisemitische Abgeordnete gewählt wurden. Damit hatte aber die antisemitische Bewegung dieser Zeit ihren Höhepunkt erreicht. Die Führer gerieten in sachliche und persönliche Meinungsverschiedenheiten und konnten dadurch ihre Idee nicht in den Massen wirksam werden lassen. Sie hatten die Judenfrage als wirtschaftliches, kulturelles Problem kennengelernt, aber nicht als politische und Rassenfrage.

In Franken gab es vor dem Krieg keine antisemitische Bewegung. Durch die antisemitischen Strömungen wurde weder die Macht des Judentums gebrochen, noch sein weiterer Aufstieg verhindert. Der Liberalismus hatte dem Judentum die Emanzipation, die bürgerliche Gleichberechtigung, gebracht. Nach jahrhundertelangem Ghettodasein drang es in dem seiner Art entsprechenden forcierten Tempo in das bürgerliche Leben ein und nahm seinen Weg über den wirtschaftlichen Erfolg zu gesellschaftlichem Ansehen und zur politischen Macht. Und während so die assimilierten Juden sich führende Stellungen in der kapitalistischen Wirtschaft, dem liberalen Geistesleben und der demokratisierten Politik eroberten, bereiteten die treuesten Söhne dieses parasitären Volkes dieser Welt des Geldes und Glanzes den Untergang. Der Marxismus ist die Kampfansage des Judentums an alle nach ihren eigenen Wesensgesetzen gewordenen europäischen Völker. Aber in keinem Volk hat er so tief Wurzel geschlagen wie in dem deutschen. Die deutsche Arbeiterbewegung galt als das stärkste Heer, das der Marxismus organisiert hatte. Und wenn Bebel und ihm folgend unfähige Epigonen auch als die harmlosen Vertreter der Organisationen im Vordergrund standen, so waren sie doch von den jüdischen Intellektuellen geführt, die das Erbe ihrer vornehmsten Vertreter Marx und Lasalle getreulich verwalteten.

Diese das Leben des deutschen Volkes im großen bestimmende Entwicklung spiegelt sich in jeder deutschen Landschaft und im besonderen in jeder Großstadt, die ihren Mittelpunkt bildet, wieder. Bevor wir uns also der Darstellung des Erwachens der völkischen Kräfte in Franken zuwenden, müssen wir im Grundriß die Entwicklung des Judentums in Nürnberg als des Organisators der Gegenkräfte zeichnen.

Im Mittelalter waren die Juden in Nürnberg zu großen Reichtümern gekommen. Nicht selten wandten sich die Bürger an den Kaiser mit der Bitte um Schutz gegen die anmaßend auftretenden Juden. Es wurden ihnen Beschränkungen und Verbote auferlegt, die aber alle nicht den gewünschten Erfolg hatten. Im Jahre 1349 erwarb Nürnberg von Kaiser Karl IV. das Recht, die Juden zu vertreiben und ihre Häuser in Besitz zu nehmen. Die Synagoge und eine Anzahl Judenhäuser des Ghettos wurden verbrannt. Dadurch wurde ein Platz geschaffen — der Hauptmarkt, der jetzige Adolf-

Hitler-Platz. An Stelle der Synagoge entstand kurze Zeit später die Frauenkirche.[1])

Trotz dieser einschneidenden Maßnahmen kamen die Juden aber bald wieder in die Stadt zurück und begannen ihr Treiben von neuem. Es scheint ihnen dann sehr gut gegangen zu sein, wie ein Bericht aus dem 15. Jahrhundert bezeugt:

„Recht gut hatten es die in Nürnberg angesessenen Juden, sie wurden darum übermütig und unbändig. Der übermäßige Wucher, welchen sie getrieben, der unersättliche Geiz, dem sie ergeben, die beständige und frevelhafte Religionsverspottung und Verlästerung der Christen, die unruhige und widerspenstige Aufführung, die tägliche Vermehrung über die Zahl, worauf sie gefreit waren, machte endlich den Rat der Bürgerschaft verdrießlich, solche böse Gäste und saugende Blutegel zum Schaden der Commerzien noch länger bei sich zu beherbergen."[2])

Nachdem der Rat der Stadt Nürnberg schon im Jahre 1473 vergebens beim Kaiser die Ausweisung der Juden beantragt hatte, wiederholte er 1498 bei Maximilian mit Erfolg seine Forderung. Am 21. Juli 1498 ließ der Kaiser von Freiburg im Breisgau aus, wo er gerade weilte, dem Rat die Vollmacht zur Vertreibung der Juden überreichen.[3]) Auf Bitten der Juden durften sie noch zur Abwicklung ihrer geschäftlichen Angelegenheiten den Winter über in Nürnberg bleiben, mußten aber im Frühjahr 1499 die Stadt verlassen. Mit dem Tag der Ausweisung waren alle jüdischen Freiheiten, Rechte und Privilegien verfallen. Die Auswanderung der Juden geschah unter militärischem Schutz. Die Flüchtlinge schlugen ihren Wohnsitz in den Dörfern um Nürnberg auf. Viele wanderten nach Prag und Frankfurt a. M. aus.[4]) Diejenigen, die in der Nähe der Stadt wohnten, durften nur bis zur anbrechenden Dunkelheit in ihr weilen und ihre Geschäfte in Begleitung einer alten Frau erledigen. Nach Sonnenuntergang mußten sie die Tore wieder verlassen haben.[5]) Jahrhunderte blieb Nürnberg judenrein. Das Handwerk blühte auf, Künstler auf allen Gebieten des kulturellen Lebens lebten in der alten Reichsstadt. Um so schlimmer aber trieben es die Juden in den Dörfern, wo sie ihren neuen Wohnsitz aufgeschlagen hatten.

Immer wieder versuchten die Juden, sich in Nürnberg ansässig zu machen. Im Jahre 1850 gelang es ihnen, nachdem sich Nürnberg 350 Jahre lang ihres Ansturms erwehrt hatte. Nach langen Kämpfen bekam der Jude Joseph Kohn aus Markt Erlbach am 16. Mai 1850

[1]) Barbeck 3.
[2]) Briegleb 8.
[3]) A. a. O. 13.
[4]) Barbeck 32 ff.
[5]) Briegleb 29.

vom Rat der Stadt das Bürgerrecht. Die Abstimmung im Stadtrat über seine Niederlassung entschied mit 9:8 für ihn.[1]) Das Ausweisungsedikt von 1499 war gegen den liberalistischen Zeitgeist nicht mehr zu halten.[2]) Seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts gab es zwar eine kleine Anzahl von Juden in Nürnberg. Diese besaßen aber nicht das Bürgerrecht und genügten zum größten Teil nur ihrer Militärpflicht.

Seit 1850 begann eine stetig steigende Invasion nach Nürnberg. In der Zeit ihrer Verbannung hatten sich die Juden in den fränkischen Dörfern durch Vieh-, Getreide- und Hopfenhandel Reichtümer erworben, die sie jetzt in die Stadt mitbrachten und mit denen sie entscheidend in das Wirtschaftsleben eingriffen.

Um die Jahrhundertwende begann die Einwanderung der Ostjuden aus Galizien. Diese wurden von ihren Rassegenossen in jeder Hinsicht unterstützt. Während des Krieges brachten sie es selbst zu beträchtlichem Wohlstand. 1917 gründeten sie den Verein „Achieser", der angeblich der religiösen Belehrung dienen sollte, in Wirklichkeit aber eine kommunistische Brutstätte war. Von ihren Rassegenossen unterschieden sich die Ostjuden dadurch, daß sie diese noch an Anmaßung und Frechheit übertrafen. Nicht selten gerieten sie daher mit den Behörden in Konflikt. So oft dies geschah, wurden ihre Verfehlungen vom Rabbinat nicht nur gedeckt, sondern sogar als berechtigt erklärt. Gerade in diesem Punkte zeigte sich die Solidarität der jüdischen Rasse, obwohl der eine Teil erst aus Galizien gekommen war und der andere schon Jahrhunderte in Deutschland lebte. Besonders bei der Ausweisungsperiode 1921 wurde zur Unterstützung der Ostjuden vom Rabbinat der israelitischen Kultusgemeinde ein besonderes Hilfskomitee gebildet.[3])

Im Jahre 1859 hatten die Juden mit dem Aufbau der Gemeinde begonnen.[4]) Dies war nötig, um bei der Erkämpfung der Macht einen festen Block ins Feld führen zu können. Durch die Pflege des Kultus wurde auch eine Verzettelung der Kräfte verhindert und der in Klassen, Parteien und Stände zerrissenen deutschen Bevölkerung ein festes Ganzes gegenübergestellt. Der im Jahre 1859 gegründete jüdische Religionsverein wurde drei Jahre später zur Kultusgemeinde umgeformt und als solche von der bayerischen Regierung bestätigt.[5]) Unter diesem Namen trat das Judentum künftighin in Erscheinung und tarnte sich stets unter dem Deckmantel der Religion.

[1]) Barbeck 97.
[2]) Kautter 18 ff.
[3]) Freudenthal 143 ff.
[4]) A. a. O. 16 ff. 131.
[5]) A. a. O. 99.

Um von innen heraus unaufhörlichen Antrieb zu bekommen, wurden die fähigsten Köpfe als Rabbiner in Nürnberg eingesetzt. Der Rabbiner Freudenthal sagt selbst in seinem Buch „Die israelitische Kultusgemeinde in Nürnberg", daß „kaum eine deutsche Kultusgemeinde in ihrem Wesen so sehr von ihren Rabbinern beeinflußt worden sei, wie die Nürnberger."[1]) Auf die Eroberung der alten deutschen Reichsstadt wurde der größte Wert gelegt.

Das Judentum in der Wirtschaft

Am stärksten wirkten sich die vom Liberalismus entfesselten Energien zunächst auf dem Gebiete der Wirtschaft aus. Der beispiellose Bevölkerungszuwachs und die Erfindungen schufen das moderne kapitalistische Wirtschaftssystem, das in den anonymen Aktiengesellschaften und Großbetrieben sich entsprechende Werkformen schuf. Dieser Prozeß erzeugte die Verstädterung, d. h. die Landflucht und die Vermassung. Die Großstädte schossen wie Pilze aus der Erde und waren die idealen Wirkungsstätten für den seiner Art nach aus natürlichen Bindungen gelösten Juden. Die nachfolgende Statistik[2]) zeigt die Bevölkerungszunahme der Stadt Nürnberg, ferner das Anwachsen der Juden und den Prozentsatz des Judentums auf die Bevölkerung Nürnbergs.

Jahr	Einwohner	Juden	Prozent der Juden auf die Bevölkerung
1810	28 544	1	0,0
1812	26 569	3	0,0
1818	28 854	1	0,0
1825	33 018	11	0,0
1830	39 870		
1837	44 863		
1843	48 267		
1849	50 828		
1852	53 638	87	0,2
1858	59 157		
1861	62 777		
1867	77 895	1255	1,6
1871	82 295	1831	2,2
1875	91 018	2433	2,7
1880	91 519	3032	3,1
1885	111 981	3738	3,3
1890	261 081	4307	3,0
1895	163 368	4737	2,9
1900	261 081	5956	2,3

[1]) A. a. O. 62.
[2]) Stadtarchiv Nürnberg.

Jahr	Einwohner		Juden	Prozent der Juden auf die Bevölkerung
1905	294 426		6881	2,3
1910	333 142		7815	2,4
1916	325 434	(1915)	8307	
1919	352 697	(1920)	9050	
1925	392 494	(1922)	9280	
1932				keine Zählung[1])
1933	410 438	(1933)	7502	1,8

In erster Linie kamen die Juden aus den fränkischen Dörfern, Marktflecken und Städten. Hier hatten sie sich jahrhundertelang durch Viehhandel und Geldverleih ernährt oder „Gemischtwarengeschäfte" betrieben, in denen es alles zu kaufen gab, was die Landbevölkerung benötigte. Von diesen „Gemischtwarengeschäften" auf dem Lande — diese sind heute noch zu finden — bis zu den modernen Warenhäusern führt eine Linie. Durch äußerste Sparsamkeit, ja Geiz gegen sich selbst und durch Betrug und Wucher hatten sich die Juden Reichtümer erworben, die sie jetzt in der entstehenden Großstadt für ihren Aufstieg zur Macht benutzten.

Mit größter Vorsicht gingen sie ans Werk. Zuerst mußten sie das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. Dies erreichten sie dadurch, daß sie als harmlose Angehörige der „Israelitischen Kultusgemeinde" auftraten, „Wohltätigkeitsvereinen" beitraten und der Stadt wie den christlichen Konfessionen Stiftungen machten. Darüber hinaus verschafften sie sich in den Freimaurerlogen Empfehlungen, die ihnen die Türe zu den Banken öffneten, von denen aus sie einige Jahrzehnte später das gesamte Nürnberger Wirtschaftsleben beherrschen sollten. Schon während des Krieges konnte in Nürnberg mit Mühe ein einziger deutscher Bankdirektor gefunden werden. Alle übrigen waren Juden. Das Bankhaus Kohn am Lorenzerplatz war eine der größten Privatbanken Deutschlands. Während der Systemzeit hatte diese Bank durchwegs deutsche Kunden.

Der erste Geschäftszweig, auf den sich die Juden stürzten, war der Hopfenhandel. Sein Umfang war in den 70er und 80er Jahren noch gering. Für die niedrige Bevölkerungsziffer reichten kleine Brauereien aus, die ihren Hopfen direkt vom Bauern bezogen. Es ist kein Zufall, daß von den Juden gerade der Hopfenhandel mit besonderer Vorliebe betrieben wurde. Ist doch gerade bei diesem Produkt die Möglichkeit der Spekulation und des Betruges im besonderem Maße gegeben. Bei guten Ernten kauften die Juden den gesamten Hopfen auf und verkauften ihn in den folgenden Jahren um den drei- bis vierfachen Betrag. Außerdem streckten

---

[1]) Nach der bisherigen Zunahme ist anzunehmen, daß die Zahl der Juden mindestens 10 000 betrug.

sie die Ernte dadurch, daß sie diese mit minderwertigen Sorten vermischten. Bis zur Machtübernahme war bis auf eine verschwindende Minderheit der Hopfenhandel in Nürnberg in jüdischen Händen.

Außerdem beherrschten die Juden den gesamten Metall-, Spielwaren- und fast den gesamten Papierwarengroßhandel. Als Exporteure waren sie das Zwischenglied zwischen Industrie und Käufer. Der Altwarenhandel wurde in der Systemzeit 100prozentig von den galizischen Juden betrieben.

Um die Jahrhundertwende, besonders aber während und nach dem Kriege, griffen die Nürnberger Juden auch entscheidend in die Industrie ein. Der Jude bediente sich in erster Linie der Methode, Waren nachzuahmen. Durch einen raffinierten Spitzeldienst erfuhr der Jude einige Monate vorher, welchen Artikel der Fabrikant auf den Markt bringen würde. Er stellte den gleichen Artikel nur mit einigen kleinen zusätzlichen Veränderungen her und bot ihn um den gleichen Preis an. Eine Reihe alter Firmen gingen auf diese Weise zugrunde, mußten Geld aufnehmen oder sich einen begüterten Teilhaber suchen. Geld besaß aber in der Regel nur der Jude, und so gerieten viele Unternehmungen in Abhängigkeit von ihm. Völlig verjudet waren auch die Leder-, Textil-, Pinsel-, Bronze-Industrie und die Konfektion.[1])

Die Folge des jüdischen Einbruchs in die Industrie war regelmäßig Qualitätsverschlechterung. Dem Juden kam es nicht darauf an, wertvolle Güter herzustellen, sondern Massenartikel zu produzieren und Geld zu verdienen. In den Warenhäusern wurden diese Ramschwaren in großen Mengen abgesetzt.

Das Judentum im Geistesleben

Der Einbruch des Judentums in das Nürnberger Geistesleben ist erst seit der Novemberrevolution spürbar. Selbstverständlich fehlte es schon um die Jahrhundertwende nicht an Bemühungen einzelner Juden, Einfluß auf Theater, Musik, Schrifttum und Bildende Kunst zu gewinnen. Die systematische Durchsetzung begann aber erst, seitdem der marxistische Jude Süßheim als Kunstreferent der Stadt in Erscheinung trat. In verschiedenen Fällen setzte er durch, daß jüdische Schauspieler, Sänger und Musiker engagiert wurden. Noch mehr aber lag es an ihm, daß auf den Spielplänen der Nürnberger Theater Stücke jüdischer Autoren und Komponisten erschienen. Der bekannte Judenfreund, Oberbürgermeister Luppe, ließ ebenfalls nichts unversucht, jüdischen „Künstlern" den Weg ins deutsche Geistesleben zu ebnen. Die deutsche

[1]) Mitt. der Industrie- und Handelskammer Franken.

Bevölkerung mußte es sich gefallen lassen, daß in unzähligen Fällen in der niedrigsten Weise Religion, Vaterland, Ehre, Sittlichkeit und Opferbereitschaft verhöhnt wurden. In der Oper[1]) standen an der Spitze Max Ettinger und Kurt Weill. Von diesem wurden „Protagonist", „Der Zar läßt sich photographieren", „Die Dreigroschenoper" und „Mahagonny", von jenem „Clavigo", und der Einakter „Der eifersüchtige Trinker" aufgeführt. Im Jahre 1928 wurde trotz heftigsten Einspruchs die schmutzige Oper des Tschechen Krenek „Jonny spielt auf" dem Publikum vorgesetzt. Dieses Stück, das Rassenvermischung und Diebstahl verherrlicht, ging 421mal über deutsche Bühnen, während es in Neuyork ausgepfiffen wurde. Außerdem brachte der Spielplan Halevys (Hans Levy) „Jüdin", Leo Blechs „Versiegelt" und Erich Korngolds „Das Wunder Heliane" und „Die tote Stadt".

In der Operette[1]) war die Verdrängung der deutschen Kunst noch stärker. Hier war Jean Gilbert der gefeierte Komponist. Die Librettisten seiner Operetten waren ausschließlich Juden wie Leo Stein, Jacobsohn und Oesterreicher, die der sinnlichen Musik den passenden schlüpfrigen Inhalt unterlegten. Jean Gilberts Operetten waren: „Katja, die Tänzerin", „Hotel Stadt Lemberg", „In der Johannisnacht", „Das Weib in Purpur", „Die keusche Susanne", „Polnische Wirtschaft", „Die Frau im Hermelin", „Die Kinokönigin", „Prinzessin Olala", „Die Braut des Lucullus" und andere. Der Typ des echten Juden war Leo Fall. Mit gestohlener Musik brachte er es zu bekannten und berühmten Werken. War er aber selbst schöpferisch tätig, dann kam sein angeborener Geist deutlich zum Vorschein. Einige seiner in Nürnberg gespielten Operetten waren „Der süße Kavalier", „Die geschiedene Frau", „Der Augustin" und „Rosen aus Florida". Bei Edmund Eysler war es ähnlich. Von ihm stammten: „Warum gehts denn jetzt?", „Bruder Straubinger", „Jonny geht tanzen" und „Der lachende Ehemann". Ferner wurden Leo Aschers „Die entzückende Frau", „La Barbarina", Jarnos „Csikosbaroness", Viktor Holländers „Prinzessin vom Nil", Mendelsohn-Bartholdys „Dichterliebe" und Robert Winterbergs „Die Dame in Rot" aufgeführt. Die meisten dieser Operetten waren nicht mehr auf Gefühl und Seele, sondern auf niedrige Erotik abgestimmt.

Im Schauspiel[2]) bauten die jüdischen Autoren auf marxistischen Tendenzen auf. Selbstverständlich fehlten auch hier zotige Witze nicht. Es waren vertreten die Rätejuden Toller mit „Masse Mensch", „Wandlung", „Maschinenstürmer" und Erich Mühsam mit „Judas". Bei der Aufführung von „Masse Mensch" machte sich der

---

[1]) Stadtbibl. Nürnberg. Ges. Theaterzettel. Rock — Brückner, Judentum und Musik.

[2]) Stadtbibl. Nürnberg. Ges. Theaterzettel. Bartels: Jüdische Herkunft und Literaturwissenschaft.

Zorn des deutschen Publikums offen Luft. Es kam zu heftigen Skandalen, die schließlich zur Absetzung des provozierenden Stückes führten. Ferner wurden Franz Werfels „Juarez und Maximilian", „Patriot" und „Paulus unter den Juden", Hasenclevers „Ein besserer Herr", „Napoleon greift ein" und „Jenseits", und Willy Speyers „Er kann nicht befehlen", „Der Revolutionär", „Rugby" und „Südsee" aufgeführt. Durch Süßheims Vermittlung konnten ferner Max Mohrs „Die Welt der Enkel", „Improvisationen im Juni", Bruno Franks „Zwölftausend" und „Perlenkomödie", Alfred Neumanns „Patriot", Arnold Zweigs „Die Sendung Semaels", Leonhard Franks „Karl und Anna", Feuchtwangers „Kalkutta", Max Brods „Lord Byron kommt aus der Mode", Zuckmayers „Schinderhannes", Hugo Hoffmannsthals „Der Schwierige" und „Jedermann", Blumenthal-Kadelburgs „Hans Huckebein", Lothars „Die Hofloge", Ludwig Fuldas „Talismann" und Paul Kornfelds „Kilian" oder „Die gelbe Rose" über die Bretter gehen. Endlich fehlten aber auch nicht Jossé Rehfisch, der da und dort als Jude bezeichnete Ernst Barlach und Siegfried Trebitsch, der den zweifelhaften Bernhard Shaw übersetzte und in Deutschland einführte.

Daß bei dem Einbruch des Judentums ins deutsche Geistesleben auch das Schrifttum[1]) nicht unberührt blieb, ist selbstverständlich. Der bekannteste jüdische Schriftsteller war Jakob Wassermann aus Fürth. Er schrieb: „Die Juden von Zirndorf", „Die Geschichte der jungen Renate Fuchs", „Alexander in Babylon", „Das Gänsemännchen", „Der Fall Mauritius", „Mein Weg als Deutscher und Jude", „Der Aufruhr um den Junker Ernst", „Der Geist des Pilgers". Wer den Juden kennen lernen will, muß diese schriftstellerischen Erzeugnisse lesen.

Durch die Bücher der Else Dormitzer wurde auch die Jugendliteratur verjudet. Von ihr stammten: „Neue Bilderbücher", „Neue Kinderbücher", „Von kleinen Leuten", „Neue Tierbilderbücher". Daneben verfaßte diese Jüdin eine Schrift über „Religion und Feuerbestattung". In Nürnberg geboren war auch der später in Berlin lebende Jude Kesten. Er veröffentlichte unter anderem: Die Erzählung „Babel oder der Weg zur Macht", die Novelle „Liebesehe" und die beiden Romane „Joseph sucht die Freiheit" und „Ein ausschweifender Mensch".

Sigmund Neumann, der Redakteur des „Sozialdemokrat" schrieb ausschließlich Lustspiele: „Das bebende Mädchen", „Der Sprung ins Paradies", „Dollarmillionäre", „Liebesleiter" und „Aber Hoheit". In keinem dieser Werke ist der jüdische Geist verborgen.

Justus Bier fühlte sich berufen, als Jude über deutsche Kunst urteilen zu können. Er gab Werke über „Die Nürnbergisch-Fränkische Bildnerkunst", „Tilmann Riemenschneider" und „Das alte Nürnberg in Anlage und Aufbau" heraus.

[1]) Mitt. der Reichsschrifttumskammer Franken.

Ebenfalls der Kunst widmete sich der Jude Weinberger. Er schrieb „Die Nürnberger Malerei um die Wende der Renaissance und die Anfänge der Dürerschule", „Deutsche Rokokozeichnungen", und „Die Formen des Katharinenklosters in Nürnberg".

Karl Süßheim, der Bruder des bekannten Nürnberger Sozialdemokraten, der spätere Professor in München, spezialisierte sich besonders auf arabische Studien, veröffentlichte daneben aber auch ein Geschichtswerk „Preußens Politik in Ansbach—Bayreuth 1791 bis 1806".

Max Süßheim war der Verfasser von „Revolution und bayerische Verfassung", „Die Begünstigung" und „Die Armenunterstützung".

Der Revolutionsjude Adolf Braun schrieb: „Sturmvögel der Revolution" und „Die Gewerkschaften vor dem Krieg".

Heinz Neuberger verfaßte ausschließlich Anekdoten.

Hans Landau veröffentlichte das Buch: „Arzt und Kurpfuscher im Spiegel des Strafrechts".

Kurze Zeit nach der Revolution wurde in Nürnberg zur Verbreitung der marxistischen Weltanschauung die Volkshochschule[1]) gegründet. Hier fanden die Juden ein hervorragendes Betätigungsfeld, politische, kulturelle und medizinische Probleme nach ihren Gesichtspunkten zu behandeln.

E. E. Neumann verherrlichte die Revolution in Rußland. Er hielt Vorträge wie „Asien in Brand", „Rußlands Aufbau und westliche Kultur", „Vom Cromwell bis Lenin" und „Asien, der Schlüsselpunkt der Weltmacht". Außerdem benützte er die Gelegenheit, auf raffinierteste Weise den Klassenkampf ins Volk zu tragen. Er sprach über „Der Kampf zwischen Nahrung und Obdach im Wandel der Zeiten", „Wie die Schätze der Welt verteilt werden", „Die Werkstatt der öffentlichen Meinung". Schließlich bildete Neumann die marxistischen Redner aus.

Eine andere Blüte der Nürnberger Hochschule war der jüdische Mittelschullehrer Eisenstätter, einer der gefährlichsten kommunistischen Drahtzieher. Seine Themen lauteten: „Der Weg aus dem Irrsaal", „Stand, Staat, Klasse", „Die Gesellschaftsordnung", „Die Gesellschaftswissenschaft" und „Außenseiter der Gesellschaft". Eisenstätter war der Typus des echten Juden. Indem er von der „Einführung in das Verständnis und die Beherrschung der Muttersprache" sprach, zugleich aber die asiatische Kunst verherrlichte, gab er ein Elementarbeispiel jüdischen Doppelspiels.

Julie Meyer hielt politische Vorlesungen. Sie behandelte Themen wie „Das Ringen um die neue Staatsidee", „Europa zwi-

---

[1]) Stadtbibliothek Nürnberg: Vorlesungsverzeichnisse der Volkshochschule.

schen Mussolini und Lenin", „Politische Führer der Gegenwart im Zusammenhang mit den aktuellen politischen Problemen der Zeit", „Führende Staatsmänner unserer Zeit", „Politische Tagesfragen", „Der Völkerbund" und andere. Außerdem behandelte sie wirtschaftswissenschaftliche Themen. Sie las über „Kennzeichen der modernen Wirtschaft", „Entstehung des modernen Kapitalismus".

Leo Benario, Dozent an der Handelshochschule, unterrichtete in Banken-, Börsen- und Zeitungsfragen. Seine Vorlesungen waren betitelt „Das Wesen des Geldes", „Bankwesen und Bankpolitik", „Publikum und Zeitung", „Reklame durch Schrift und Bild", „Wie lese ich den politischen Teil einer Tageszeitung?".

Bürgermeister Freund war auf dem Gebiet der Selbstverwaltung und Gemeindepolitik Spezialist.

Justus Bier stellte „Bildbetrachtungen über die moderne Malerei an". Er sprach über Rokoko, Barock, Architektur des Mittelalters und Renaissance. Zweifellos erweckte er bei den leichtgläubigen und oberflächlichen Leuten den Eindruck eines Kenners und Förderers der deutschen Kunst, in Wirklichkeit ging es ihm um nichts anders als die deutsche Kunst zu verfälschen.

Mendelsohn-Bartholdy dagegen spielte mit offeneren Karten. Er sprach über „Kunst und Weltanschauung" und „Charakter und Weltanschauung".

In medizinischen Fragen unterrichteten die jüdischen Aerzte Flatau, Mainzer und Kassel. Flatau sprach über „Die Gesundheitspflege des Weibes", Kassel über „Die Pubertät" und Mainzer über „Der geistig Abnorme vor Gericht" und „Die Hypnose".

Jüdische Aerzte und Anwälte

Seit der Novemberrevolution trat auch in den freien Berufen eine vollständige Verjudung ein.

Unter den Aerzten[1]) Nürnbergs waren im Jahre	1922	33% Juden
	1925	40% Juden
	1931	50% Juden
	1936	25% Juden
Unter den Schulärzten waren zur Zeit der Arisierung im April 1933		32% Juden
Unter den städtischen Assistenz- und Oberärzten		40% Juden

Nürnberg gehörte zu den Städten, die den größten Prozentsatz jüdischer Aerzte aufwiesen.

[1]) Mitt. der Reichsärztekammer Nürnberg.

In Nürnberg gab es vor der Machtergreifung 282 Anwälte. Davon waren 112 = 40 Prozent Juden, nach dem Erlaß des Ariergesetzes 26,4 Prozent. Auch in der Zahl jüdischer Anwälte stand Nürnberg weit über dem Durchschnitt der meisten anderen deutschen Städte.[1])

Das Judentum in der „Gesellschaft"

Die in Nürnberg sich ansiedelnden Juden empfanden den Gegensatz, der zwischen ihnen und dem Nürnberger Bürgertum bestand, als äußerst unangenehm. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln erstrebten sie daher die gesellschaftliche Gleichberechtigung. Sie kamen ihrem Ziele dadurch näher, daß sie sich einerseits als Konfession — nicht als andere Rasse — ausgaben, andererseits bis ins kleinste sich den bestehenden Sitten und Gebräuchen assimilierten.

Den eigentlichen Eingang in die „Gesellschaft" aber verschafften ihnen die deutschen Monarchen. Der Rabbiner Freudenthal stellt fest, daß „gerade die bayerischen Fürsten aus ihrem vorurteilsfreien und gerechten Sinne heraus bei ihrer Anwesenheit in Nürnberg stets die Synagoge besuchten". 1896 besuchten Prinzregent Luitpold, 1897 Kaiser Wilhelm II. und Kaiserin Augusta Viktoria — die Widersacherin des Antisemiten Stöcker — die Synagoge. 1913 ließ sich Prinzregent Ludwig mit Frau und Töchtern dort vom Rabbiner segnen und aus der Thora vorlesen. Auch Kaiser Friedrich III. betrat bei einem Besuche die Synagoge.[2])

Frühzeitig traten die Juden in die Nürnberger Wohltätigkeitsvereine ein. Zweierlei versuchten sie damit zu erreichen. Einmal das Ansehen bei der nichtjüdischen Bevölkerung, dann Sonderrechte. Sämtliche Rabbiner in Nürnberg waren Mitglieder im Tierschutzverein und wurden sogar Ehrenmitglieder. Freudenthal gibt aber selbst den Grund ihrer Mitgliedschaft an. Sie traten ein, um den Verein „in seiner objektiven Haltung in Fragen des Schächtwesens zu beeinflussen". Die Nürnberger Bevölkerung aber sah in diesen Rabbinern nur die Wohltäter. Demnach dürften auch die Unterstützungen armer Konfirmanden, die Freudenthal besonders erwähnt, nicht ohne uneigennützige Motive gegeben worden sein.

Immer wieder erinnerten die Juden an die Stiftungen, die einige ihrer Rassegenossen gemacht hatten. Die Brüder Gerngroß stifteten z. B. um die Jahrhundertwende einige Brunnen. Dafür wurde ihnen der Ritterorden verliehen.

---

[1]) Mitt. der Anwaltskammer Nürnberg.
[2]) Freudenthal 153 ff.

Das Judentum in den politischen Parteien

In den liberalen Parteien

Der Machtanspruch der Juden war ein totaler. Sie begnügten sich nicht damit, in die Gesellschaft eingedrungen zu sein, die Wirtschaft erobert und das Geistesleben beeinflußt zu haben, sondern versuchten auch die politische Macht an sich zu reißen. Schon in der jungen Gemeinde traten einige ihrer Mitglieder als eifrige Politiker hervor. Besonders in den liberalen[1]) und marxistischen Parteien suchten sie ihr Betätigungsfeld. Der erste jüdische Abgeordnete im Bayerischen Landtag war der liberale Rechtskonzipient David Morgenstern aus Fürth. Er vertrat zuerst den Wahlkreis seiner Heimat, dann aber auch von 1849 bis 1855 den Wahlkreis Nürnberg. Seit dem Jahre 1869 vertrat der Rechtsanwalt Wolf Frankenburger den Wahlkreis Nürnberg im Bayerischen Landtag als Mitglied der Fortschrittspartei und von 1874 bis 1878 auch im Deutschen Reichstag. Im Jahre 1884 bildete sich aus dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittspartei durch Vereinigung die Deutsche Freisinnige Partei. Frankenburger vertrat auch diese bis zu seinem Tode 1889. Der Rabbiner Freudenthal würdigt ihn in seinem Buche „Die israelitische Kultusgemeinde Nürnberg" wie folgt: „Er war ein eifriger Förderer der deutschen Reichseinheit, aber auch ein treuer Anhänger Bayerns und seines Königshauses, für dessen würdige Repräsentation er in den Finanzberatungen des Landtages stets eine Lanze brach. Das Referat über das Budget, besonders über den Militäretat, lag vor allem in seinen Händen, und zwanzig Jahre hindurch trugen alle Gesetze in Bayern die Spuren seiner Mitarbeit. Bei jeder Gelegenheit trat er zugleich für die völlige Gleichberechtigung der bayerischen Juden und für die Abstellung der auf ihnen eine Zeitlang noch lastenden Sonderabgaben sehr energisch und erfolgreich ein. Auszeichnungen jeder Art wurden ihm im Leben zuteil, und seine Beisetzung war noch einmal eine eindrucksvolle Kundgebung, bei der sich auch Prinzregent Luitpold vertreten ließ. Im Jahre 1893 spaltete sich die Deutsche Freisinnige Partei in Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung. Im September 1895 wurde die Deutsche Volkspartei gegründet. Im Jahre 1910 vereinigten sich die Deutsche Volkspartei, die Freisinnige Partei und die Freisinnige Vereinigung zur Fortschrittlichen Volkspartei. Ein eifriger Anhänger dieser linksliberalen Parteien war Ende des 19. Jahrhunderts der Justizrat Sigmund Merzbacher. Freudenthal nennt diesen den „Vorkämpfer der demokratischen Ideen".

[1]) A. a. O. 148 ff.

Schließlich ist noch ein hauptsächlicher Vertreter des linksradikalen Liberalismus zu nennen, Philipp Feust. Er war Redakteur der Zeitung „Correspondent von und für Deutschland" — der jetzigen „Nürnberger Zeitung" — und arbeitete einige Jahrzehnte für dieses Blatt. Er starb im Jahre 1880. Daß er für das aufsteigende Judentum in Nürnberg eintrat, ist selbstverständlich.

Die Nationalliberale Partei besaß in Gustav Josephsthal, der von 1864 bis 1914 in Nürnberg als Rechtsanwalt tätig war, ein führendes Mitglied.

Nach dem Weltkrieg, im November 1918, gründeten die Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei (ehemalige Fortschrittspartei und linker Flügel der Nationalliberalen Partei) die Deutsche Demokratische Partei. In diese strömten in großer Anzahl die Juden. Ein führendes Mitglied der Demokratischen Partei war der Jude Nürnberger.

In den marxistischen Parteien

Bis zum Jahre 1861 gab es in Nürnberg noch keine marxistische Partei. Die späteren Mitglieder der Sozialdemokratie waren bis zu diesem Zeitpunkt noch in der Fortschrittspartei. Jetzt trennten sie sich aber von dieser und organisierten sich im Arbeiterverein, den Schulze-Delitsch führte, und im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, an dessen Spitze Lassalle stand. Beide Vereine bekämpften sich auf das heftigste.[1]) In diese Kämpfe, die sich in den 60er Jahren abspielten, schleuderte Marx das „Kommunistische Manifest".[2])

1866/67 wurde August Bebel der Vorstand der Arbeitervereine. Bebel stand in engster Verbindung mit Marx. Beeinflußt von diesem führte jener den internationalen Sozialismus in Deutschland ein. Am 5. September 1868 berief Bebel den 5. Vereinstag der Arbeitervereine nach Nürnberg. Er selbst leitete die Tagung. Zum 2. Vorsitzenden ernannte er seinen Freund, den Fürther Juden Gabriel Löwenstein. Dieser kam aus dem Lager der Fortschrittspartei. Mit 49 zu 6 Stimmen nahmen die Arbeitervereine das internationale Programm von Marx an. Sie gründeten einen neuen Verband und nannten sich „Deutscher Arbeiterbund". Aus diesem entstand innerhalb von zwei Jahren die Sozialdemokratie.[3]) Die Lassallianer schmolzen immer mehr zusammen. Im Jahre 1875 schloß sich der letzte kleine Rest der Sozialdemokratie an. Die beiden Gruppen nannten sich „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands"[4]). Durch

[1]) Gärtner 36 ff.
[2]) Schulz 23.
[3]) Gärtner 42 ff.
[4]) A. a. O. 50.

Verbote hatte der Staat versucht, die Opposition auszuschalten. Doch war diese schon so stark, daß die Verbote wieder rückgängig gemacht werden mußten. Infolge der Ohnmacht des Staates nahm die SPD. ungeheuer zu. Löwenstein verstieg sich zu den unverschämtesten Beleidigungen gegen Deutschland. Er wurde deswegen einige Male mit Gefängnis bestraft. Seine Rassegenossen verherrlichten ihn aber als „Märtyrer". Von 1893 bis 1905 war er sozialdemokratischer Abgeordneter im Bayerischen Landtag.[1])

Am 28. Oktober 1871 gründete Löwenstein das „Fürther Demokratische Wochenblatt". Dieses nannte er 1874 „Nürnberger-Fürther Sozialdemokrat" und später „Fränkische Tagespost". Mehr als dreißig Jahre stand dieses Blatt unter seiner Leitung. Löwenstein sorgte dafür, daß seine Zeitung nie in unrechte und unzuverlässige Hände kam. So stellte er dem Sozialdemokraten Grillenberger, der in den 90er Jahren Redakteur des Battes war, die Juden Bruno Schönlank und Wurm an die Seite. Von 1900 bis 1902 leitete Scheidemann die Nürnberger sozialdemokratische Presse, von 1902 bis 1907 der Jude Adolf Braun, von 1907 Kurt Eisner, von 1910 bis 1912 Wilhelm Herzberg, von 1913 bis 1920 wiederum Adolf Braun, von 1922 bis zur Machtergreifung E. E. Neumann. Vor dem Kriege hatte die „Fränkische Tagespost" eine Auflage von 35 000, nach dem Kriege von 70 000 Exemplaren. Die Juden der „Fränkischen Tagespost" hatten die Möglichkeit, täglich Hunderttausende zu beeinflussen.[2])

Schon in den ersten Kriegsmonaten 1914 begann Adolf Braun seine Hetzereien gegen den guten Willen der Bevölkerung.[3])

Im Dezember 1914 fanden in Nürnberg die Gemeindewahlen statt. Braun und der jüdische Rechtsanwalt Süßheim propagierten die Wahl. Die sozialdemokratischen Sitze vermehrten sich von 28 auf 60. Dieses überaus wichtige Wahlergebnis hätte die Regierung endlich zu entscheidenden Maßnahmen bewegen müssen. Aber es geschah nichts.[4])

In Berlin zersetzten Liebknecht und Rosa Luxemburg, in München Kurt Eisner und in Nürnberg Braun, Süßheim und Bönheim den Glauben an Volk und Vaterland.

Schon in den ersten Kriegsjahren entstand in der Sozialdemokratie eine linksradikale Richtung. Im April 1917 kam es zum Bruch. Die Opposition gründete die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei", der übrige Teil nannte sich „Mehrheitssozialdemokratische Partei".[5])

[1]) A. a. O. 50. 72 ff.
[2]) A. a. O. 365 ff.
[3]) Fränkische Tagespost 23. August 1914.
[4]) Gärtner 154 ff.
[5]) A. a. O. 172, 186, 202.

Am 27. Januar 1918 fand im Café Merk in Nürnberg ein illegale Funktionärsitzung statt. Es wurde der Beschluß gefaßt, in den Rüstungsbetrieben den Streik auszurufen. Am Montag, dem 28. Januar, verteilten Spitzel in den Betrieben Flugblätter an die Arbeiter und riefen zu einem Demonstrationszug durch die Stadt auf. Auf dem Egidienberg veranstalteten die beiden marxistischen Parteien eine Kundgebung. Am Dienstag, dem 29. Januar, wurde dort wiederum eine Friedenskundgebung durchgeführt. Die Juden Süßheim und Freund hielten Ansprachen. Am 30. Januar wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Im Frühjahr und Sommer 1918 nahm die Hetze immer größeres Ausmaß an. Am 15. Juni versuchten die Marxisten einen 2. Generalstreik auszurufen. Dieser wurde jedoch verhindert.[1])

Am 3. Oktober 1918 überreichte die deutsche Reichsregierung dem Präsidenten Wilson das Waffenstillstandsangebot. Am 10. Oktober erschien in der „Fränkischen Tagespost" ein Artikel: „Wilson und Wilhelm II." In diesem forderte das sozialdemokratische Blatt den Deutschen Kaiser zum Rücktritt auf. Einige Tage später erschien ein zweiter Artikel. In diesem wurde dem Kaiser die Schuld am Kriege vorgeworfen. Die Auflage der „Tagespost" verdoppelte sich in kürzester Zeit. Der Verfasser dieser Schmähartikel war der Jude Adolf Braun.[2])

Am 13. Oktober 1918 verlangte auf dem Parteitag der Bayerischen Sozialdemokratie Schneppenhorst von Nürnberg offen den Rücktritt des Kaisers. Die Marxisten wurden mit ihren Forderungen immer frecher. Einige Tage später verlangte die „Fränkische Tagespost" den Verzicht des deutschen Kronprinzen auf den Kaiserthron.

Am 22. Oktober 1918 erschien in diesem Blatt wieder ein Artikel „Was ist heute Wilhelm II.?" Der Jude Braun beantwortete selbst die von ihm gestellte Frage und schrieb: Wilhelm II. ist gewesen. Sein Schicksal läßt uns kalt.[3])

[1]) A. a. O. 211 ff.
[2]) A. a. O. 224.
[3]) A. a. O. 227 ff.

II.

Die November-Revolte in Nürnberg und der Kampf der Freikorps gegen Spartakus

Im Sommer und Herbst 1918 wurde das deutsche Heer immer kraftloser. Die Hoffnung auf einen guten Kriegsausgang schwand dahin. Ende Oktober sollte die letzte entscheidende Offensive des deutschen Heeres stattfinden. Die Flotte bekam zur Entlastung des Landheeres den Befehl zum Auslaufen. Am 28. Oktober widersetzten sich die Matrosen einiger Hochseeschiffe dem Befehl und revoltierten. Die Revolte hätte niedergeschlagen werden können. Aber man hatte sich mit der Parlamentarisierung des Reiches selbst aufgegeben. Die militärischen und bürgerlichen Behörden in der Heimat hatten nicht den Mut einzugreifen. So fand die Meuterei von Wilhelmshafen in Kiel ihren Anschluß an Umsturzpläne der Unabhängigen. Am 3. und 4. November wurde sie zum politischen Aufruhr. Jetzt brach in Nieder- und Mitteldeutschland die rote Revolution aus.

Am 7. November setzte Eisner in München große Demonstrationszüge an. Am Abend desselben Tages forderte er vor dem Schloß die Abdankung des Königs. Um 9 Uhr floh der König aus München. In der Nacht wurde die bayerische Dynastie abgesetzt. Am 8. November morgens präsentierte sich Eisner im Ministerium des Aeußeren als Ministerpräsident. In München hatte man immer über Eisner gelacht und ihn unterschätzt. Ueber Nacht aber war der Jude Herr der Massen geworden.[1])

Eisner sowie die Rebellen in Nieder- und Mitteldeutschland erstrebten die russische Räterepublik.

Am 9. November gelang es der Mehrheitssozialdemokratie, sich an der entscheidenden Stelle in Berlin einzuschalten. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, daß es zu einer parlamentarischen Republik westeuropäischer Art kam.[2])

Am Freitag, den 8. November, hatte der Stadtrat in Nürnberg seine ordentliche Wochensitzung. Zu Beginn derselben erklärte sich

[1]) Volkmann 40 ff. 89 ff.
[2]) Weigel 7.

der Oberbürgermeister Geßler, der spätere Reichswehrminister, für die Novemberrevolution. In einer kurzen Ansprache führte er aus: . . . „Ich appelliere nochmals an die Ruhe der Bevölkerung und hoffe, daß sich der Eintritt in die neue Zeit ohne unnötige Gewalttätigkeiten vollzieht." Der Oberbürgermeister und seine Vertreter sowie sämtliche Rechtsräte stellen sich auf den Boden der Revolution.

Am Nachmittag desselben Tages wurden vom Militärkommando die Kasernen gesperrt.[1])

Gegen 16 Uhr kamen mit dem fahrplanmäßigen Zug von München in Nürnberg gegen 20 Leute an. Sie begaben sich zu dem damals noch vor dem Bahnhof stehenden Prinzregentendenkmal. In kurzer Zeit hatte sich eine Menge Neugieriger um sie geschart. Ein Jude mit galizischen Löckchen hielt eine Rede, die aber, da sie zum Teil in galizischer Sprache gehalten war, kaum verstanden wurde. Viele, die herumstanden, lachten. Denn sie wußten nicht, was das bedeuten sollte. Nachdem der Jude gesprochen hatte, entfaltete er eine Fahne, im Ausmaß 1:1 m, auf die in Gold der jüdische Stern geprägt war. Die Menge bildete einen Demonstrationszug und bewegte sich durch die Königstraße zum Hauptmarkt. Hier gesellte sich zum Zug ein Trupp Revolutionäre. Dann zogen sie ins Café Merk, wo sie die Bildung einer Räterepublik besprachen.

Am Abend des 8. November hatten die beiden marxistischen Parteien in Nürnberg zu einer Vertrauensmännerversammlung eingeladen. Die Versammlung war geschlossen und wurde streng überwacht. Zuerst sprach der Jude Braun. Er schilderte die Vorgänge in München und verherrlichte die sozialistische Revolution. Er ordnete an, daß den Befehlen des Arbeiter- und Soldatenrates unbedingt Folge geleistet werden müsse. Dann betrat Süßheim das Rednerpult. Er schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Genossen! Ueber das Blut, das die anderen vergossen haben, reichen sich die friedlichen Arbeiter von Deutschland die Hände". Dann erschien der spätere Volksbeauftragte Oberleutnant Ewinger. Er sagte: „Genossen! Auf die Kasernen von Nürnberg haben wir die roten Fahnen gepflanzt. Entlaßt mich nun, daß wir auch in Fürth die roten Fahnen hissen!"

Die Stimmung unter den Arbeitern war aber immer noch nicht revolutionsreif. Im deutschen schaffenden Menschen kämpfte das gute Gewissen mit den jüdischen Versprechungen. Da erschien der Judenfreund Rechtsrat Heimrich. Er sprach: „Genossen! Kameraden! Ihr habt jetzt die Wahl, den Frieden zu erhalten oder mit Euren Frauen und Kindern vollends zu verhungern. Ihr habt alles hergegeben. Schaut Euch an, wie Ihr zum Gerippe abgemagert seid für das Kaiserreich! Wenn Ihr nein sagt, dann weicht das Friedensan-

[1]) Gärtner 243 ff.

gebot von Euch zurück, wenn Ihr aber ja sagt, dann stehen von Frankfurt an bis tief hinein nach Belgien und Frankreich ein Lebensmittelzug hinter dem anderen, und Ihr werdet als freie Menschen in einem freien Deutschland leben!"

Da brach es wie ein Sturm in der hungrigen Masse los. Die armen Menschen glaubten an die infame Lüge. Sie wußten nicht, daß das deutsche Volk, anstatt Lebensmittel zu bekommen, Hunderte von Eisenbahnzügen mit solchen abliefern mußte. Erst durch die verantwortungslosen Versprechungen wurde in Nürnberg die Revolutionsstimmung erzeugt.[1])

In den Morgenstunden des 9. November rief der Arbeiter- und Soldatenrat mit Flugblättern zu einer Massenkundgebung im Luitpoldhain auf. Es war ein nebliger Tag. Die „Fränkische Tagespost" schrieb: „Ein richtiges Totengräberwetter der Monarchie". Später sollte es sich aber erweisen, daß es ein Totengräberwetter des deutschen Volkes gewesen war. Tatsächlich folgten die Arbeiter den Parolen ihrer Verführer und erschienen in Massen. Viele rote Fahnen waren zu sehen. Wiederum traten die jüdischen Funktionäre Braun, Süßheim und Bönheim auf und verherrlichten die neue Zeit. Ueber Nacht war Nürnberg in einen Rausch versetzt.

Am Montag, dem 11. November, 18 Uhr, wurde die Nürnberger Garnison von Süßheim auf die neue Regierung vereidigt.[2])

Um die Jahreswende breitete sich die zweite Revolution, zunächst noch verborgen unter der Decke der Eisnerschen Diktatur, auch im Süden des Reiches aus. Der Führer der Münchener Unabhängigen, der jüdische Ministerpräsident Kurt Eisner, fühlte sich berufen, die außenpolitische Führung des Reiches zu übernehmen. Um das Vertrauen der Ententeregierungen zum Reich herzustellen, sei eine Aenderung des bisherigen außenpolitischen Kurses notwendig. Diese sei auf die Weise herbeizuführen, daß Deutschland seine Schuld am Kriege eingestehe. Am 24. November veröffentlichte Eisner aus dem Geheimarchiv des bayerischen Außenministeriums eine Reihe von Dokumenten, die die Kriegsschuld Deutschlands beweisen sollten. Diese nationale Selbsterniedrigung bezeichnete er als Versöhnungspolitik. Er stieß dabei auf den schärfsten Widerstand der deutschen Reichsregierung, die auf der Reichskonferenz der deutschen Ministerpräsidenten am 25. November in Berlin seine Forderungen abwies. Am 26. November brach der bayerische Ministerpräsident die Beziehungen des bayerischen Volksstaates zur deutschen Reichsregierung ab. Ebert ließ sich aber das Steuer nicht so leicht aus der Hand nehmen und setzte die Gesetze der Reichseinheit, der Autorität der Reichsregierung und der Einberufung einer verfassung-

[1]) Augenzeugenbericht des Schriftleiters Schardt aus Nürnberg.
[2]) Gärtner 245 ff. 252.

gebenden Nationalversammlung durch.[1])

Eisners Gegenspieler war der Führer der Münchner Mehrheitssozialisten Minister Auer. Dieser durchschaute Eisners Pläne und rechnete bei der bevorstehenden Wahl zur bayerischen Nationalversammlung mit dessen Rücktritt. Als am 5. Dezember 1918 der Erlaß der Regierung erschien, daß die Wahl am 12. Januar 1919 vorzunehmen sei, protestierten die Unabhängigen gegen diesen Beschluß. Am 7. Dezember kam es in München zu Demonstrationen[2]) und Unruhen, am gleichen Tage auch in Nürnberg zu stürmischen Auftritten. Der geistige Führer der Nürnberger USP. war der Jude Bönheim.[3]) Zwischen ihm und Eisner gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Am 7. Dezember besetzten die Spartakisten in Nürnberg die Redaktion der „Fränkischen Tagespost". Ihr Anführer war Bönheim, der Redakteur des „Sozialdemokrat", des Blattes der Unabhängigen. Bei diesem Ueberfall gab es einige Tote und mehrere Verletzte. Auer ging nun offen gegen Eisner vor. Ende Dezember unterzeichnete er einen Aufruf zur Gründung der Bürgerwehr. In einer Räteversammlung erklärte er, es sei jetzt an der Zeit, die usurpierte Macht der Arbeiter- und Soldatenräte einzudämmen. Die Unabhängigen und Kommunisten tobten. Sie verlangten dringend die Absetzung Auers. Eisner aber fehlte der Mut dazu.[4]) Während sich so in München die Dinge zuspitzten, hatte der Jude Süßheim zur „Aufrechterhaltung des durch die Novemberrevolution herbeigeführten Zustandes" einige Matrosenkompanien angefordert und in Nürnberg eingesetzt. Der Obermaschinistenmaat Kilian und der Oberstückmeister Fuchs sammelten die Matrosen im Standort Nürnberg und stellten sie in 4 Kompanien der Regierung zur Verfügung. Die 2. Matrosenkompanie geriet unter den Einfluß Bönheims und wurde ein Werkzeug der Unabhängigen.[5])

Am 12. Januar 1919 fanden die Wahlen zur bayerischen Nationalversammlung statt. Sie brachten Eisner eine vernichtende Niederlage. Von 180 Mandaten erhielt er vier. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung brachten den Mehrheitssozialisten Erfolge, aber nicht die Mehrheit. Der Ausgang der Wahlen vom 12. Januar bedeutete für Eisner den Rücktritt. Er zögerte deshalb den Zusammentritt des bayerischen Landtags um einige Wochen hinaus. Er bat Auer, in der neuen Regierung bleiben zu dürfen. Dieser jedoch wandte ihm kalt den Rücken. Eisner versuchte nun den Bürgerkrieg zu entfesseln, um sich an der Macht halten zu können.[6])

[1]) Volkmann 89 ff.
[2]) Frank, Epp 73 f.
[3]) Gärtner 260.
[4]) Volkmann 192.
[5]) Schmidt, F. 12.
[6]) Volkmann 193.

Vom Baltikum kam die rote Welle immer näher. Deutschland drohte vom Bolschewismus überrannt zu werden. Noske ließ durch Offiziere wie Lüttwitz, Maerker und Reinhardt Freikorps bilden. Auch in Bayern sollten Freikorps zum Grenzschutz gesammelt werden. Am 29. Januar 1919 kam ein Beauftragter des Wehrministers zu dem Obersten von Epp nach München, um ihn zu bitten, diese Aufgabe durchzuführen. Aber die bayerischen Arbeiter- und Soldatenräte protestierten sofort gegen Noskes Unternehmen.

Eisner verbot daher am 10. Februar die Werbung von Freikorps für den Grenzschutz Ost. Zum Ersatz riefen die bayerischen Minister Auer und Roßhaupter am 13. Februar zur Bildung eines Volksheimatschutzes auf. Alle, die der Beruf nicht festhalte, sollten sich in ihrem früheren Standort melden und freiwillig in den „Volksheimatschutz" eintreten.[1])

Auf den Aufruf der beiden Minister bildeten sich in Nürnberg folgende militärische Formationen.[2])

1) Das Grenzschutzbataillon unter Führung von Hauptmann Heiß.
2. Das Fußartilleriebataillon Mayer.
3. Das Sicherheitsbataillon Brunner.

Die Unabhängigen und Kommunisten forderten sofortige Absetzung Auers und Roßhaupters. Am 15. Februar sprach Eisner in einer Landesversammlung der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Er machte Andeutungen über eine „kommende Revolution gegen den Parlamentarismus und für eine Räteregierung". Am gleichen Tage veranstalteten Unabhängige und Kommunisten eine Kundgebung auf dem Hauptmarkt in Nürnberg gegen die Bildung des „Volksheimatschutzes". Es sprachen die beiden Juden Bönheim und Freund. Anschließend zogen die Marxisten mit Musik zum Generalkommando, das sich in der Deutschherrnkaserne befand. Schneppenhorst versicherte den Demonstranten, keine „Weiße Garde" zuzulassen.[3]) Am 16. Februar nahm Eisner an einer großen Demonstration der Kommunisten und Unabhängigen in München teil. In Nürnberg sprachen wiederum Bönheim und Freund auf einer Protestkundgebung auf dem Egidienplatz. Nach ihren Ausführungen scharte sich die Menge zu einem Demonstrationszug durch die Stadt zusammen. Der Zug bewegte sich durch die Ludwigstraße zum Plärrer. Als er die Deutschhauskaserne erreichte, stürmten die Spartakisten das Generalkommando und besetzten es. Die zur Hilfe herbeigerufene 1. Matrosenkompanie konnte nichts mehr ausrichten. Ihr Angriff auf das Gebäude wurde abgeschlagen. Drei Matrosen der 1. Kompanie fanden den Tod. Ueber dem Eingangstor zum Generalkommando hing ein Plakat mit der Aufschrift: „Von Unabhängigen

[1]) Frank, Epp 76.
[2]) Schmidt, F. 24 ff.
[3]) Gärtner 263 ff.

und Spartakisten besetzt." Am Montag, den 17. Februar, wurden die Spartakisten von Gruppen des 8. Feldart.-Reg. vertrieben. Die Matrosenkompanie Kilian und das Nachrichtenbataillon Braun leisteten Hilfe.[1]) In der Rätekonferenz vom 15. Februar wurde vom Ministerrat die Zurückziehung des Aufrufs zur Bildung des „Volksheimatschutzes" bis zum 17. Februar abends verlangt. Die Entscheidung konnte aber an diesem Tage nicht gefällt werden, da die mehrheitssozialistischen Minister zuerst ihre Partei befragen wollten. Die Rätekonferenz machte nun den Vorschlag, die Werbestellen zur Bildung der Volkswehr in die Hände der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte zu legen. Roßhaupter war damit einverstanden.

Am Dienstag, dem 18. Februar, führten die Mehrheitssozialisten auf der Insel Schütt in Nürnberg eine Protestkundgebung gegen die Gewaltakte der Spartakisten durch. Nach den Reden bewegte sich ein Demonstrationszug zum Generalkommando, wo den beiden sozialdemokratischen Vertrauensmännern Schneppenhorst und Ewinger Huldigungen dargebracht wurden.[2])

Am 21. Februar 1919 erklärte Eisner im Ministerrat den Rücktritt seines Kabinetts. Der Landtag hatte sich bereits versammelt und wartete auf das Eintreffen Eisners. Auer teilte freudestrahlend den Abgeordneten den Rücktritt des Gesamtministeriums mit. Unterdessen begab sich Eisner vom Ministerium zum Landtag. Auf dem Weg dorthin wurde er von dem jungen Grafen Arco erschossen. Mit Windeseile verbreitete sich die Nachricht in der ganzen Stadt. Auer sprach zu den Abgeordneten Worte der Trauer und der Entrüstung über das Verbrechen. Kaum hatte er seine Rede beendet, da traten zwei Mitglieder des „Revolutionären Arbeiterrates" in den Saal und schossen ihn nieder. Er wurde schwer verwundet, während der Major v. Jahreis und der Abgeordnete Osel getötet wurden.

Eisner wurde mit königlichen Ehren begraben. Es wurde Landestrauer angeordnet. Die Glocken läuteten und Trauerfahnen flatterten. Als der „Märtyrer der Revolution", „der Proletarierbefreier", der „Messias" wurde er gefeiert. Tausende zogen an seinem Sarge vorüber. Am 23. Februar veranstalteten die Mehrheitssozialisten in Nürnberg eine gewaltige Trauerkundgebung, nachdem einige Tage vorher eine Protestkundgebung gegen ihn stattgefunden hatte.[3])

Durch die Attentate war Bayern regierungslos geworden. Die Juden Mühsam, Leviné und Levien in München und der Jude Bönheim in Nürnberg trieben offen zur Ausrufung der Räterepublik. Am 22. Februar verließ Oberst Epp München. Er fuhr unter falschem Paß nach Starnberg, von da über Landshut, Hof, Leipzig, Halle, ins

---

[1]) Schmidt, F. 13.
[2]) Gärtner 263. 265 ff.
[3]) Frank, Epp 77 ff.

Lager Ohrdruf in Thüringen, wo er von Reichswehrminister Noske beauftragt wurde, ein Freikorps zum Grenzschutz zusammenzustellen.[1])

In München gab es heftige Kämpfe zwischen Mehrheitssozialisten auf der einen Seite und Unabhängigen und Spartakisten auf der anderen Seite. Am 5. März wurde die aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammengesetzte Regierung Hoffmann[2]) gebildet. Sie besaß zwar eine breite Mehrheitsgrundlage im Parlament, aber nicht die Macht. Diese lag bei den bewaffneten Arbeiter- und Soldatenräten. Ihr Einfluß wurde von Tag zu Tag größer. Inzwischen hatte Oberst v. Epp mit der Werbung der Freiwilligen begonnen. Der neue Kriegsminister im Kabinett Hoffmann fügte sich bald den Räten. Am 29. März 1919 verbot die Regierung Hoffmann die Werbung für das Freikorps Epp in Bayern. Die Umsturzpläne der Spartakisten wurden immer offener. Die Gegensätze in der USP. wurden immer stärker. Die eine Richtung erstrebte den Anschluß an Rußland und den radikalen Umsturz, die andere vorerst noch Selbständigkeit und langsamen Umsturz. Erstere hielt zu den Spartakisten, letztere zu den Mehrheitssozialisten. Der Zwiespalt in der USP. kam auf ihrem bayerischen Parteitag am 24. März 1919 in Nürnberg deutlich zum Ausdruck. Die Lage wurde immer gespannter.[3])

Am 30. März übertrug der unfähige Ewinger notgezwungen die Leitung über sämtliche Truppen im Standort Nürnberg dem Major Endres.[4])

Am 3. April wurde die Räterepublik in Augsburg ausgerufen. Am Abend versuchten es die Spartakisten in München. Am 4. April versicherte Schneppenhorst im Kriegsministerium, daß er „niemals gegen die Vertreter des Rätegedankens die Waffen richten werde.[2]) Am 5. April kamen „Volksbeauftragte" von München nach Nürnberg, um den noch bestehenden Widerstand gegen die Räteherrschaft zu brechen. Am Abend erklärte Ewinger in einer Sitzung marxistischer Funktionäre in Nürnberg: „Wir stehen mit Gewehr bei Fuß und lassen die bolschewistische Welle über uns hinweggehen.[5]) Am 6. April wurde in einer Mitgliederversammlung des „Sozialistischen Verein Nürnberg" folgender Beschluß gefaßt: „Die Mitgliederversammlung des „Sozialistischen Vereins" ist zwar nicht für die Räteherrschaft, will aber, wenn die Bevölkerung sich für die Räteherrschaft entscheidet, sich nicht gegen diese erklären, um im Interesse des Volksganzen der zukünftigen Regierung keine Schwierig-

[1]) A. a. O. 84.
[2]) A. a. O. 80 ff.
[3]) Gärtner 269 f.
[4]) Schmidt, F. 42.
[5]) A. a. O. 44 f.

keiten zu bereiten". Der oberbayerische Gautag der Mehrheitssozialisten erklärte sich für die Räterepublik und rief, ohne das Ergebnis von Nürnberg abzuwarten, in der Nacht vom 6. auf 7. April die Räterepublik in München für ganz Bayern aus. Am Montag erließ die Räteherrschaft an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem sie mitteilte, daß die Einigung des gesamten Proletariats Tatsache geworden sei. Der 7. April war Nationalfeiertag. Die Regierung Hoffmann floh nach Bamberg. Am gleichen Tage erklärte Leviné, der Führer der linksradikalen Spartakisten, die neue Regierung für eine „Scheinräterepublik" und sagte ihr den Kampf an.[1])

Am 6. April rief der Jude Bönheim die Räterepublik in Fürth aus. Am 7. April versuchte er es in Nürnberg. In einer Druckerei lagen 200 000 bolschewistische Flugblätter bereit. Auf ein gegebenes Zeichen — beim Läuten der Glocken — sollten diese in die Betriebe gebracht und an die Arbeiter verteilt werden. Ein Demonstrationszug sollte gebildet und anschließend die Räterepublik ausgerufen werden. Major Endres hatte aber von dem Plane erfahren. Er ließ die Glockenposten ausheben, die Glockenstränge abschneiden und die Flugblätter beschlagnahmen. Unterdessen hatten die Arbeiter- und Soldatenräte die Rätediktatur für Nürnberg beschlossen. Sie warteten auf das Läuten der Glocken. Durch den raschen Zugriff des Majors Endres scheiterte der jüdische Plan.

Am 8. April versuchten die Spartakisten in Nürnberg den Umsturz gewaltsam herbeizuführen. Mit Hochrufen auf die Räterepublik zogen sie vom Nordosten in die Stadt. Ihre Demonstration blieb aber vollkommen wirkungslos. Major Endres verhängte über Nürnberg das Standrecht und ließ alle Spartakisten festnehmen. In diesen Tagen drangen die Schreckensrufe der Bauern aus der Oberpfalz nach Nürnberg. Dort zog Spartakus raubend und plündernd durchs Land.[2])

Am 13. April versuchten gemäßigte republikanische Truppen München von der Räterepublik zu befreien. Der Putsch scheiterte. Dabei gelang es aber den Bolschewisten, die eigentliche Räteherrschaft zu errichten.[3]) Nun raste die Anarchie durchs Land. Die Juden Leviné und Levien waren ihre Könige. In München begann die Schreckensherrschaft. Mit aus der Staatskasse geraubten Geldern wurde die „rote Armee" ausgerüstet. Das Revolutionstribunal verurteilte viele Unschuldige zum Tode.[4]) Am 14. April rief das Ministerium Hoffmann von Bamberg aus das bayerische Volk zu den Waffen und forderte zur Bildung von Freikorps auf.

---

[1]) Gärtner 273 ff.
[2]) Schmidt, F. 45 f.
[3]) Frank, Epp 81.
[4]) v. Oertzen 335.

Auf den Aufruf der Regierung wurden in Nürnberg und Umgegend folgende Truppenteile aufgestellt:[1])

1. Die Kriegsteilnehmerkompanie.
2. Die Militärkompanie, die aus zuverlässigen Leuten der Sicherheitsbataillone zusammengestellt war. Da diese mit Fahrrädern versehen war, hieß sie „Fahrradkompanie Deutschhauskaserne".
3. Die Einwohnerwehrkompanien.
4. Eine Werbestelle für das Freikorps Epp.
5. Das Studentenfreikorpsbataillon Erlangen.
6. Unabhängig von diesem die sogenannte Studentenkompanie.

Außerdem lagen im Standort noch folgende Sicherheitsbataillone:

1. Das Freiwilligenbataillon Hübner seit dem 14. 4. 1919.
2. Das Sicherheitsbataillon Hilpert seit dem 15. 4. 1919.
3. Das Sicherheitsbataillon Stang seit dem 24. 4. 1919.
4. Das Sicherheitsbataillon Baumgärtl seit dem 26. 4. 1919.

Schon Anfang April hatte Noske Hoffmann norddeutsche Truppen zur Hilfe angeboten. Mit bayerischem Selbstgefühl hatte der Ministerpräsident diese abgelehnt. Er schickte seine republikanischen Volkswehren nach München. Diese wurden am 18. April bei Freising und Dachau geschlagen. Hoffmann sah ein, daß er mit bolschewistisch verseuchten Truppen die Räteherrschaft nicht stürzen könne. Jetzt rief er nach den „Weißen". Am 23. April wurde das Freikorps Epp in Ohrdruf nach München verladen. Von den Sicherheitsbataillonen in Nürnberg wurde das Sicherheitsbataillon Brunner nach München beordert. (17. April 1919.) Da ihm die Freikorps angeschlossen wurden, hieß es Freikorps Brunner. Die Bataillone Heiß und Mayer mußten Nürnberg schützen. Die übrigen waren unzuverlässig.

Am 20. April wurde Augsburg von bayerischen, württembergischen und norddeutschen Truppen befreit. Das Freikorps Brunner leistete bei der Einnahme der Stadt wertvolle Hilfe. Ende April rückte Brunner nach München vor. Inzwischen hatte auch das Freikorps Epp vor München Aufstellung genommen. Am 30. April wurden im Luitpoldgymnasium in München die Geiseln ermordet. Am 1. Mai war der Ring um München geschlossen. Die Hauptkämpfe im Innern der Stadt fanden am 1. Mai statt. Am 2. Mai erfolgte der Einmarsch nach München. Unter heftigen Kämpfen wurde Straße um Straße genommen. Nach der Einnahme der Stadt wurde das Bataillon Brunner in die Schützenbrigade Epp eingegliedert. Nach einigen Wochen wurde es in Grafenwöhr untergebracht. Die zuverlässigsten Leute wurden zum Stammbataillon der Nürnberger Garnison zusammengestellt.[2])

[1]) Schmidt, F. 40 ff.
[2]) A. a. O. 52 ff.

Das Freikorps Hübner wurde am 3. Mai in die Gegend von Regensburg verladen, wo ebenfalls Spartakus wütete. Diese Truppe war aber von unzuverlässigen Leuten durchsetzt, die schon bei der Abfahrt meuterten. Auf Befehl des Majors Endres wurde in Regensburg die Hälfte des Freikorps entlassen. Aus den Uebrigen wurden einige zuverlässige Züge gebildet, die die Bahnlinie Nürnberg — Regensburg säuberten und die bedrängten Dörfer befreiten.[1])

In Nürnberg setzten die Bolschewisten erneut zu einem Gewaltstreich an. Am 25. April hatten die Mehrheitssozialisten eine Volksversammlung im Herkulessaalbau einberufen. Ein Münchener Sozialdemokrat sprach über das Thema: „Gewaltherrschaft in München". Die Unabhängigen hatten aber die Mehrheit im Saal. So kam es, daß von der Versammlung folgende Anträge angenommen wurden: Aufhebung des Belagerungszustandes des Kommandos III. A. K. — Absetzung der Machthaber des Kommandos — Aufhebung der Pressezensur — Zurückziehung der nach München ziehenden Truppen — Einstellung der Truppenwerbung — Befreiung sämtlicher vom Kommando verhafteten Personen. In derselben Nacht lehnte das Generalkommando sämtliche Anträge ab. Am 26. April ließ Major Endres die in Nürnberg als Spartakisten verdächtigen Personen verhaften. Der Belagerungszustand wurde verschärft. Die ordnungsliebende Bevölkerung wurde zur Bildung der Zeitvolkswehr aufgerufen. Am 28. April sammelten sich die Bolschewisten wiederum zu einer Demonstration. In zwei Zügen marschierten 4000 Marxisten vom Nordosten der Stadt zum Egidienplatz. Der Aufstand begann wie üblich mit einer Protestkundgebung. Da Ausschreitungen vorgekommen waren, bekam die „Fahrradabteilung Deutschhauskaserne" den Befehl, die Ordnung wiederherzustellen. Sie riegelte die Kolonne am Egidienberg ab, während die Einwohnerwehrkompanie die Seitengassen versperrte. Als die Nachhut der Fahrradabteilung den Zug passierte, griffen die Spartakisten wieder an. Einige Tote und mehrere Verletzte blieben auf dem Platz. Inzwischen war der zweite Zug ins Stadtinnere gelangt. Die Batterien Mesmer und Linsmayer hatten am Josephs-, Hefnersplatz und in der Ludwigstraße Aufstellung genommen. Dadurch wurde der Sturm auf das Generalkommando vereitelt. Durch sofortiges Einschreiten wurde die für den Nachmittag auf der Insel Schütt geplante Kundgebung verhindert.

So wurde in Bayern durch den Einsatz letzter Reste treuen Soldatentums, das durch gefolgswillige Jugend verstärkt wurde, das Chaos gebändigt. Aber wie wenig war die Lage gefestigt! Sie wurde durch den Vernichtungswillen haßerfüllter Feinde, durch die zerstörende Inflation und durch die Selbstzerfleischung der Parteien von Tag zu Tag verschärft. Der geringste Anstoß genügte, um die

[1]) A. a. O. 58 ff.

durch die Klassenkampfparolen aufgeputschten Massen wieder auf die Straßen zu bringen. Ein zweites Mal erhob sich Spartakus — im Jahre 1920. Zuvor aber ist noch die Bildung der Einwohnerwehren in Bayern zu erwähnen. Als nach dem Kriege Unruhen entstanden, bildeten sich da und dort Volkswehren. Besonders während der Räteherrschaft traten tatkräftige Gruppen aus der Einwohnerschaft dem roten Terror entgegen. Diese können als die Anfänge der örtlichen Einwohnerwehren bezeichnet werden. Die eigentlichen Vorarbeiten für die Aufstellung der Einwohnerwehr begannen erst nach der Beseitigung der Räteherrschaft in München. Um die einheitliche Zusammenfassung und den weiteren Ausbau der bestehenden Wehren wie um die Gründung derselben an den Orten, wo solche noch nicht vorhanden waren, machten sich zwei Männer besonders verdient: der Forstrat Escherich und der Obergeometer Kanzler. Die Bayerische Regierung begrüßte die Bildung der Einwohnerwehren. Am 17. Mai 1919 erschien eine Entschließung des Staatsministerium des Innern und des Staatsministeriums für militärische Angelegenheiten, in der die örtlichen Zivilbehörden angewiesen wurden, die Einwohnerwehren zu unterstützen.

Am 21. Juni 1919 wurde in einer Sitzung der oberbayerischen Bezirksamtsvorstände in Anwesenheit des Regierungspräsidenten v. Kahr beschlossen, daß sich die örtlichen Wehren zu Gauen und die Gaue zu Kreisen zusammenschließen sollten. In einer anderen Sitzung, am 2. Juli 1919, wurden die Einwohnerwehren als Privatorganisation erklärt. Ende 1919 war in Bayern die Organisation durchgeführt. Bayern wurde Landesleitung. Zum Landeshauptmann wurde Escherich, zum Stabsleiter Kriebel gewählt. Bayern wurde in 10 Kreise eingeteilt. Davon fielen auf Mittelfranken 2: Nürnberg und Mittelfranken. Nürnberg zerfiel wiederum in 5, Mittelfranken in 13 Gaue. Die Kreisleitung Nürnberg wurde endgültig am 12. November 1919 errichtet. Zum Kreishauptmann von Mittelfranken wurde Regierungsdirektor Rodt, Ansbach, zum Stabsleiter Major v. Taufkirchen, zum Stadthauptmann von Nürnberg Amtsrichter Klein, zum Stabsleiter Major Louis gewählt. Bald sollten die Einwohnerwehren ihre Zuverlässigkeit und Durchschlagskraft beweisen, im März 1920, bei dem zweiten Spartakistenaufstand.[1])

Am 13. März 1920 unternahmen der Generallandschaftsdirektor Kapp und der General Lüttwitz den gutgemeinten, aber hoffnungslosen Versuch einer militärischen Erhebung. Sie rechneten mit der Empörung der Freikorps gegen die von der Regierung auf Befehl der Feindmächte geplante Auflösung. Nach dem Einzug der Kappschen Truppen in Berlin entfloh die Reichsregierung nach Stuttgart. Von hier aus organisierte sie den Generalstreik.[2]) Schon am 14. März, vormittags 10 Uhr, führten die beiden sozialdemokratischen

[1]) Kanzler 4 ff. 9 ff. 37 ff. 52, 236 ff.

[2]) Sponholz 49. Volkmann 350 ff.

Parteien Nürnbergs auf der Insel Schütt eine Massenversammlung durch.[1]) Von den Mehrheitssozialisten sprach Süßheim, von den Unabhängigen Freund und Neumann. Nach der Kundgebung wurde ein Demonstrationszug gebildet. Am 15. März trat der angekündigte Generalstreik in Kraft. Im ganzen Reich ruhte die Arbeit. Am gleichen Tage wurde die Einwohnerwehr in Schnaittach entwaffnet, am 16. die in Burgfarrnbach. Am 15. März zeigten sich auch die ersten bewaffneten Zivilisten auf der Straße. Am 16. März wurde im Bahnhof ein Polizist entwaffnet, ebenso der Einwohnerwehrposten vor einer Bank. Nun war die Absicht klar. Die Spartakisten wollten sich in den Besitz genügender Waffenmengen setzen, um zum Schlage auszuholen.[2]) Am 17. März fand in Nürnberg eine verbotene kommunistische Versammlung statt. Oberbürgermeister Luppe bat Major Endres um Hilfe durch die Reichswehr. Der 17. März mußte die Entscheidung bringen, ob Nürnberg dem Terror verfallen sollte oder nicht. Die Reichswehr und die Einwohnerwehr allein konnten das Verhängnis nicht abwenden. Mit Lastwagen wurde die Zeitfreiwilligenabteilung aus Erlangen herangeholt. In den Vormittagsstunden des 17. März wurden im Melanchthonschulhaus die Gewehre der Einwohnerwehr geraubt. Gegen Mittag drangen bewaffnete Aufrührer mit Gewalt ins Postgebäude und nahmen die Kasse und die dort untergebrachten Waffen der Einwohnerwehr. Die städtischen Licht-, Gas- und Wasserwerke mußten durch Abteilungen der Einwohnerwehr bewacht werden, ebenso wurde durch Abteilungen derselben Formation der Betrieb der Bahn sichergestellt. Die Einwohnerwehr stand im engsten Einvernehmen mit der Reichswehr. Mittags erhielt die Reichswehr den Befehl zum Ausrücken. Sie bestand aus folgenden Gliederungen[3]): 1.) 6. Kompanie. 2.) 5. Kompanie. 3.) MG.-Kompanie. 4.) 7. Kompanie. 5.) Minenwerferkompanie. 6.) 1 Zug Artillerie. 7.) Die Offizierskompanie. 8.) Die Kriegsteilnehmerkompanie (Freiwilligenkompanie). 9.) 4 leichte Kraftwagen. 10.) 2 Personenwagen und 2 Sanitätswagen. Ferner rückte das 800 Mann starke Studentenbataillon Erlangen an. Die Reichswehr marschierte vom Norden durch die Königstraße zum Bahnhof, das Studentenbataillon griff vom Westen an. Am Königstor wurden die Truppen aus den oberen Stockwerken beschossen. Auf das Studentenbataillon wurde vom Germanischen Museum aus das Feuer eröffnet. Vor dem Bahnhof begann der Kampf. 27 Spartakisten wurden getötet und eine erhebliche Anzahl verletzt. Schuld an diesem Unglück trugen die jüdischen Agitatoren, die kurz vorher auf der Insel Schütt die Arbeiterschaft aufgehetzt hatten.

Als die Truppe in die Kaserne zurückzog, beschossen die Spartakisten den Sanitätswagen. Das Feuer wurde erwidert. Die Folge

[1]) Gärtner 304.
[2]) Sponholz 49.
[3]) Schmidt, F 96 f.

war, daß wieder einige Rebellen getötet wurden. Auf diese Ereignisse hin erklärte der Aktionsausschuß den verschärften Generalstreik. In den Abendstunden des 17. März aber wurde noch zwischen dem Staatskommissar Gareis, dem Oberst v. Danner und dem Oberbürgermeister Luppe Vereinbarungen getroffen, die die Vertrauensmänner der beiden sozialdemokratischen Parteien mit großer Mehrheit annahmen. Am 18. März wurde der Generalstreik beendet.[1])

Im April 1920 war der 2. Kommunistenaufstand am Erlöschen. Lediglich im rheinischen und mitteldeutschen Industriegebiet und im Vogtland war die Lage noch ernst. Hier trieben die Banden des Kommunistenführers Hölz ihr Unwesen. Am 10. April bekam das II. Batl. 7. Inf.-Reg. den Befehl zur Wiederherstellung der Ordnung im Vogtland. Die Städte Hof, Posseck, Oelsnitz wurden gesäubert, Schöneck und Klingenthal eingenommen. Die Besetzung von Klingenthal gelang erst nach heftigen Feuergefechten. Hölz war in die Tschechoslowakei entflohen.[2])

Ein drittes Mal versuchten die Kommunisten in Deutschland den bolschewistischen Umsturz herbeizuführen. Zu diesem Zweck hatten sie sich die „Rote Armee" geschaffen. Im Frühjahr 1921 hatte diese eine Stärke von 150 000 Mann erreicht.

Der Aufstand wurde durch Attentate, Sprengungen und Verwüstungen eingeleitet. Den eigentlichen Auftakt aber bildete der Einfall polnischer Insurgenten in Oberschlesien, die am 23. März 1921 den für Deutschland günstigen Volksentscheid durch Gewalt beseitigen wollten. Zu gleicher Zeit begannen die Unruhen in Mitteldeutschland. 8 Tage mußte gekämpft werden, bis der Aufstand niedergeschlagen war.

In Nürnberg machten die Spartakisten keinen Versuch mehr, durch einen Gewaltstreich an die Macht zu kommen.

Das Bataillon Nürnberg sollte in Oberschlesien eingesetzt werden. Der Befehl wurde aber zurückgezogen. So beteiligte sich nur das Freikorps „Oberland" an den Kämpfen in der deutschen Ostmark. Blutig mußte sich das Freikorps den Weg durch das rote Sachsen bahnen und konnte dann an den Kämpfen um den Annaberg teilnehmen.[3])

Die erste grauenhafte Phase deutscher Selbstzerfleischung und Auflösung ging ihrem Ende zu: Der Abgrund, der das deutsche Volk zu verschlingen drohte, war noch einmal geschlossen durch das Opfer der Wenigen, in denen das Vermächtnis des alten Heers lebte.

[1]) A. a. O. 96 f.
[2]) A. a. O. 114 ff.
[3]) A. a. O. 44 ff.

III.

Die Anfänge der völkischen Bünde

Die deutsche sozialistische Partei

Die Freikorps hatten mit militärischer Gewalt die Ruhe in Deutschland wiederhergestellt. In blutigen Kämpfen hatten sie Spartakus niedergeworfen und die Grenzen gegen fremde Eindringlinge geschützt. Die Kämpfer im Freikorps waren Soldaten, und als solche sorgten sie für Ruhe und Ordnung im Land. Sie waren aber keine Politiker. Deshalb konnte ihr Kampf nur teilweise Erfolg haben. Zwar hatten sie den Brand, der Deutschland zu verzehren drohte, gelöscht, aber die Glut unter der Asche glimmte weiter. Sie hatten die Gefahr beseitigt, aber die Ursache der Gefahr nicht ausmerzen können, weil sie nur Soldaten und nicht Politiker waren. So kam es, daß die Verführten niedergeworfen wurden, die Verführer aber weiter wühlen konnten. Der Jude entging der verdienten Strafe und zog seine Lehren. Da er mit Gewalt die Bolschewisierung Deutschlands nicht durchsetzen konnte, beschritt er den parlamentarischen Weg.

Nur wenige Deutsche erkannten diese Lage. Sie schlossen sich zu völkischen Bünden und Vereinen zusammen und begannen aus kleinsten Anfängen heraus die völkische Idee ins Volk zu tragen. In Nürnberg entstand im Jahre 1919 der Deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund.[1]) Er bildete sich durch den Zusammenschluß des Deutsch-völkischen Bundes mit dem Deutschen Schutz- und Trutzbund und dem Reichshammerbund unter Fritsch. Der Deutsch-völkische Bund war das erste sichtbare Zeichen des wiedererwachenden völkischen Geistes. Er stand aber unter der unglücklichen Führung des Buchhändlers Schorkopf. Die Zusammenkünfte und Besprechungen fanden im Hotel Reichshof, später, als die Räume nicht mehr ausreichten, im Deutschen Hof statt. Die aktivsten Mitglieder dieses Bundes waren: Die Brüder Carl und Rudolf Maerz, Otto Stahl, Kunstmaler Schotte, Michael Heubner, Helmold, Matheiß, Mik und Roesch. Während diese bestrebt waren, den Kampf gegen den Marxismus in die Oeffentlichkeit zu tragen, stießen sie auf den heftigen Widerstand des furchtsamen und untätigen Vorsitzenden. Es kam zu Auseinandersetzungen, die dahin führten, daß der größte Teil der Mitglieder sich dem von Alfred Roth in Hamburg gegründeten Schutz- und Trutzbund und dem Reichshammerbund anschloß. 1. Vor-

[1]) Selbstzeugnis des Rudolf Maerz, Nürnberg.

sitzender des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes wurde Carl Maerz. Unter seiner tatkräftigen Führung begann der Kampf in der Oeffentlichkeit. Im Januar 1919 suchte Carl Maerz im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg nach Hilfsmitteln zum Kampf gegen den jüdischen Volksfeind. Er fand ein historisches Flugblatt aus Oesterreich, welches überschrieben war:

„Bittschrift der deutschen Sklaven an die Herren Juden."

Der Inhalt des Flugblattes bestand größtenteils aus Aussprüchen der Juden gegen ihre Rassegenossen. Carl Maerz ließ dieses Flugblatt in Tausenden von Exemplaren drucken und in der Stadt verteilen. Dies war die erste Kampfansage an das Judentum in Nürnberg. Carl Maerz besuchte häufig die Versammlungen der Marxisten und sprach als Diskussionsredner. Im April 1919 berief der Spartakistenführer Kleinlein eine öffentliche Volksversammlung in den Velodromsaal ein. Mit einigen Kameraden war auch Carl Maerz erschienen. Nachdem die Redner gesprochen hatten, meldete er sich zum Wort und schilderte die Zustände in München mit einer solchen Anschaulichkeit, daß keiner von den Gegnern ihm darauf erwidern konnte. Kurze Zeit später wurde er von dem Spartakistenführer Schmitt ersucht, im Gasthaus „Zum altdeutschen Michel" in Nürnberg-Steinbühl vor dem kommunistischen Aktionsausschuß einen Vortrag zu halten. Carl Maerz kam und sprach. Er klärte über die geheimen Bestrebungen des Weltjudentums auf und erhielt von den anwesenden Kommunisten reichlichen Beifall. Er verteilte an die Anwesenden Bücher und Schriften. Der Vortrag hatte eine solche Wirkung, daß die Funktionäre Schmitt, Kleinlein und andere den Juden Bönheim, der der Vorsitzende des kommunistischen Aktionsausschusses war, absetzten und dem Judentum den Kampf ansagten. Einige Tage später, am 25. April 1919, forderte Schmitt in einer überfüllten Versammlung im Herkulessaal die klare Scheidung der Sozialisten von den Juden. In den frühen Morgenstunden des 26. April ließ Major Endres alle in Nürnberg als Kommunistenführer verdächtige Personen verhaften. Darunter war auch Schmitt, obwohl er innerlich sich schon von der Kommunistischen Partei getrennt hatte. 50 Polizisten umstellten seine Wohnung. Schmitt widersetzte sich der Verhaftung und wurde durch eine Handgranate getötet. Monatelang wurden über die Zusammenkunft im Gasthaus „Zum altdeutschen Michel" und den Tod Schmitts die tollsten Gerüchte verbreitet. Die „Fränkische Tagespost" behauptete, Schmitt hätte mit den Deutschvölkischen Judenpogrome veranstalten wollen. Kleinlein sowie Carl Maerz bemühten sich vergebens, diese Angelegenheit richtig zu stellen. Im September 1919 befaßte sich „Der Leuchtturm", eine der völkischen Bewegung nahestehende Monatsschrift, mit den Nürnberger Vorgängen und brachte endlich Klärung.[1])

[1]) „Der Leuchtturm", September 1919. — Gauarchiv Franken.

In diesen Tagen verfaßte Rudolf Maerz ein Flugblatt über Ursache, Geschichte und Ausgang des Weltkrieges. Es wurde in mehreren Tausend Exemplaren gedruckt, verteilt und angeklebt. Dieses Flugblatt schlug wie eine Bombe ein. Rudolf Maerz wurde vom Generalkommando vernommen und mußte seine Handlung in einer eingehenden Erklärung schriftlich begründen.

Während sich Carl Maerz besonders als Redner betätigte, organisierte Rudolf Maerz die Plakat- und Flugblattpropaganda. Die dadurch entstehenden Unkosten konnten vom Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund nur zum Teil aufgebracht und mußten sehr oft von den Mitgliedern des Bundes persönlich gedeckt werden.

Kaum hatten die Juden in Nürnberg die für sie gefährliche Aufklärungsarbeit der Deutschvölkischen erkannt, da versuchten sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Bewegung im Keime zu ersticken. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bekämpfte sie in der marxistischen Presse. Der Presseabwehrkampf, den die Brüder Maerz aufnahmen, wurde so geschickt geführt, daß die marxistischen Blätter Berichtigungen bringen mußten.

Diesem Aufklärungskampf sah ein Teil der Mitglieder des Bundes mit Widerwillen zu. Es waren schwache und unkämpferische Leute, die das Bekenntnis zum Nationalismus im geschlossenen Kreis dem in der Oeffentlichkeit vorzogen. Die Brüder Maerz wurden heftig angefeindet. Sie setzten sich aber nach Beseitigung aller Widerstände glücklich durch.

Unter der großen Anzahl von Flugblättern des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes war auch eines, das überschrieben war: „Auszug aus dem fürchterlichen Inhalt der Geheimnisse der Weisen von Zion." Carl Maerz hatte in diesem Flugblatt behauptet, daß die Loge „Zur aufgehenden Morgenröte" in Frankfurt a. M. seit hundert Jahren mit dem „Großorient" von Frankreich in Verbindung stehe. Daraufhin strengte die Loge „Zur aufgehenden Morgenröte" gegen ihn Klage an.[1]) Maerz hatte jedoch in der ersten Instanz dem Gericht eine solche Fülle von Beweismaterial vorgelegt, daß die klagende Partei Vertagung des Prozesses beantragte. Noch bevor der neue Termin festgesetzt war, starb Carl Maerz auf einer Geschäftsreise in Berlin am 29. August 1921 an einem „Herzschlag". Seine Freunde vermuten, daß Maerz keines natürlichen Todes gestorben sei.

Mit dem Tode dieses Mannes ging es mit dem Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund in Nürnberg immer mehr zurück. Die nachfolgenden Führer der Bewegung verstanden es nicht, den Bund organisch weiter zu entwickeln.

Im November 1918 kehrte in den Reihen der Frontsoldaten auch Julius Streicher in die Heimat zurück. Als Gefreiter war er 1914 ins

[1]) Privatarchiv des Rudolf Maerz.

Feld gezogen, als Leutnant wurde er aus dem Heeresdienst entlassen. Wegen seiner außerordentlichen Tapferkeit erhielt er mehrere Auszeichnungen: Das E. K. I und II, den Bayerischen Verdienstorden und das Oesterreichische Verdienstkreuz a. Bd. d. Tapferkeit. Im Scharrerschulhaus in Nürnberg-Gleißhammer übte er wieder seinen Beruf als Lehrer aus. Wie die meisten seiner Kameraden war er niedergeschmettert von den Umwälzungen in der Heimat. Deutschland war nicht wieder zu erkennen. Not und Tod standen als Herrscher über dem leidenden Volk und hielten furchtbare Ernte. Noch bitterer und schmerzlicher war, daß Anständigkeit und Tapferkeit verachtet und Lasterhaftigkeit und Feigheit gepriesen wurden. Viele Deutsche glaubten damals, daß an dem Elend ausschließlich der unselige Krieg schuld sei, rissen ihre Auszeichnungen von der Brust und legten ihre Uniform ab. Dafür schmückten sie sich mit dem Rot der Revolution und unterstellten sich den neuen Machthabern. Julius Streicher aber trug allen Gefahren und Drohungen zum Trotz noch tagelang seinen Kriegsrock mit Orden und Ehrenzeichen. In diesen Wochen und Monaten litt in einem Krankenhaus ein im Krieg erblindeter Soldat, der Gefreite Adolf Hitler. Auch er sann über den Fragen nach der Schuld und kam zu demselben Ergebnis wie Julius Streicher. In den letzten Wochen des unglücklichen Jahres 1918 entschlossen sich beide Männer, die sich nicht kannten, bis zum letzten Atemzug für die Rettung des deutschen Volkes zu kämpfen.[1])

Als Adolf Hitler noch im Krankenhaus lag, begann Julius Streicher in Nürnberg den Kampf. Im November und Dezember 1918 traf er sich öfters mit früheren Offizieren im Hotel Kulturverein. Einmal hatten sie sich wieder dort versammelt. Die Marxisten hatten davon erfahren, rotteten sich vor dem Gebäude zusammen und versuchten die Auflösung der Versammlung zu erzwingen. Der Versammlungsleiter verlor die Nerven, ließ die Rede abbrechen und hob die Versammlung auf. Da stieg einer der Anwesenden auf einen Tisch und feuerte mit scharfen Worten die Verzagten zur Standhaftigkeit an. Alle schauten auf den kühnen Redner. Einen Augenblick kämpfte in ihnen Mut gegen Schwäche. Dann verließen sie den Saal. Julius Streicher hatte zum erstenmal gesprochen. In demselben Saal hatte er seinen politischen Kampf eröffnet, in dem 17 Jahre später am Reichsparteitag der Freiheit die „Nürnberger Gesetze" — als Krönung seines Kampfes — erlassen wurden.[2])

[1]) Gauarchiv Franken Akt Streicher.
[2]) Selbstzeugnis Julius Streichers.

Im Jahre 1919 besuchte Julius Streicher häufig die Versammlungen der MSP., USP. und KPD. Wenn der jeweilige Redner zu Ende war, meldete er sich zum Wort und sprach als Diskussionsredner zu den Arbeitern. Diese wußten nicht, daß er Antisemit war und jubelten ihm deshalb begeistert zu. Die Juden Freund, Süßheim, Bönheim und Eisenstätter, die marxistischen Funktionäre, aber merkten bald, mit wem sie es zu tun hatten. Als sich Julius Streicher wieder einmal zum Wort meldete, wurde er niedergeschrieen. Enttäuscht begab er sich nach Hause. Auf der Straße sprach ihn ein unbekannter Mann, der ebenfalls in der Versammlung gewesen war, an und drückte ihm ein Buch in die Hand mit der Aufforderung, es zu lesen. Es war Fritschs „Handbuch der Judenfrage". Julius Streicher las dieses Buch und begriff erst richtig, was er schon lange gefühlt hatte.[1])

Im März 1920 hielt der ruhmreiche Verteidiger Ostafrikas General von Lettow-Vorbeck in Nürnberg einen Vortrag. Bei dieser Gelegenheit besuchte er auch das „Germanische Museum". Mitglieder des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes" ehrten ihn vor dem Museum mit herzlichen Ovationen. Voll Freude wandte er sich an Carl Maerz und schüttelte ihm dankbar die Hand. Da rief jemand aus der begeisterten Menge Maerz die Worte zu: „Ihnen hat ein deutscher Mann die Hand gedrückt!" Es war Julius Streicher. So wurde er bekannt mit den Männern des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Bald darauf erschien er in ihren Versammlungen und hielt auch ab und zu Vorträge.[2]) Von Woche zu Woche reifte in ihm die Erkenntnis der neuen Weltanschauung. Massenversammlungen und Presse schienen ihm die unbedingt notwendigen Mittel zu sein, diese Weltanschauung dem deutschen Volke zu verkünden. Dazu war aber der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund nicht zu bewegen. Seine meisten Anhänger liebten die Arbeit im „kleinen Kreis". Wie waren schon die Brüder Maerz bei ihren Flugblatt- und Klebezettelaktionen angefeindet worden! Julius Streicher sah nach kurzer Zeit ein, daß dieser Bund niemals den notwendigen Aktivismus und Kampfgeist entwickeln könne und deshalb ungeeignet sei, Retter des deutschen Volkes zu werden. Deshalb sah er sich nach anderen Parteien, Bünden und Verbänden um, die es damals in großer Anzahl gab. Aber alle entbehrten das, was er in ihnen suchte. Kurze Zeit trug er sich mit dem Gedanken, selbst eine Partei nach seinen Grundsätzen zu gründen. Da kamen im Januar 1920 zu ihm Männer und baten ihn, er möge doch in ihre deutschsozialistische Ortsgruppe eintreten. Im Laufe des Jahres 1919 hatte der Dipl.-Ingenieur Alfred Brunner aus Düsseldorf in mehreren Städten Norddeutschlands und Süddeutschlands die ersten deutschsozialistischen

[1]) Desgleichen.
[2]) Selbstzeugnis des Rudolf Maerz, Nürnberg.

Ortsgruppen gegründet. In Nürnberg wurde eine solche Gruppe am 24. November 1919 von den Arbeitern Vey und Kleinlein ins Leben gerufen; ihr schloß sich Julius Streicher an. Er war nicht der Gründer der Ortsgruppe, wurde aber ihr Schöpfer. Denn vor seinem Eintritt war sie nichts anderes als ein Verein im gewöhnlichen Sinne. Dennoch fühlte Julius Streicher, daß in den Deutschsozialisten etwas steckte, was sie unterschied von den übrigen Vereinsmeiern: die ehrliche Sehnsucht nach einer Freiheitsbewegung.[1])

Im September 1919 war Adolf Hitler in die deutsche Arbeiterpartei eingetreten. Gegen Ende des Jahres begann nun in München und Nürnberg der Kampf. Die deutschsozialistische Bewegung bestand im Frühjahr 1920 aus einer Anzahl Ortsgruppen, die im ganzen Reich verteilt und ohne jeden Zusammenhang waren. Julius Streicher bemühte sich sofort, die einzelnen losen Ortsgruppen zu einem festen Block zusammenzuschließen. In Fritschs „Hammer" rief er zur Einigung aller Deutschsozialisten auf. Bis in die kleinsten Orte drang der Sammelruf aus Nürnberg. In Berlin bildete sich eine „Streicher-Gruppe" unter Führung völkischer Männer wie Barber, Chwatal und Kretzschmann. Nach wenigen Monaten stand Nürnberg mit über 300 Mitgliedern an der Spitze aller deutschsozialistischen Ortsgruppen.[2])

Inzwischen hatte Adolf Hitler begonnen, die Deutsche Arbeiterpartei zu einer kampffähigen Truppe zu machen. Im Herbst und Winter 1919 führte er die ersten Versammlungen durch. Am 24. Februar 1920 verkündete er im Festsaal des Hofbräuhauses die 25 Programmpunkte der Bewegung und gab damit dem Nationalsozialismus Inhalt und Richtung.[3])

Im Februar und März 1920 fanden die ersten deutschsozialistischen Versammlungen in Nürnberg statt. Sie wurden ausnahmslos von den anwesenden Marxisten gesprengt.[4])

Vom 24.—26. April 1920 hielten die Deutschsozialisten in Hannover ihren ersten Parteitag ab.[5]) Hier wurde die von Julius Streicher angebahnte Einigung der einzelnen Ortsgruppen zu einem Verbande beschlossen. Zugleich sollte der Name der neuen Bewegung festgelegt werden. Es wurden lange Debatten geführt. Man beriet, ob man die Begriffe „deutsch", „völkisch", „national", „sozial", „sozialistisch", „Partei", „Bewegung" oder „Bund" verwenden solle. Die einzelnen Vertreter sahen bald den einen, bald den anderen Begriff als verpönt und unmöglich an. Julius Streicher trat unbedingt für „Partei" ein. Nach seiner Ueberzeugung sollte sich der deutschsozialistische Gedanke nicht nur einbürgern, sondern auch durch-

[1]) P. P. Nürnberg Akt Streicher.
[2]) Berendt 188.
[3]) Sponholz 50 ff.
[4]) P. P. Nürnberg Akt DSP.
[5]) H. A. München Akt DSP.

setzen. Dies konnte aber nur im Parteikampf geschehen. Es wurde der Name „Deutsche sozialistische Partei" (DSP.) angenommen. Die Leitung wurde Alfred Brunner, Düsseldorf, der Vorsitz Sachse, Hannover, übertragen. Julius Streicher wurde in die oberste Leitung gewählt.

Dann folgte eine längere Aussprache über das Programm der Partei. Als die Judenfrage angeschnitten wurde, erklärte Streicher nach längeren Ausführungen, daß die Partei in diesem Punkte eine klare Haltung einnehmen müsse. Das gleiche betonten die Vertreter Altvater-Kiel, Sachse-Hannover und Sesselmann-München. Es wurden zwei Formeln verfaßt, die jeder vor seinem Eintritt in die Partei unterzeichnen müsse. Einmal, daß er deutscher Abstammung sei und ferner, daß er keiner Freimaurerloge und keinem Geheimbund angehöre. Dann wurde der Deutschsozialist Prof. Bohneberg von Nürnberg beauftragt, in kürzester Zeit eine Parteizeitung zu schaffen. Schließlich wurde für die bevorstehende Reichstagswahl eine Reichsliste aufgestellt und Julius Streicher an die erste Stelle gesetzt.

Unmittelbar nach dem Parteitag folgte die systematische Aufbauarbeit der Partei. Ihre Hauptaufgabe war die Aufklärung des deutschen Volkes über seine Lebensziele. Julius Streicher war wie Adolf Hitler davon überzeugt, daß die Rettung Deutschlands nur durch eine nationale Revolution geschehen könne. Diese müsse aber nicht von wenigen, sondern von der Masse des deutschen Volkes getragen sein. Deshalb müsse sich die Partei aller Mittel bedienen, mit denen die Masse aufgeklärt werden könnte. Als diese erkannte Streicher die Massenversammlungen und die Presse. Die nationale Erhebung Kapps war nach seiner Auffassung daran gescheitert, daß dieselbe ohne diese überaus wichtige propagandistischen Mittel ausgeführt worden war. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hatte zwar versucht, durch Flugblatt- und Plakatpropaganda aufklärend zu wirken. Dies war aber ungemein teuer, und außerdem verlor es bei wochenlanger Gegenwirkung der marxistischen Presse die durchschlagende Wirkung.

Am 20. April 1920 hatte Adolf Hitler zum erstenmal außerhalb Münchens gesprochen bei der Gründung der Ortsgruppe in Rosenheim. 5 Wochen später am 27. und 28. Mai sprach Julius Streicher in Zeitz und Leipzig zur Reichstagswahl.[1]) Sein Thema lautete: „Heraus aus Schande und Elend". In zweistündiger Rede zeigte er die Ursachen des furchtbaren Zusammenbruches des deutschen Volkes auf und betonte, daß dieser nicht durch den Krieg, sondern durch die unsoziale Entwicklung der letzten 50 Jahre und durch den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß des Judentums herbeigeführt sei. In Zeitz meldeten sich 50, in Leipzig 80 Mitglieder der DSP. an.

[1]) D. S. 1920 F. 1.

Die marxistische Front hatte längst mit dem Wahlkampf begonnen. Immer näher rückte der 6. Juni 1920, der Tag der Reichstagswahl, und noch immer war die deutschsozialistische Zeitung nicht erschienen. Bohneberg war unschlüssig und wagte den entscheidenden Schritt nicht. Von den Marxisten wurden „Sprengkommandos" und der „Rote Saalschutz" geschaffen und den Völkischen die Durchführung von Versammlungen unmöglich gemacht. In den Versammlungen wurden die Deutschsozialisten zusammengehauen, in der roten Presse totgeschwiegen. Die Marxisten fürchteten, im Volke nicht mehr so viel Rückhalt zu haben wie bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Ihre Spaltung in Unabhängige, Mehrheitssozialisten und Kommunisten und die häßliche Art, wie sich diese drei Parteien bekämpften, hatte viele Volksgenossen abgestoßen. Um so mehr bemühten sich jetzt die Funktionäre der Parteien durch versöhnende und einigende Redensarten, den Argwohn der Massen einzuschläfern. Auf der Konferenz der Gesamtpartei, am 5. Mai 1920 in Berlin, stellte der Jude Adolf Braun, der frühere Schriftleiter der „Fränkischen Tagespost", den Antrag, den Wahlkampf unter der Parole „Einigung des ganzen schaffenden Volkes auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze" zu führen.[1]) Die Spaltung der marxistischen Front wurde abgeleugnet, um der jüdischen Sache zu dienen. Während der Jude es verstand, nach seinem Willen auseinanderzureißen oder zusammenzukleben, war die nationale Front in eine Unzahl von nationalen Bünden, Vereinen und Gruppen zersplittert. Viele wichtige Stimmen wurden vergeudet und die völkische Bewegung unbedeutend und ohnmächtig.

Nur noch wenige Tage blieben bis zur Wahl. Die deutschsozialistische Zeitung war immer noch nicht erschienen. Julius Streicher wartete nicht mehr länger. Der „Fränkischen Tagespost", der Zeitung der Mehrheitssozialisten, und dem „Sozialdemokrat", dem Blatt der Unabhängigen, mußte die Wahlpropaganda quittiert werden. Deshalb entschloß sich Streicher zur Herausgabe des Wochenblattes „Deutscher Sozialist". Am 3. Juni 1920 wurde sie bei dem Staatskommissar Gareis, einem aufrechten deutschen Manne, beantragt und sofort genehmigt. Am 4. Juni 1920, zwei Tage vor der Reichstagswahl, erschien die erste Folge des Blattes. Als Herausgeber und Schriftleiter zeichnete Julius Streicher. Der „Deutsche Sozialist" war die erste völkische Zeitung Deutschlands. Der „Völkische Beobachter" erschien ein halbes Jahr später am 17. Dezember 1920. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Julius Streicher in seinem Blatt 12 große Aufsätze und viele kleine Artikel wie Buchbesprechungen, politische Glossen, Versammlungsberichte usw. geschrieben. Die erste Folge des „Deutschen Sozialisten" stand im Zeichen der Reichstagswahl. Der Herausgeber schrieb seinen ersten Kampfartikel: An die Brüder der USP., MSP., KPD.! In diesem rief er zur Einigung aller Deutschen auf.

[1]) Gärtner 324.

Die deutschsozialistische Ortsgruppe Nürnberg war so arm, daß sie weder Plakate ankleben noch Wahlzettel in den Wahllokalen verteilen lassen konnte. Nur ein öffentlicher Anschlag wies darauf hin, daß sich die DSP. an der Wahl beteiligte. An einer besonderen Abgabestelle mußten sich die Wähler ihre Wahlzettel selbst holen. Trotz aller Spitzel und Beobachtungsposten fanden sich mehr als 2000 Nürnberger Volksgenossen, die sich ihren Stimmschein besorgten und ihre Stimme der Bewegung gaben. Zwar noch eine kleine Zahl, aber ein fester Block, der die Grundlage für die Zukunft bilden sollte.[1]) Die Deutsche Arbeiterpartei in München beteiligte sich an der Wahl nicht. Trotz größter Propaganda und trotz des Wahlterrors erreichten die Marxisten nicht mehr die Anzahl der Stimmen, die im Vorjahre für sie abgegeben worden waren. Bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erhielt die Sozialdemokratische Partei in Nürnberg 114 250 Stimmen, am 6. Juni 1920 — jetzt in Mehrheitssozialisten und Unabhängige gespalten — die ersteren 50 000, die letzteren 49 000 Stimmen. Insgesamt hatten die Marxisten 15 000 Stimmen gegenüber dem Vorjahre verloren.[2]) Mit Recht rechneten die Linksparteien diesen Stimmenverlust der Aufklärungsarbeit der Deutschsozialisten zu. Der Marxismus hatte den kleinen, aber gefährlichen Gegner erkannt. Wenn er ihn auch nach außen als unbedeutend hinstellte, im eigenen Lager nahm man ihn blutig ernst. Die Juden Süßheim, Neumann, Freund, Eisenstädter und Bönheim, die Funktionäre der beiden marxistischen Parteien, versuchten jetzt mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, Julius Streicher und seine Bewegung zu vernichten.

Die unter jüdischer Leitung stehenden Blätter, die „Fränkische Tagespost" und der „Sozialdemokrat" verspotteten und verleumdeten die Deutschsozialisten, nannten diese bald Verbrecher, Soldatenschinder, bald Phantasten und Narren.[3]) Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sandte ein Beschwerdeschreiben nach dem andern an das Bayerische Kultusministerium über den Lehrer Julius Streicher, dessen Verbleiben im Amte unmöglich sei.[4]) Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus wandte sich an die „christlichen" Familien und bat diese für die „armen verfolgten Juden" einzutreten. Es wurden Geld und Unterschriften gesammelt. Eine ganze Anzahl unaufgeklärter Volksgenossen fielen auf diesen Schwindel herein und glaubten ihre Nächstenliebe mit Geld und Unterschriften beweisen zu sollen.[5])

[1]) D. S. 1920 FF. 1—4.
[2]) Statistisches Amt, Nürnberg.
[3]) Fränkische Tagespost 1920 Juni und Juli.
[4]) P. P. Nürnberg Akt Streicher 1918—23.
[5]) P. P. Nürnberg Akt Verein zur Abwehr des Antisemismus.

In den Logen war die DSP. wochenlang der Gesprächsstoff und verursachte unter den „Brüdern" erhebliche Verwirrung. In dieser Zeit des marxistischen Gegenangriffs erhielt Julius Streicher zahlreiche Briefe, in denen Deutschsozialisten ihm mitteilten, daß sie wegen ihrer politischen Gesinnung aus ihrer Stellung entlassen und brotlos gemacht worden seien. Andere schrieben, daß ihre Lage unter ständigen Schikanen kaum mehr erträglich sei.[1])

Dazu sollten Terror und brutale Gewalt das Uebrige tun, die Begeisterung für den Deutschen Sozialismus zu vernichten. Den Austrägerinnen des „Deutschen Sozialisten" wurden die Zeitungen aus den Händen gerissen und in den Schmutz geworfen. Deutschsozialisten wurden auf der Straße angehalten, belästigt und nicht selten angegriffen. Am 28. Juli fand eine Versammlung der DSP. im Bürgersaal in Nürnberg statt. Der Vorsitzende der Deutschsozialisten in München, Sesselmann, war als Redner gekommen. Kaum hatte er mit seinem Vortrag begonnen, wurde er von den anwesenden Marxisten niedergeschrieen und bedroht.

Der planmäßig geführte Kampf der jüdischen Funktionäre blieb tatsächlich nicht ohne Wirkung. „Religiös" empfindende Menschen meinten um ihres Glaubens willen den Kampf Julius Streichers nicht mehr unterstützen zu dürfen. Im besonderen aber waren es das Bürgertum und die „besseren Kreise", die die völkische Arbeit als schmutzig und abscheulich bezeichneten und sie deshalb ablehnten. Arbeiter, Angestellte und Beamte fürchteten, entlassen zu werden, und zogen sich zurück. Aengstliche und schwache Gemüter konnten sich dem roten Terror nicht mehr länger aussetzen.

Zu diesen andauernden heftigen Angriffen von außen kam die innere Not. Von Woche zu Woche stiegen die Papierpreise. Oft war am Ausgabetag noch nicht das Geld für die Druckunkosten vorhanden. Zwar hatte die Bewegung inzwischen einen Mitgliederstand von 800 und der „Deutsche Sozialist" eine Auflage von nahezu 10 000 erreicht, doch wich bei den unbeständigen Preisen und der zunehmenden Teuerung niemals das Gespenst der Geldnot. Immer wieder wandte sich Julius Streicher an seine Getreuen mit der Bitte, den „Deutschen Sozialisten" und die Bewegung durch Opfer und Spenden zu erhalten.

Jetzt begannen auch die ersten Austritte. Mancher war mit Feuereifer in die Reihen gesprungen. Den Angriffen des jüdischen marxistischen Terrors war er nicht gewachsen. Er wurde kampfesmüde und zog sich zurück. So vollzog sich schon in den ersten Monaten in der jungen Partei ein Reinigungsprozeß, der alles Untaugliche ausschied.[2])

---

[1]) D. S. 1920 FF. 1—10 „Briefantwort".
[2]) P. P. Nürnberg Akt DSP.

Gefährlicher aber als alle Angriffe der Gegner und alle finanziellen Sorgen erwies sich eine im Spätsommer 1920 innerhalb der Partei entstehende Meinungsverschiedenheit in der Judenfrage. Julius Streicher wurde zum Vorwurf gemacht, er treibe zu viel Antisemitismus. Das sei der Grund, daß es mit der Bewegung nicht vorwärts gehe und daß ein Teil der Mitglieder aus der Partei wieder ausgetreten sei. Man riet ihm dringend, er solle in Zukunft das Wort „Jude" in seiner Zeitung überhaupt nicht mehr erwähnen. Durch diese Quertreiber geriet die Partei in größte Gefahr. Der Gegensatz in der Bewegung wurde dadurch noch verschlimmert, daß auch der Vorstand mit dem politischen Kampf Julius Streichers nicht einverstanden war. Ein Anlaß zu diesem Vorwurf war aber keineswegs gegeben. Der Schriftleiter des „Deutschen Sozialisten" hatte in den fraglichen Aufsätzen und Artikeln die Judenfrage stets mit der größten Vorsicht behandelt und nur dann, wenn es unbedingt sein mußte. Vergleicht man die Aufsätze Julius Streichers aus dem Jahre 1920 mit denen im Stürmer der späteren Jahre, dann erkennt man erst, wie politisch unerfahren und unkämpferisch diese sich völkisch nennenden Kreise waren, wenn sie an der an sich harmlosen Behandlung der Judenfrage Anstoß nehmen konnten. Der größte Teil des deutschen Volkes war eben damals von jüdischem Geist beeinflußt und nicht mehr fähig, deutsch zu denken.[1])

Die Leute, die im Sommer und Herbst 1920 in der DAP. eine gemäßigte Linie in der Judenfrage herbeiführen wollten, hatten weder ein politisches Wollen noch den dazu gehörigen Kampfesgeist. Ihr Nationalismus war Traum und Phrase, aber nicht eine im Kampf um die Wirklichkeit wirkende Idee.

Wegen der entstandenen Gegensätze wurde der zweite Parteitag im gleichen Jahre einberufen. Er fand vom 31. Juli bis zum 2. August 1920 in Leipzig statt.[2]) 34 Vertreter der Partei waren erschienen: aus Düsseldorf, Hannover, München, Nürnberg, Frankfurt a. M., Bielefeld, Kiel, Duisburg, Magdeburg, Stettin und Berlin. Insgesamt 18 Vertreter der Gaue und 16 der Ortsgruppen. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Ausführungen des Leiters der Parteipresse. In einer langen Rede gab Julius Streicher Rechenschaft über seine Arbeit.

Er stellte zunächst fest, daß die Zeitung nicht der Partei, sondern dem Verlag gehöre. Wenn man ihm vorschreiben wolle, was er aufzunehmen habe, so betone er, daß er so handle, wie er es verantworten könne. Es seien aus der Partei Stimmen laut geworden, die ihm rieten, in seinen Aufsätzen künftighin das Wort „Jude" zu vermeiden. Er habe diese Themen mit Vorbedacht gewählt und sei sich vollkommen bewußt, daß diese Haltung ihm unendlich viel

[1]) Preiß, Ruf zur Tat.
[2]) H. A. München Akt DSP.

Kampf einbringe. Er scheue diesen aber keineswegs, weil er wisse, daß er zur Rettung des deutschen Volkes notwendig sei. Dann rief der Redner eindringlich den Versammelten zu: „Meine Herren! Ueberlegen Sie doch, wir haben es mit einem unaufgeklärten Arbeiterstand und einem sogenannten „gebildeten" Mittelstand zu tun! Vergessen Sie nicht, daß der sogenannte „gebildete" Mittelstand ein unaufgeklärter Mittelstand ist! Man verlangt von mir mehr wissenschafliche Aufsätze. Vergessen wir doch nicht, daß wir besonders zu Arbeitern sprechen wollen! Der Arbeiter will kleine Berichte haben. Wir dürfen nicht hervorheben, was uns trennt, sondern das, was uns verbindet."

Der Rede Streichers folgte eine längere Debatte. Diese zeigte den tiefen Zwiespalt in der DSP. Die meisten Deutschsozialisten besaßen nicht die geringsten Kenntnisse von der Judenfrage. Sie wußten nichts von den Hintergründen des Krieges und der Revolution. Sie begingen den gleichen Fehler wie das Bürgertum vor dem Kriege, das den Arbeiter dem Juden überließ und sich nur um sich selbst kümmerte. Es ist traurig feststellen zu müssen, daß es in einer Zeit, in der das Judentum den deutschen Arbeiter für seine Zwecke mißbrauchte, Leute gegeben hat, die, obwohl sie sich Deutsche Sozialisten nannten, nichts anderes zu fordern wußten als mehr wissenschaftliche Artikel.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde festgestellt, daß die Zerrissenheit der völkischen Bewegung innerhalb und außerhalb Deutschlands für das große Ziel von Schaden sei und daß es gelingen müsse, eine Einigung herbeizuführen. Die Vertreter der DSP. begrüßten den Vorschlag der nationalsozialistischen Partei Oesterreichs, auf einer gemeinsamen Tagung sich zu treffen, sich auszusprechen und eine geeinte Macht zu bilden. Es wurde beschlossen, die zu diesem Zweck nach Salzburg einberufene Tagung zu besuchen und nach Kräften an dem großen Werk mitzuhelfen.

Die Tagung in Salzburg war auf 7.—9. August 1920 anberaumt.[1]) Auf Einladung des Vorsitzenden der nationalsozialistischen Partei Deutsch-Oesterreichs waren erschienen: Die Vertreter der Nationalsozialistischen Partei Deutsch-Oesterreichs, der Tschechoslowakei, Oberschlesiens, Polens, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Münchens — damals noch unter dem Vorsitz Drechslers —, der Deutschsozialistischen Partei unter der Leitung Brunners und der Deutschen Arbeiterpartei Württemberg. In den Vorsitz teilten sich Dr. Riehl, Wien, Drechsler, München, und der erste und zweite Vorsitzende der Nationalsozialistischen Partei der Tschechoslowakei, Knirsch und Jung.

[1]) Ebenda.

Alle Anwesenden waren erfüllt von der Größe ihres Zieles und begeistert von der bevorstehenden Einigung. Auf dem Begrüßungsabend wurden die alten Lieder der Befreiungskriege gesungen und im Rausche der Begeisterung die Wirklichkeit übersehen. Auf der Arbeitstagung traten deutlich die Schwierigkeiten zutage. Als die Kampfesweise besprochen wurde, gerieten in ihren Anschauungen Adolf Hitler von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Münchens und der Leiter der Deutschsozialistischen Partei, Alfred Brunner, gegeneinander. Adolf Hitler sagte damals in seinen grundsätzlichen Ausführungen, daß er lieber in einem bolschewikischen Deutschland gehenkt als in einem französierten Deutschland selig werden wolle. Sein ganzes Leben und Streben gelte der Schaffung eines freien Deutschlands. Dies könne aber nur erreicht werden, wenn die theoretische Erkenntnis durch eine Massenbewegung in tätige Kraft umgesetzt werde. Brunner dagegen hielt eine langsame tiefschürfende Propaganda für das einzig Richtige. Massenbewegung und langsame tiefschürfende Propaganda! Das war nicht nur ein Gegensatz zwischen Adolf Hitler und Alfred Brunner, sondern die Ursache der Zersplitterung der gesamten völkischen Front. Massenbewegung, das hieß Erkenntnis der drohenden bolschewistischen Gefahr und rücksichtsloser Kampf im größten Stile. Langsame tiefschürfende Propaganda dagegen Unkenntnis der wirklichen Lage und Politisieren im kleinen Kreis. Erstere erforderte Mut, letztere nicht. Erstere verlangte Einsatz und Opferbereitschaft, letztere nicht.

In der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in München, in der Drechsler den Vorsitz hatte, war Adolf Hitler in kurzer Zeit der bedeutendste und einflußreichste Kämpfer geworden. Er drückte der Partei den Stempel seines Geistes und Denkens auf. Aehnlich war es in der Deutschsozialistischen Partei. Hier war Brunner der Vorsitzende. Aber Julius Streicher war der eigentliche geistige und politische Leiter der Partei. Er hatte die DSP. erst zu dem gemacht, was sie war. Dieselben Schwierigkeiten und Kämpfe, die Adolf Hitler in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei überwinden mußte, waren es, die in der Deutschsozialistischen Partei zu überwinden waren. Julius Streicher erkannte wie Adolf Hitler, daß die Massenbewegung allein eine Aenderung in der politischen Führung Deutschlands bewirken könne. Nicht nur Adolf Hitler stand in seiner Ansicht gegen Brunner, sondern auch Julius Streicher. In einem Brief vom 13. März 1921 schrieb der Vorsitzende der DSP. an diesen, daß er sich nie für einen Führer für die größer werdende Bewegung gehalten habe und nicht ein Mensch der Oeffentlichkeit, vor allem kein Redner sei[1]). Dennoch glaubte Alfred Brunner an seine Sendung und unterstützte in der Partei die Quertreibereien gegen Streicher. Schwäche und Selbstbewußtsein konnten aber un-

[1]) Berendt 211 f.

möglich zu einem guten Ende führen. Adolf Hitler und Julius Streicher waren die geistigen Führer in den beiden Parteien, aber nicht die rechtlichen. Dies waren Drechsler und Brunner. Noch war nicht entschieden, ob sich die beiden ersten oder die letzteren behaupten und durchsetzen würden. Es ging nicht um Männer, sondern um die Idee, um Massenbewegung oder langsame tiefschürfende Propaganda, um volkstümlich verständliche oder wissenschaftliche Artikel, um Mut oder Schwäche. So zeigte die Tagung von Salzburg die tieferen inneren Gegensätze in den deutschvölkischen Bewegungen, aber auch die innere Verbindung und Einigkeit zweier Männer, Julius Streichers und Adolf Hitlers.

Trotz der aufgetretenen Gegensätze einigten sich die anwesenden völkischen Parteien. Das Ergebnis aber war mehr ein Moment oberflächlicher Gefühlswallungen als vernünftiger Ueberlegung. Es wurde beschlossen, daß sich die geeinten Parteien jetzt „Deutsche nationalsozialistische Partei" nennen sollten. Mit der Führung bis zum nächsten zwischenstaatlichen Vertretertag, im Sommer 1921, wurde Dr. Riehl, Wien, beauftragt.

Außerdem traf die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei mit der deutschsozialistischen Partei ein Abkommen, auf Grund dessen alle in Süddeutschland liegenden Ortsgruppen der DSP. sich den Nationalsozialisten, alle nationalsozialistischen Ortsgruppen in Norddeutschland sich den Deutschsozialisten anzuschließen hätten.

Das Ergebnis von Salzburg sollte sich aber lange nicht so erfreulich auswirken, als es anfangs schien. Durch das Uebereinkommen wurden die Gegensätze zwar übertüncht, aber nicht beseitigt.

Der „Deutschen nationalsozialistischen Partei" fehlte der Führer. Das geeinte Gebilde war nicht organisch gewachsen, sondern künstlich gemacht. Die einzelnen Gruppen hatten noch ihre Sonderrechte. Die inneren Meinungsverschiedenheiten bestanden weiterhin. Ein einheitliches Programm war ebenfalls nicht vorhanden. So mußte das künstlich geschaffene Gebäude bald wieder zusammenstürzen. Die „Deutsche nationalsozialistische Partei" war ein totgeborenes Kind.

In den Sommermonaten herrschte in Franken Versammlungspause. Ebenso in München. Adolf Hitler gab der Deutschen Arbeiterpartei das Hakenkreuzbanner und schuf mit ihm das heilige Symbol der Bewegung. (8. 8. 1920) Zugleich nannte er die Deutsche Arbeiterpartei „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei". Julius Streicher widmete sich dem „Deutschen Sozialisten" und schrieb viele hervorragende Aufsätze. Fast in jeder Folge des „Deutschen Sozialisten" befand sich ein Artikel des Nürnberger Kämpfers. Die unermüdliche Pressearbeit verfehlte ihre Wirkung nicht. Viele Anhänger wurden gewonnen und traten in die Front der Deutschsozialisten ein.

Jetzt war es Winter geworden. Die Zeit der Versammlungen war wieder gekommen. Die Redner der Deutschsozialisten — an ihrer Spitze Julius Streicher — rüsteten sich zum Winterfeldzug.

Am 5. November gründete Julius Streicher in dem verjudeten Bad Kissingen nach einer gelungenen Versammlung eine deutschsozialistische Ortsgruppe. Am 12. November sprach er in den „Frederichssälen" in Magdeburg. Als der Redner das Schlußwort sprach, brüllten die Marxisten die Marseillaise. Die Deutschen aber antworteten mit dem Deutschlandlied. Erst klang es leise, dann lauter, bis schließlich das Fremdlied verstummte.

Am 13. November sprach Julius Streicher bei den Bergarbeitern in Bernburg. Der von Polen eingewanderte Jude Bardowski hatte von dem Einbruch der Deutschsozialisten in die marxistische Stadt erfahren und in seiner Zeitung, die „Volkswacht" geschrieben, daß der Name „Streicher" so blöd sei wie der Inhalt seines Blattes. Man müsse den Judenhetzer vom Podium herunterholen und aus dem Saal peitschen. Streicher begann seine Rede: „Dafür, daß mir mein Vater seinen „blöden" und nicht den viel schöneren deutschen Namen „Bardowski" in die Wiege gab, dafür kann ich nicht —, ich glaube auch nicht, daß die ernsten Männer, die tagtäglich ins Dunkel der Kalischächte hinuntersteigen, einen Deutschsozialisten deshalb zum Saale hinauspeitschen, weil dieser vielleicht etwas zu sagen hat, was der „Volkswacht" nicht erwünscht sein kann —, aber deutsche Männer und Frauen! Wenn Ihr zum Schlusse, das, was ich sage, als Verhöhnung der Arbeiterschaft empfindet, dann holt mich herunter und peitscht mich zum Saale hinaus!" An diesem Abend wurden viele Volksgenossen gewonnen.[1])

In den letzten Tagen des Jahres weilte Streicher im besetzten Gebiet. Ein Schornsteinfeger in Gemünden am Hundsrück, Scholz, hatte in aller Stille eine deutschsozialistische Ortsgruppe gegründet und ihn gebeten, zu kommen und zu sprechen. Scholz war ein einfacher Mann, aber treu und ehrlich im Herzen und überzeugt und begeistert von der deutschsozialistischen Idee.

Julius Streicher kam. Als er den Saal betrat, saßen die Zuhörer teilnahmslos und stumpfsinnig in den Reihen. Die Zeit der Besatzung, die von Tag zu Tag größer werdende Not nahm den Leuten Glaube und Hoffnung. Der Redner begann. Er sprach von der Zukunft, von Freiheit und Brot. Da leuchteten wieder die Augen der unglücklichen Menschen.

Während der Rede betrat ein Vertreter der „hohen alliierten Kommission" den Saal. Der Redner unterbrach seinen Vortrag und sagte: „Es freut uns, hier einen Vertreter der Besatzungstruppe begrüßen zu können. Was Deutschsozialisten zu sagen haben, kann jedermann hören. Was heute das deutsche Volk bewegt und woran

[1]) D. S. 1920 FF. 23. 26.

es leidet, das bewegt und daran leiden auch die Franzosen, die Engländer, die Russen, kurz alle Völker der Erde. In allen Völkern tut sich dasselbe Sehnen auf und dasselbe Verlangen, den Totengräber der Völker, den internationalen Juden, aus dem Sattel zu heben. Es handelt sich heute nicht darum, daß wir Deutsche mit schußfertigem Gewehr gegen irgendein Nachbarvolk marschieren. Dem internationalen Blutsauger der Völker gilt der kommende Tag."

Am 29. Dezember sprach Julius Streicher in Kirchberg. Diesmal war kein Vertreter der Besatzungsbehörden anwesend. Die Rede in Gemünden hatte also bei den Besatzungsbehörden keinen Anstoß erregt. Umso größer war die Ueberraschung, als die Versammlung in Simmern, die am 30. Dezember stattfinden sollte, von der Besatzungsbehörde verboten wurde. Julius Streicher wandte sich an die französische Kommandantur und bekam von dort mitgeteilt, daß das Verbot auf Betreiben der jüdischen Gemeinde in Simmern erfolgt sei. Der Rabbiner von Simmern hatte der Kommandantur mit Aufstand und Demonstration gedroht, falls die Versammlung stattfinden würde.

Am Abend desselben Tages saß Julius Streicher mit Scholz in dem Gasthaus „Stadt Koblenz" in Simmern. Gegen 10 Uhr abends stürzte plötzlich ein junger Mann ins Lokal, sprang auf Scholz zu, schlug auf ihn ein und würgte ihn an der Kehle. Scholz — schwer kriegsbeschädigt — blutete heftig. Es entstand eine schwere Schlägerei. Gekauftes Gesindel drang auf die beiden Deutschsozialisten ein, drohte sie zu ermorden. Julius Streicher mußte von französischen Polizisten vor den Angreifern geschützt werden. Bis in den Zug verfolgten ihn zwei Juden. Um nicht erstochen zu werden, wurde er vom Schaffner in ein abgesondertes verschlossenes Abteil gebracht[1]).

Am 10. Januar 1921 war ein Jahr seit dem Inkrafttreten des Versailler Diktates vergangen. Das deutsche Volk wurde ausgesogen bis zum letzten Blutstropfen. Die Regierung war feige und unschlüssig und trieb eine verbrecherische Erfüllungspolitik. Langsam hatten völkische Männer sich in nationalen Bünden und Parteien zusammengefunden. Aber ihr Ehrgeiz war größer als ihr Patriotismus. Deshalb waren sie zersplittert und uneinig. Sie wußten, daß sie auf diese Weise niemals etwas erreichen würden. Trotzdem fühlte sich ein jeder vom Schicksal berufen, an der Spitze seiner Partei den Sieg davon zu tragen. Während sie auf der einen Seite die große völkische Einigung herbeisehnten, konnten sie sich auf der anderen Seite nicht entschließen, sich einem Manne unterzuordnen. Die von der Leitung der deutschsozialistischen Partei eingeschlagene mäßige Richtung in der Judenfrage zeitigte verderbliche Folgen. Vergebens hatte Julius Streicher gewarnt. Die Partei verlor ihren letzten Aktivismus und war nun schwächer

[1]) D. S. 1921 FF. 2. 3.

denn je. Um so lauter wurde aber der Ruf zur Einigung. Alfred Brunner hoffte durch einen Zusammenschluß mit der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei die verlorene Schwungkraft wieder zu gewinnen und drängte auf die Sanktionierung der in Salzburg angebahnten Einigung. Der 3. Parteitag der DSP. in Zeitz sollte sie herbeiführen. [1]) Er fand vom 26.—28. März statt. Die Parteileitung richtete einen Aufruf im „Deutschen Sozialisten" an alle Mitglieder und Anhänger. Er lautete: „Kommt, alle, alle! Der dritte Parteitag muß ein Markstein in der Geschichte der Bewegung werden."

In Zeitz waren erschienen: der Leiter der DSP., Alfred Brunner, der Vorstand Holtz, Berlin, der Geschäftsführer Barber, Berlin, und der Leiter der Parteipresse, Julius Streicher. Von der NSDAP. war Drechsler, München, von der nationalsozialistischen Partei der Tschechoslowakei Jung, Troppau, und von der nationalsozialistischen Partei Oesterreichs Riehl, Wien, vertreten. Außerdem waren sämtliche Vertreter der Landesverbände der DSP. anwesend: Nordbayern, Westfalen, Lippe, Sachsen, Rheinland, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin und Niedersachsen.

Auf dem Begrüßungsabend sprach Julius Streicher. Seiner Rede folgten die Berichte der Vertreter der Landesverbände. Nordbayern konnte 800 Mitglieder melden und nahm unter den Landesverbänden die erste Stelle ein.

Am nächsten Tag begannen die langwierigen Beratungen über die Einigung. Drechsler wurde gefragt, wie sich die NSDAP. verhalte. Er teilte mit, daß er keine Vollmacht mitgebracht habe und daß Adolf Hitler nicht beabsichtige, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen, da der in Salzburg festgelegte Beschluß zwischen der NSDAP. und DSP. von letzterer nicht eingehalten worden sei. Es handelte sich um das Uebereinkommen, daß alle in Süddeutschland bestehenden deutschsozialistischen Ortsgruppen sich der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, alle norddeutschen nationalsozialistischen Ortsgruppen sich der deutschsozialistischen Partei anzuschließen hätten. Tatsächlich hatte die DSP. dieses Versprechen nicht eingelöst.

In der DSP. war bekannt, daß zwischen Hitler und Drechsler Unstimmigkeiten vorhanden waren. Brunner begann deshalb diesen zu überreden, die Einigung zu vollziehen, wenn auch Hitler nicht damit einverstanden sei. Drechsler wurde begeistert umschwärmt, bis er zusagte. Freudig erregt rief er aus: „Ich freue mich, daß so viele tapfere Kämpfer erschienen sind. Ich würde es begrüßen, wenn es zu einer Einigung käme." Bald darauf beteuerte er: „Ich setze nötigenfalls meinen Vorsitz daran, wenn ich bei meinen Genossen nicht das richtige Verständnis für die Sache finden sollte."

[1]) H. A. München Akt DSP.

Es folgten nun die Verhandlungen über den Namen der Partei. Da man sich über die Begriffe „deutsch", „national", „völkisch", Arbeiter" nicht schlüssig werden konnte, wurde zur endgültigen Regelung eine Kommission gebildet. In dieser waren Jung, Drechsler und Holz vertreten. Sie beschlossen, daß der in Salzburg festgelegte Name „Deutsche nationalsozialistische Partei" beibehalten werden solle. In 6 Punkten wurden dann die Richtlinien über den Zusammenschluß der beiden Parteien ausgearbeitet. Beiläufig erwähnte Drechsler noch, daß Adolf Hitler unter keinen Umständen zu bewegen sei, das Wort „Arbeiter" im Namen der Partei wegzulassen. Daraufhin erlaubte die Kommission, daß die Münchner Gruppe, also die NSDAP., diesen Namen weiterhin zum Zwecke der „Werbearbeit" tragen dürfe. In den Richtlinien wurde bestimmt, daß die geeinte Partei aus zwei Landesleitungen bestehe: München und Berlin. Berlin solle der Vorort sein und den 1. Vorsitzenden aus den Reihen der Deutschsozialisten, München sollen den 2. Vorsitzenden aus den Reihen der Nationalsozialisten stellen.

Die Tagung in Zeitz war ein vollständiger Sieg der deutschsozialistischen Partei und damit der unkämpferischen Politik Brunners. Die Folgen waren nicht abzusehen. Drechsler hatte offensichtlich gegen den Willen Hitlers gehandelt. Hitler und Streicher waren ausgeschaltet. Brunner und Drechsler übernahmen die Führung der Partei. Als Adolf Hitler das Ergebnis von Zeitz erfuhr, war er empört. Die Unfähigkeit des deutschsozialistischen Vorstandes war ihm reichlich genug bekannt. Er war überzeugt, daß die NSDAP. erledigt sei, wenn sie sich der Berliner Führung anvertraue. Nach schweren inneren Kämpfen gelang es ihm, das Abkommen von Zeitz rückgängig zu machen.[1]) Durch sein Eingreifen hat Adolf Hitler damals die Bewegung gerettet. Er wäre in der Deutschen nationalsozialistischen Partei ebenso bekämpft worden wie Julius Streicher. Drechsler trat als 1. Vorsitzender zurück. Adolf Hitler übernahm die Führung der Partei.

Noch einmal versuchte Julius Streicher, die DSP. zu der kampffähigen Truppe zu machen. Unermüdlich schrieb und sprach er. Es gelang ihm nicht. Seine Gegner waren zu stark. Adolf Hitler hatte seine Quertreiber in München, Julius Streicher in Berlin, in Düsseldorf, Leipzig, Köln, Münster.

Am 13. und 14. August 1921 fand in Linz der zweite zwischenstaatliche Vertretertag aller völkischen Parteien, Bünde und Verbände statt.[2]) Da die NSDAP. nicht mehr erschienen war, waren Verhandlungen zwecklos. Adolf Hitler war der Meinung, daß nicht das Starke sich dem Schwachen, sondern das Schwache sich dem

[1]) D. S. 1921 F. 33.
[2]) Berendt 202 ff. H. A. München. Akt DSP.

Starken beugen müsse. Auch Julius Streicher blieb der Tagung in Linz fern.

Das Mißlingen in Zeitz und Linz machte den Berliner Vorstand noch unschlüssiger. Er nahm Verbindung mit der „Deutschsozialen Partei" auf, deren Vorsitzender Kuntze war, der Herausgeber des „Deutschen Wochenblattes". Damit war die Leitung der DSP. schon so weit gesunken, daß sie sich mit einem Manne einließ, der das Wort „sozialistisch" als verpönt ansah.

Für Julius Streicher wurde die Lage immer unmöglicher. Mit unendlicher Geduld hatte er versucht, die Partei zu einer starken Kampftruppe zu machen. Als in den Sommermonaten sich das Tempo immer mehr verlangsamte, da hielt er es für verfehlt, noch länger auf verlorenem Posten zu kämpfen.

Am 26. und 27. November war Führertagung in Magdeburg.[1]) Wieder wurde geredet und geredet. Da stellte Julius Streicher den Antrag die DSP. aufzulösen. Ihm stimmten die Vertreter von Kiel und Zeitz zu. Da diesem Antrag nicht stattgegeben wurde, trat er mit den beiden genannten Vertretern aus der Partei aus.

[1]) H. A. München Akt DSP.

IV.

Die deutsche Werkgemeinschaft

Als Julius Streicher enttäuscht die DSP. verließ, eroberte Adolf Hitler die Säle. Am 4. November 1921 sprach er im überfüllten Hofbräuhaussaal in München. Wenige Stunden vor Beginn der Versammlung erfuhr er, daß die Marxisten einen großangelegten Angriff planten, um endgültig mit der Hitlerpartei Schluß zu machen. In der Eile konnten nur 46 Ordner eingesetzt werden. Diesen standen 800 Marxisten gegenüber. Dennoch gelang es den 46 Nationalsozialisten, die vielfache Ueberzahl in die Flucht zu schlagen. Nach der Saalschlacht nannte Adolf Hitler diese mutigen Männer Sturmabteilung — SA. Die bekannte Saalschlacht bewirkte, daß bis zum 9. November 1923 keine nationalsozialistische Versammlung mehr von Marxisten gestört wurde.[1])

Julius Streicher aber fing von neuem an. Er überlegte, ob er mit den aus der DSP. ausgetretenen Deutschsozialisten eine neue Partei gründen oder sich einer anderen anschließen sollte. Das letztere schien ihm günstiger. Seit einiger Zeit hatte er in Nürnberg eine Gruppe von Leuten beobachtet, die regelmäßig in einem kleinen Kreis zusammenkamen und dort wirtschaftliche, kulturelle und politische Fragen behandelten. Diese Leute standen unter der Führung des Nürnberger Arztes Dr. Beck und nannten sich „Deutsche Werkgemeinschaft". Diesen Namen hatte zu Beginn des Jahres 1921 der Augsburger Studienrat Dr. Dickel geprägt. Er hatte sich eingehend mit dem Buche Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes" beschäftigt und dasselbe in seinem Buche „Auferstehung des Abendlandes" zu widerlegen versucht. Dickels ursprüngliche Absicht war, einen Bund zu gründen, in dem sich alle die zusammenfinden sollten, denen die Erneuerung des Abendlandes am Herzen lag. Dieser Plan Dickels zerschlug sich. Dafür aber gründete er die „Deutsche Werkgemeinschaft".[2]) Diese sollte nicht eine neue Partei neben den vielen anderen sein, sondern die völkischen Parteien sammeln und zu einer starken Kampftruppe machen. Aus diesem Grunde war die „Deutsche Werkgemeinschaft" nicht „Partei", sondern

[1]) Sponholz 54 ff.
[2]) P. P. Nürnberg Akt DW.

„Bund". Beck und Dickel rechneten mit dem Ueberdruß des deutschen Volkes an der Parteiwirtschaft und hofften, daß dieser Umstand ihnen zustatten käme. Julius Streicher wußte, daß die Werkgemeinschaft sich nicht sehr unterscheide von den übrigen nationalen Parteien und Bünden, daß die beiden führenden Männer Dickel und Beck streng konservativ waren und daß die kulturellen und wirtschaftlichen Fragen mit größerer Vorliebe behandelt wurden als die politischen. Dennoch reizte es ihn, aus diesem Bund etwas zu machen und in Nürnberg eine starke Kampftruppe zu schaffen. Er führte den größten Teil seiner Anhänger aus der DSP. der Werkgemeinschaft zu und stellte ihr sein Blatt, den „Deutschen Sozialisten", jetzt als „Deutschen Volkswillen" zur Verfügung.[1]) War auch dieser Bund in vielen Punkten der DSP. gleich, so darinnen nicht, daß jener auf zwei Städte Nürnberg und Augsburg beschränkt war, diese aber sich über das ganze Reich ausgedehnt hatte. Außerdem hatte der Vorstand seinen Sitz in Nürnberg.

Am 20. November 1921 wurde im Petzengarten in Nürnberg die „Deutsche Werkgemeinschaft" als Verband zusammengeschlossen. Die einzelnen Ortsgruppen bekamen den Namen „Werkgemeinden". In den Vorstand wurden berufen: Dr. Beck als 1. Vorsitzender, Julius Streicher als 2. Vorsitzender, als Schriftführer Rittmeister v. Schuh, zum stellvertretenden Schriftführer Fleischmann, zum Schatzmeister Dr. Hummel, zu Beisitzern die früheren Deutschsozialisten Dr. Herpel, Kiel, und Kindt, Zeitz.

Das Programm des Bundes umfaßte 7 Punkte:

1. Schaffung eines deutschen Rechtes.
2. Schaffung einer deutschen Verfassung.
3. Schaffung eines deutschen Steuerrechtes.
4. Schaffung eines deutschen Volksheeres.
5. Deutschland den Deutschen.
6. Ausgestaltung des deutschen Schulwesens.
7. Schutz und Achtung der religiösen Bekenntnisse.

Julius Streicher ging mutig ans Werk. Die Bahn zum Kampf war frei. Woche für Woche wurden in der Werkgemeinde Nürnberg Sprechabende durchgeführt. Rassenpolitische Filme wurden gezeigt und wertvolle Vorträge gehalten. Noch aber hatte der Kampf in der Oeffentlichkeit nicht begonnen. Julius Streicher drängte aus dem kleinen Kreis hinaus. Die Werkgemeinschaft hatte um die Jahreswende 1921/22 ca. 1000 Mitglieder[2]), die NSDAP. dagegen ca. 5000. Adolf Hitler führte ständig Massenkundgebungen durch und vergrößerte von Tag zu Tag den Mitgliederstand.

---

[1]) Selbstzeugnis Julius Streichers.
[2]) P. P. Nürnberg Akt DW.

Julius Streicher sprach zunächst in den Orten, die am meisten verjudet waren. Die erste Versammlung fand in Kitzingen a. M. statt. Hier hatten die Juden den gesamten Weinhandel an sich gerissen und waren zum Schaden der Weinbauern reich geworden. Während diese in Schulden steckten, wohnten jene in herrlichen Villen. Seit geraumer Zeit hatten sich in Kitzingen a. M. Männer gefunden, die entschlossen waren, den Kampf gegen die fremde Rasse aufzunehmen. Am 8. Januar 1922 hatten sie eine Versammlung angesetzt und Julius Streicher als Redner gebeten. Große rote Plakate zeigten tagelang das Thema des Redners an: „An den Tag mit der Wahrheit!" Mit allen Mitteln versuchten die Kitzinger Juden unter Aufbietung ihres ganzen Einflusses ein Verbot der Versammlung herbeizuführen. Es gelang ihnen nicht. Julius Streicher kam. Er sprach von der Wahrheit und der Lüge, von der Vergangenheit und von der Zukunft. Atemlos horchten die Kitzinger Volksgenossen auf die Worte des Redners. Jahrzehntelang hatten sie unter der Willkür und Anmaßung des Judentums gelitten, jetzt kam es wie ein Lichtblick über sie. Sie wurden stolz und glücklich. Nachdem der Redner gesprochen hatte, forderte er die zahlreichen anwesenden Arbeiterführer auf, ihm zu entgegnen. Aber niemand meldete sich zum Wort.[1])

Wenige Tage später zog die „Deutsche Werkgemeinschaft" im Aischgrund ein. Hier war mancher begüterter Bauer der gierigen Habsucht jüdischer Viehhändler zum Opfer gefallen. Vielen wurde das letzte Stück Vieh aus dem Stall geholt und der Hof versteigert. Die Aufklärungsversammlungen waren überall in Massen besucht. Am 21. Januar fand eine solche in Markt Bibart statt. In diese war nicht nur die Einwohnerschaft des Ortes, sondern auch die ganze Umgebung gekommen.[1])

Am 10. Februar sprach Julius Streicher wieder in Kitzingen und befestigte dort die Stellung der Bewegung und ihrer Kämpfer durch eine zweite glücklich verlaufene Kundgebung.

Am 18. Februar war die bekannte Streicher-Versammlung in Schonungen bei Schweinfurt.[2]) Hier hatte der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens alles aufgeboten, um den immer gefährlicher werdenden Gegner zu vernichten. Jedes Wort wurde mitgeschrieben, um den Redner gerichtlich belangen zu können. Von der roten Industriestadt Schweinfurt war ein Trupp Marxisten gekommen mit der Absicht, die Versammlung zu sprengen. Der ehemalige Bauernführer Memminger meldete sich zum Wort und sagte, daß der Redner viel zu jung sei, um über diese

[1]) D. V. 1922 FF. 2. 4.
[2]) P. P. Nürnberg Akt DW.

Probleme zu reden. Darauf erwiderte Julius Streicher: „Herr Memminger, Sie sind älter als ich und haben gewiß viel Erfahrung gewonnen; aber es gibt auch ein Sprichwort, das heißt: „Alter schützt vor Torheit nicht", und das scheint bei Ihnen zuzutreffen." Da schrie ein Marxistenführer in den Saal: „Die Internationale lebe hoch!" Noch bevor die Genossen in den Ruf mit einstimmen konnten, rief der Versammlungsleiter: „Die völkische Gemeinschaft, der nationale Gedanke, er lebe hoch, hoch, hoch!" So wurde auch im roten Industriegebiet Mainfrankens der Angriff gegen die Volksfeinde eröffnet.

Augsburg[1]) war nach Nürnberg der Hauptstützpunkt der „Deutschen Werkgemeinschaft". Durch eine Massenversammlung am 8. März sollte dieser noch mehr ausgebaut werden. Julius Streicher war als Redner gewonnen worden. Der große Saal des Vereinshauses war überfüllt, so daß der Nebensaal geöffnet werden mußte. „Nicht Klassenkampf, sondern Rassenkampf ist die Wahrheit" rief der Redner den begeisterten Hörern zu.

Am 11. März weilte Julius Streicher wieder bei seinen Aischgrundbauern.[1]) Ipsheim bat ihn um eine Versammlung. In diesem Dörfchen unterhalb der alten Burg Hoheneck war der Jude schon frühzeitig erkannt worden. Der Marxismus hatte hier niemals festen Boden fassen können. Zur Begrüßung des Redners hatten die Bauern Gartenzäune, Hoftore und Fensterläden mit Hakenkreuzzeichen geschmückt. Von diesem Tage an war Ipsheim das uneinnehmbare Bollwerk der völkischen Bewegung in Franken.

Am 26. März war die bekannte Versammlung in Neustadt a. A.[1]) Die spätere Hochburg des Nationalsozialismus lag damals noch sehr im Argen. An diesem Frühlingstage aber wurde die Saat zur späteren Ernte gelegt. Die Juden erkannten die drohende Gefahr und versuchten die Versammlung zu verhindern. Die angeschlagenen Versammlungsplakate wurden heruntergerissen. An Julius Streicher wurde ein Telegramm nach Nürnberg gesandt und ihm mitgeteilt, daß die Versammlung nicht stattfinden könne. Eine ähnliche Nachricht stand auch in der Neustädter Zeitung. Bald herrschte im Ort heillose Verwirrung. Ueber Nacht aber wurden Zettel angeklebt und kündigten an, daß die Versammlung doch stattfinde. Der Löwensaal war überfüllt. Auf Leiterwagen waren die Bauern von Ipsheim gekommen. An ihren Wagen hatten sie große Hakenkreuze angebracht. 1600 Volksgenossen hörten begeistert die Worte Julius Streichers. Die „Deutsche Werkgemeinschaft" hatte festen Boden gewonnen. Einige Tage später sprach er wieder in Augsburg. Zum erstenmal trat hier der Saalschutz

[1]) D. V. 1922 F.F. 11. 13. 14. — P. P. Nürnberg Akt DW.

in Tätigkeit und sorgte für einen ungestörten Verlauf der Kundgebung.

Das größte Ereignis im Frühjahr 1922 waren die beiden großen Massenversammlungen im Herkulessaalbau in Nürnberg, am 4. und 11. April.[1])

Die erste Versammlung wurde auf blutroten Plakaten angekündigt. Dicht gedrängt standen die Massen vor den Litfaßsäulen. Um 7.00 Uhr, 1 Stunde vor Beginn, mußte der geräumige Saal wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Der Polizeibericht sagt, daß 3000 Menschen Einlaß finden konnten. 2000 weitere standen auf der Straße. Streicher sprach über die brennenden Fragen der Gegenwart, von der Not, von der Ursache des Elends, von der Schuld und den Schuldigen, von den Verführern und den Verführten. Nach seiner Rede belagerten mehr als 10 Marxisten das Pult, um zur Diskussion zu sprechen. Die Versammlungsbesucher weigerten sich, sie anzuhören. Erst auf Zureden Streichers durften sie mit ihren Entgegnungen beginnen. Da sie aber sachlich seine Ausführungen nicht widerlegen konnten, versuchten sie mit wüsten Schimpfworten den Eindruck seines Vortrages zu verwischen. Plötzlich sprang ein Arbeiter auf einen Stuhl und rief in den Saal: „Was wollen denn die kleinen Bonzen dort oben? Wo sind heute unsere Führer Braun und Süßheim?" Im Augenblick schrie der ganze Saal: „Süßheim soll hinaufgehen, Süßheim soll sprechen!" Der jüdische Rechtsanwalt hatte es verstanden unzählige Male deutsche Menschen gegeneinander zu hetzen, Bluttaten zu verursachen und die Wahrheit zu verdrehen. Stets war er der „Tapfere im Hintergrund". Jetzt ließ er seine Genossen im Stich und floh aus dem Saal.

Als Julius Streicher an diesem herrlichen Abend die gewaltige Begeisterung der Masse empfand, sagte er zu einem seiner Kameraden, der neben ihm stand: „Sehen Sie, wie in diesen Massen die deutsche Seele erwacht und sich aufbäumt gegen Lüge und Fremdherrschaft!" Der Nürnberger Oberbürgermeister Luppe erklärte tags darauf in der Stadtratssitzung, daß es ihm trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, die Versammlung zu verbieten. Er habe aber die Polizei angewiesen, die Rede anzuhören und bei den kleinsten Ausschreitungen die Versammlung aufzulösen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die führenden Männer der Polizei-Direktion Nürnberg-Fürth nationale Männer waren und kein Interesse daran hatten, die völkische Bewegung in Nürnberg zu zerschlagen. Die Polizeiberichte sind sachlich und klar und ohne jene Sympathie für die roten Machthaber. Die „Fränkische Tagespost" erkannte natürlich bald, daß sie an den leitenden Männern der Polizei keine allzu großen Freunde hatte und ließ sich deshalb in schmutzigen Artikeln

[1]) Ebenda.

öfters gegen diese aus. Nach dieser wohlgelungenen Versammlung feierten die Männer der Werkgemeinschaft Julius Streicher, der allen Warnungen zum Trotz den Angriff auf die marxistische Front gewagt hatte.

8 Tage später führte er den zweiten Schlag. Ein großes rotes Plakat mit der Aufschrift „Was will?" kündigte die zweite Massenkundgebung an. Die Juden Freund, Süßheim, Eisenstätter ließen nichts unversucht, die Sprengkommandos zu organisieren. Wiederum war der Herkulessaalbau zum Bersten voll. Die Marxisten hatten schon Stunden vorher sich die günstigsten Plätze gesichert. Es schien, als ob sie das Signal zum Sturm gar nicht erwarten konnten. Denn schon bei den ersten Sätzen versuchten sie durch Rufe wie „Zur Geschäftsordnung", „oho", „hört" und „Pfui" die Versammlung zu stören. Zuerst sprach ein Journalist aus München. Er konnte seine 1¼stündige Rede zu Ende führen. Dann bestieg Julius Streicher die Rednertribüne. Sein Thema lautete: „Republikanische Reaktion".

Jetzt konnte sich endlich der nur mühsam zurückgehaltene Haß der Marxisten entladen. Ein ohrenbetäubendes Gejohle erfüllte den Raum. Der Redner sah ein, daß ein Weiterreden aussichtslos sei, sprang auf einen Tisch, breitete die Arme aus und stimmte das Deutschlandlied an. Zu gleicher Zeit erhoben sich die Sprengkommandos, die Eisnerjugend, die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und Kommunisten und brüllten die Internationale. Deutschlandlied und Internationale kämpften um den Sieg. Schon waren die Lichter zur Hälfte ausgelöscht, da begann der geplante Ueberfall aufs Podium, wo noch die Redner mit ihren Kameraden standen. Stühle und Biergläser flogen durch die Luft, Stuhlbeine klatschten an die Wände. Mehrere Marxisten stürzten sich mit gezückten Messern auf Julius Streicher. Im letzten Augenblick konnte sich ein Mann namens Bimböse dazwischen werfen. Das Messer, das Streicher gelten sollte, traf diesen in die Hand. Nur dem sofortigen Einschreiten der Polizei war es zu verdanken, daß ein größeres Unglück verhindert wurde. Der Saal wurde geräumt.

Außerhalb des Saales setzte sich die Keilerei fort. Von der Tafelfeldstraße war ein Zug von 400 Jungkommunisten gegen den Saalbau marschiert. Ständig wurden Hochrufe auf die Internationale ausgebracht. Wer nicht mitschrie, wurde belästigt und tätlich angegriffen. Dann sammelten sich die Marxisten zu einer riesigen Demonstration durch die Stadt. Von der Polizei mußten mehrere Demonstranten verhaftet werden.

Nach der Versammlung begab sich Julius Streicher in ein in der Nähe liegendes Hotel, wo Dr. Beck und einige andere Werkgemeinschaftler zusammengekommen waren. Vor einer Woche war Julius Streicher von diesen hier als Held gefeiert worden, jetzt,

nachdem die Versammlung nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, fielen sie mit Vorwürfen über ihn her. Sie sagten, er solle endlich einsehen, daß es mit einer Massenbewegung nicht gehe, er hätte Unruhe und Unfrieden in ihren stillen Kreis gebracht und würde durch seine unüberlegten, tollkühnen Unternehmungen noch die ganze Bewegung in Gefahr bringen. Streicher war wütend und verließ mit einer treffenden Antwort das Hotel.

Weil die Polizei die anständigen Volksgenossen vor den Angriffen der wütenden Marxisten schützte, kritisierte die „Fränkische Tagespost" in längeren Ausführungen die polizeilichen Maßnahmen. Bei der Säuberung der Straßen vor dem Saalbau mußte die eingesetzte berittene Polizei auch auf die Gehsteige reiten, um die dort entstandenen Schlägereien zu beendigen. Die „Fränkische Tagespost" schrieb, daß die Polizei mit dieser Maßnahme die Arbeiterschaft provoziert habe. Denn, wenn ein Arbeiter des Schmutzes wegen mit seinem Fahrrad den Gehsteig betrete, werde er bestraft, wenn aber die Polizei auf den Gehsteig reite, geschehe nichts. In solch dummer Art wurde tagelang in diesem Blatte gehetzt. Im Stadtrat erklärte der Oberbürgermeister Luppe, daß es nur dank seiner gewissenhaften Vorbereitungen nicht zu weiteren Ausschreitungen gekommen sei.

Julius Streicher ließ sich weder durch diesen Mißerfolg, noch durch die Vorwürfe seiner Kameraden in seiner Kampfesweise einschüchtern. Wieder liefen beim Kultusministerium in München Beschwerdeschreiben über den „untragbaren" Schullehrer ein. Endgültig aber hatte das Judentum in Nürnberg erkannt, mit wem man es zu tun hatte. So zäh und hartnäckig war noch kein völkischer Kämpfer gewesen. Da die Gegner ihm sachlich nichts anhaben konnten, überschütteten sie ihn mit den gemeinsten persönlichen Verunglimpfungen. Man nannte ihn „Kapitalist", „Arbeiter- und Soldatenschinder", „Judenfresser", „Volksverhetzer", „Fantast", „Hakenkreuzritter", „König vom Hakenkreuz", „Exzellenz Hakenkreuz" usw. Vielen Mitgliedern der „Deutschen Werkgemeinschaft" war es peinlich, einen Mann in ihren Reihen zu haben, der in der Oeffentlichkeit so beschimpft wurde. Julius Streicher aber ging unbeirrbar seinen Weg. Er wußte, daß der, der den Juden angreift, den Kampf mit dem Teufel aufgenommen hat.[1])

Je mehr er verleumdet wurde, desto fanatischer kämpfte er. Am 23. April sprach er in Landsberg a. Lech, am 29. in Dottenheim und am 30. April in Emmelstätten und Markt Türkheim in Schwaben. Am 6. Mai rüttelte er Markt Einersheim auf, am 7. besuchte er wieder Kitzingen a. M. Hier erteilte er dem marxistischen Funktionär Nachtigall eine gehörige Abfuhr. Am 10. Mai sprach er in

[1]) P. P. Nürnberg Akt Streicher.

einer großen Versammlung in Ansbach und am 20. Mai wieder in Ipsheim. Am Tage darauf sprach er als Diskussionsredner in einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Scheinfeld als Diskussionsredner. Am 23. Mai führte er in Weißenburg eine sehr gut gelungene Versammlung durch. 1½ Jahre vorher konnten die Marxisten dieselbe noch stören. Am 24. Mai sprach er in Hersbruck, am 10. Juni in Blankenburg i. Thüringen und am 18. in Markt Bergel. Damit sind aber nur die wichtigsten Versammlungen genannt.

Sehr oft kam Julius Sreicher in irgendein Dorf, setzte sich zu den Bauern ins Wirtshaus und begann eine Unterhaltung. Er erzählte von Deutschland, von der großen und herrlichen Zeit und von dem Elend und der Not der Gegenwart. Auf diese Weise wurden in vielen Dörfern die ersten Kämpfer gewonnen. Oft waren die Versammlungen mit unsäglichen Schwierigkeiten verbunden. Entweder verweigerten die Wirte den Saal oder die Marxisten hielten diesen schon Stunden vor der Versammlung besetzt oder störten die Rede durch andauernde Zwischenrufe. Alle Versammlungen führte Julius Streicher neben seinem Schuldienst und aus eigenen Mitteln durch. Herzlich wenig blieb von dem kleinen Gehalt für die Familie übrig, und bittere Not kehrte bei ihm ein.[1])

Vom 22.—26. Juni 1922 fand in Nürnberg die Jahrestagung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft mit einer Ausstellung im Luitpoldhain statt. Da die Veranstalter sich weigerten, unter der Fahne der Republik ihre Tagung durchzuführen, wurde der Luitpoldhain in ein schwarz-weiß-rotes Flaggenmeer verwandelt. Am Bahnhof hatte die rote Stadtverwaltung eine riesige schwarz-rot-goldene Fahne zur Begrüßung der Gäste gehißt. Die Münchner Landwirtschaftsstudenten entfernten aber sogleich bei ihrer Ankunft die Flagge. Daraufhin erließ der Oberbürgermeister der Stadt an die Gäste und an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem er bei weiteren Vorkommnissen mit Polizeigewalt drohte.

Am gleichen Tage, am 24. Juni 1922, wurde Rathenau von zwei ehemaligen Offizieren, Oberleutnant Kern und Leutnant Fischer, erschossen. Sofort rissen die Marxisten die schwarz-weiß-roten Fahnen im Luitpoldhain von den Masten und traten sie in den Schmutz. Massenkundgebungen wurden veranstaltet und die Arbeiter zu sinnloser Wut entfacht. Am Sonntag fand der Trachtenzug der Landwirtschaftsgesellschaft statt. Die Teilnehmer wurden gezwungen, an Stelle der schwarz-weiß-roten Fahne die schwarz-rot-goldene mitzuführen, und die Musikkapellen mußten anstatt Marschmusik Trauermusik spielen. Durch brutale Gewalt wurde die Kundgebung der Gäste in eine Trauerfeier für den Juden Rathenau umgewandelt. Von den marxistischen Funktionären wurde für Montag,

[1]) D. V. 1922 F. F. 18—25.

den 27. Juni, ernstlich der Generalstreik erwogen. An diesem Tag mußten 40 000 Arbeiter an der Trauerfeier auf der Insel Schütt teilnehmen. Zu Ehren Rathenaus wurde von der Stadtverwaltung der Hindenburgplatz in Rathenauplatz umbenannt.[1])

In den kommenden Wochen und Monaten war die völkische Bewegung den schwersten Angriffen ausgesetzt. Einige Male wurden auch Anschläge auf Julius Streicher verübt. Wenn er spät in der Nacht von den Versammlungen nach Hause kam, lauerten ihm die Marxisten in der Nähe seiner Wohnung auf. Oft mußte er bei Freunden übernachten, um vor der Rachsucht verhetzter Fanatiker geschützt zu sein. Durch einen Kommunisten, der mit dem verfolgten völkischen Führer Mitleid empfand, erfuhr Streicher, daß auf ihn ein Kopfpreis von 200 000 Mk. ausgesetzt sei. So wurden die Sommermonate, die nach den anstrengenden Versammlungsschlachten, Erholung bringen sollten, eine Zeit der Aufregung und der Verfolgung. Dr. Beck und Dr. Dickel verloren immer mehr die Nerven. Sie hatten sich den Mitgliederzuwachs ganz anders vorgestellt.

Im Juli 1922 erschien Dr. Dickel eines Tages in Nürnberg und erklärte, daß sich die Kampfesweise Julius Streichers für die Bewegung äußerst schädlich erwiesen habe. Zugleich bestellte er den „Deutschen Volkswillen" für den Bereich Augsburg der „Deutschen Werkgemeinschaft" ab, mit der Begründung, daß die Zeitung die Judenfrage zu sehr betont und wirtschaftlich aufbauende und kulturelle Probleme völlig vernachlässigt hätte. Am 23. August trat Dr. Beck als Vorsitzender der „Deutschen Werkgemeinschaft" dann zurück und ernannte Dr. Dickel zu seinem Nachfolger. Dieser beabsichtigte in kürzester Zeit die geistige und weltanschauliche Leitung der Bewegung ebenfalls in seine Hand zu bekommen und der „Deutschen Werkgemeinschaft" an Stelle der Politik neue Aufgaben zu stellen, nämlich Wirtschaft und Kultur. Er geriet mit dem nicht weniger ehrgeizigen Schriftleiter Kellerbauer in Streit. Sie beleidigten sich in aller Oeffentlichkeit in der übelsten Weise. Die marxistischen Zeitungen triumphierten. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus und der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens atmeten auf. Endlich schien das Ende Julius Streichers gekommen zu sein. Von diesem Schlage würde er sich so bald nicht wieder erholen. Aber sie freuten sich zu früh.[2])

In diesen Wochen vereinigten sich wieder die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten.[3]) Die Spaltung hatte ihren Zweck erreicht, da durch sie die Kommunistische Partei entstanden war. Jetzt mußte der immer stärker werdenden völkischen Reaktion eine geeinte

[1]) Gärtner 321 f.
[2]) D. V. F. F. 34—38.
[3]) Gärtner 324 ff.

Partei gegenüberstehen. Dieselben Juden, die zwei Jahre vorher die Spaltung der Sozialdemokratie in MSP. und USP. propagierten, traten jetzt für die Wiedervereinigung dieser beiden Parteien ein. In zahlreichen Versammlungen sprachen die Redner der USP. und MSP. von dem Glück, das der Zusammenschluß der beiden marxistischen Parteien bringen werde. Die „Fränkische Tagespost" bemerkte, daß die völkische Bewegung nur durch eine Einigung aller Sozialisten vernichtet würde. Nachdem in den Sommermonaten 1922 unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus MSP. und USP. in nähere Fühlung miteinander gekommen waren, folgte im September ihr endgültiger Zusammenschluß. Die MSP. erklärte sich auf ihrem Parteitag in Augsburg am 21. September 1922 einstimmig für die Wiedervereinigung mit der USP. Ebenso beschloß die USP. auf ihrem Parteitag in Gera am 23. September 1922 den Zusammenschluß mit der MSP.

Von Augsburg und Gera begaben sich die Vertreter der beiden Parteien nach Nürnberg und schlossen sich am 24. September 1922 zur „Wiedervereinigten Sozialdemokratischen Partei" zusammen. In einer Kundgebung, an der Vertreter aus 14 verschiedenen Ländern teilnahmen, wurde der „geschichtliche Augenblick" gewürdigt. Es wurde ein Manifest verfaßt und darin niedergelegt, daß die Wiedervereinigung ausschließlich gegen die „Reaktion" vollzogen worden sei. In den Reden wurde unverhohlen ausgesprochen, daß es jetzt nach dem Zusammenschluß der sozialistischen Front ein leichtes sein müsse, eine völkische Gruppe nach der anderen auszulöschen.

Julius Streicher verfolgte mit Besorgnis diese Ereignisse. Während die Zerrissenheit und Schwäche im Lager der Völkischen weiter fortschritt, rüsteten die Marxisten geschlossen zum Frontalangriff. Seit mehr als drei Jahren hatte er versucht, eine gestählte Kampftruppe zu schaffen. Es war ihm nicht gelungen. Die Schwäche der Menschen war stärker als sein Wille.

Am 29. September 1922 hielt die Ortsgruppe Nürnberg der DW ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende der DW., Dr. Beck, gab folgende Erklärung ab:

„Die Werkgemeinschaft ist eine Kulturgemeinde. Sie lehnt jede Kampfpolitik ab. Sie beschränkt sich auf enger gesteckte Ziele und stellt sich auf rein geistige Entwicklung von langer Dauer ein." Mit dieser Erklärung wurde endgültig von der Deutschen Werkgemeinschaft die Kampfesweise Julius Streichers abgelehnt. Dieser trat aus der Bewegung aus, zog sich aber nicht, wie die Marxisten erwarteten, vom politischen Kampf zurück, sondern fuhr nach München zu Adolf Hitler und unterstellte sich diesem.[1])

[1]) D. V. 1922 F. 39.
Gauarchiv Nürnberg Akt Streicher.

V.

Die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bis zur 1. nationalen Erhebung

Julius Streicher bekräftigte seinen Entschluß in einem Brief an Adolf Hitler vom 8. Oktober 1922. Darin schrieb er, daß der größte Teil der Mitglieder der „Deutschen Werkgemeinschaft" ihm in die NSDAP. folge und daß er Adolf Hitler seine Zeitung, den „Deutschen Volkswillen", zur Verfügung stelle. Durch diese Tat Julius Streichers wurde der Mitgliederbestand der Bewegung fast verdoppelt und die Brücke zum roten Norden des Reiches geschlagen. [1])

Adolf Hitler würdigt in seinem Buche „Mein Kampf" den Entschluß des Frankenführers wie folgt:[2]) „Dies gilt besonders für den Hauptkämpfer der damaligen „Deutschsozialistischen Partei" in Nürnberg, Julius Streicher. Die NSDAP. und die DSP. waren mit gleichen Schlußzielen, jedoch gänzlich unabhängig von einander entstanden. Hauptsächlichster Vorkämpfer der DSP. war, wie gesagt, der damalige Lehrer Julius Streicher in Nürnberg. Zunächst war auch er von der Mission und der Zukunft seiner Bewegung heilig überzeugt. Sowie er aber die größere Kraft und das stärkere Wachstum der NSDAP. klar erkennen konnte, stellte er seine Tätigkeit für die DSP. und die Werkgemeinschaft ein und forderte seine Anhänger auf, sich der aus dem gegenseitigen Ringen siegreich hervorgegangenen NSDAP. einzuordnen und nun in ihren Reihen für das gemeinsame Ziel weiter zu fechten. Ein persönlich ebenso schwerer wie grundanständiger Entschluß."

Am Freitag, dem 20. Oktober 1922, wurde im Ludwigstorzwinger in Nürnberg die erste Ortsgruppe der NSDAP. gegründet.[3]) Von Erlangen, Hersbruck, Scheinfeld waren die Anhänger Julius Streichers gekommen. In drei Stunden schilderte er die geschichtliche Entwicklung der völkischen Bewegung in Franken. Er gedachte der großen Verdienste des verstorbenen Ingenieurs Karl

[1]) Gauarchiv Franken, Brief Streicher an Hitler.
[2]) Hitler 575.
[3]) D. V. 1922 F. 42.

Maerz, der im „Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund" einen unerbittlichen Kampf geführt hatte. Der Redner stellte fest, daß auch die „Deutsche Werkgemeinschaft" versagen mußte, da sie auf den Kampf verzichtete. Die letzten Sätze lauteten: „Das Ziel des Nationalsozialismus ist eine Umgestaltung Deutschlands von Grund aus, eine Revolution, nicht ein braver frommstiller Aufbau. Uns geht der Kampf ums letzte. Die Kernfrage dieses Kampfes aber ist und bleibt die Judenfrage. An ihr ist die Werkgemeinschaft gescheitert. Die deutsche Frage ist nicht zu lösen ohne die Judenfrage. Wirtschaftlich wird das Problem der Zeit nicht gelöst, wenn es nicht zuvor politisch als Machtfrage gelöst ist. Das ist Hitlers Standpunkt. Die Zeit rast dahin . . . Der Mittelstand ist vernichtet. Nicht oben, nicht unten, nicht rechts, nicht links kann man uns retten: Aus dem Volke muß das neue Volk kommen. Aus dem Willen des Volkes müssen die schöpferischen Kräfte geboren werden. Aus kleinen Anfängen von innen heraus ist Hitlers Macht gewachsen. Durch Kampf ist er geworden, was er ist."

Anschließend wurde die Vorstandschaft gewählt: 1. Vorsitzender wurde Julius Streicher, 2. Bürger, 3. Reusch, Kassiere: Pommer und Teichmann, Schriftführer: Raschbacher und Schmidt. Die erste Geschäftsstelle befand sich in der Ottostraße 13.

In den Herbstmonaten 1922 erregten zwei gerichtliche Entscheidungen in Deutschland größtes Aufsehen: Der Prozeß Rauh, der vor dem Landgericht Nürnberg, und der Ritualmordprozeß, der vor dem Schwurgericht Schweinfurt entschieden wurde.[1])

Der Prozeß Rauh entwickelte sich aus einem Verbrechen, das in Fürth verübt wurde. Der jüdische Rechtsanwalt Rauh von Fürth hatte im Juli 1922 ein Arbeitermädchen in ein Kino eingeladen. Nach der Vorstellung lockte er das Mädchen, mit dem Vorwand, etwas vergessen zu haben, auf seine Kanzlei und vergewaltigte es. Zur Verhütung von Schwangerschaft verwandte er Sublimatpastillen, die er in einer jüdischen Apotheke gekauft hatte. Das Mädchen erlitt dadurch so schwere Verbrennungen, daß es von Krämpfen befallen wurde, das Bewußtsein verlor und nach einigen Tagen starb. Die gesamte Nürnberger Presse hatte diesen Vorfall in nur wenigen Zeilen erwähnt und lediglich mitgeteilt, daß ein „bedauerliches Versehen" dadurch vorgekommen sei, daß sich ein junges Mädchen „bei einer Zärtlichkeitsanwandlung" dermaßen verbrannt habe, daß es gestorben sei. Der Polizeibericht fehlte. Ohne Zweifel wäre dieses Verbrechen bald wieder vergessen worden, wenn nicht Julius Streicher eingegriffen hätte. Er brachte die Angelegenheit in die Oeffentlichkeit, so daß die Polizei gezwungen wurde, das Verbrechen zu untersuchen. Es stellte sich heraus, daß derselbe Jude vier Wochen

[1]) P. P. Nürnberg, Gerichtsakten von Streicher.

vorher ein anderes Mädchen auf dieselbe Weise getötet hatte. Vor dem Landgericht Nürnberg wurde gegen den Juden Rauh wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge in zwei Fällen verhandelt. In bekannter Weise suchte die Partei des Angeklagten den klaren Tatbestand zu verdunkeln. Ueber die beiden Mädchen wurde Material gesammelt und damit diese in einen so schlechten Ruf gebracht, daß ihre Aussagen als unglaubwürdig hingestellt wurden. Bei ihrer Vernehmung auf dem Totenbette hatten sie erklärt, daß Rauh ihnen das Vorbeugungsgift aufgezwungen hätte. Der Jude Rauh dagegen sagte aus, daß die beiden Mädchen dies selbst getan hätten. Dem Juden Rauh glaubte das Gericht, während die beiden deutschen Mädchen als Lügnerinnen angesehen wurden. Der Jude wurde freigesprochen. In zwei großen Massenversammlungen — den ersten öffentlichen nationalsozialistischen Versammlungen in Nürnberg — klärte Julius Streicher die Nürnberger Bevölkerung über den wahren Sachverhalt auf. Der große Rosenausaal war beide Male überfüllt. Gegenüber den Gutachten zweier jüdischer Aerzte, die behaupteten, daß Sublimat nicht tödlich wirke, protestierten die deutschen Aerzte Nürnbergs. Ihr Urteil wurde jedoch nicht gewertet. Dem Juden dagegen und der Erklärung der jüdischen Aerzte wurde vom Gericht Glauben geschenkt.

Am 5. September 1922 wurde Julius Streicher vor dem Schöffengericht Schweinfurt „wegen eines Vergehens gegen die Religion" verurteilt. In der Versammlung in Schonungen bei Schweinfurt am 18. März 1922 hatte dieser geäußert, daß auch in der Gegenwart bei den Juden der Ritualmord üblich sei. In seiner Verteidigungsrede stellte er fest, daß in zahllosen Prozessen der vergangenen Jahrhunderte der Ritualmord bezeugt sei. Im Talmud selbst, Baktat Kethubot 102 b, sei diese religiöse Handlung genau beschrieben. Außerdem teile er nur die Ansicht der beiden Antisemiten Fritsch und Eisenmenger, die die gleiche Aeußerung vor ihm getan hätten, ohne daß gegen diese eingeschritten worden wäre. Im Osten, wo er im Kriege gewesen sei, würde ganz offen vom jüdischen Ritualmord gesprochen. Aber auch in Deutschland hätten kurz nach dem Kriege 16 Zeitungen von dem Verschwinden von Kindern um die Osterzeit geschrieben, und im Jahre 1920 seien in Nürnberg ebenfalls drei Kinder verschwunden.

Das Gericht vertrat den Standpunkt, daß die Juden innerhalb des Deutschen Reiches eine mit Korporationsrechten bestehende Religionsgesellschaft seien. Der Angeklagte habe diesen den Vorwurf des Mordes zu religiösen Zwecken gemacht. Mit seinen Behauptungen habe er die jüdische Religionsgesellschaft und die Einrichtungen ihres Passahfestes beschimpft. Für das Gericht seien

die von dem Angeklagten aus der Vergangenheit herangezogenen Beweise für die Gegenwart nicht maßgebend. Es hätten Beweise für die Gegenwart erbracht werden müssen. Da dies nicht geschehen sei und der Angeklagte sogar noch betone, er wolle seine Aussagen in weiteren Versammlungen wiederholen, könne sein Vergehen nur durch Freiheitsstrafe geahndet werden. Julius Streicher wurde zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen, sowie zur Zahlung der Gerichtskosten verurteilt.

Er legte gegen das Urteil Berufung ein. Daraufhin wurde am 10. November 1922 vor der Strafkammer des Landgerichtes Schweinfurt der Prozeß in der zweiten Instanz verhandelt.

Nach der Verteidigungsrede des Angeklagten erklärte der Staatsanwalt, daß es nicht seine Aufgabe sei, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob gewisse Stellen im Talmud den Ritualmord billigen oder sogar vorschreiben, ferner zu untersuchen, ob Fälle von Ritualmord nachgewiesen oder nachweisbar sind. Es sei die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß in Auswirkung eines finsteren und verbrecherischen Aberglaubens Greueltaten vorgekommen seien und in kulturell zurückgebliebenen Gegenden noch vorkommen könnten, die sich nach der Art und Weise der Durchführung als „regelrechte Ritualmorde" darstellen. Aber es könne nicht davon die Rede sein, daß die jüdische Religion als solche den Ritualmord lehre, billige oder vorschreibe. Was einzelne in der Verblendung ihres Aberglaubens vielleicht getan hätten, könne nicht der Gesamtheit der Religionsgenossen zur Last gelegt werden. Der Angeklagte habe einen Zusammenhang zwischen der allen Juden gemeinsamen Religion und dem Ritualmord behauptet und letzteren zu einem Bestandteil des allgemeinen jüdischen Kultus gemacht. Damit habe er die jüdische Religionsgesellschaft beschimpft. Bei dem Strafausmaß müsse als erschwerend berücksichtigt werden, daß es sich um einen ebenso erheblichen wie ehrenrührigen Vorwurf handle, der geeignet sei, die öffentliche Meinung zu Ungunsten der Betroffenen heftig zu erregen und dadurch recht bedenkliche Folgen nach sich zu ziehen.

Zu Gunsten des Angeklagten spreche, daß er glaube, das deutsche Volk retten zu müssen und seiner ehrlichen Ueberzeugung folge, ferner, daß er als gut beleumundet zu erachten und das Opfer seines heißblütigen Temperamentes sei. Deshalb dürfe man ihm bei der Bestrafung nicht den Stempel des Unehrenhaften aufdrücken, sondern ihm die zulässigen Vergünstigungen zuteil werden lassen. Julius Streicher wurde an Stelle der 14 Tage Gefängnis zu einer Geldstrafe von 2000 Mark sowie zur Tragung der Hälfte der Gerichtskosten verurteilt.

Der Jude Rauh wurde freigesprochen, der Nationalsozialist Streicher verurteilt. Jener, obwohl er zwei deutsche Mädchen getötet, dieser, weil er die jüdische Rasse an den Pranger gestellt hatte.

Am 27. Oktober 1922 führte die neugegründete Ortsgruppe der NSDAP. ihre erste Massenversammlung durch.[1]) Der Kolosseumsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Mehr als 2500 Volksgenossen waren gekommen. Wie zu erwarten, waren auch Marxisten erschienen, mit der Absicht, den Redner nicht zu Worte kommen zu lassen. Außerdem hatten sich mehrere Juden als Arbeiter verkleidet, um unerkannt die Versammlung stören zu können. In der Tat versuchten auch die Gegner, Julius Streicher in den ersten Sätzen seiner Rede zu unterbrechen. Da griff blitzschnell die erste Hundertschaft der Sturmabteilung der NSDAP., die „SA.", die in Nürnberg zum ersten Male eingesetzt war, ein und beförderte die Störenfriede mit raschem Griff aus dem Saal. Der Redner machte den Marxisten den Vorwurf, daß diese ihren ganzen Haß gegen ihn nur aus den beiden Zeitungen, der „Fränkischen Tagespost" und dem „Sozialdemokrat" nährten, die von Juden geleitet würden. Die Arbeiter sollten sich nicht ein Urteil bilden, das ihnen aus zweiter Hand verabreicht würde, sondern sollten selbst kommen, ihn hören und dann richten. Dann schilderte der Redner das Schicksal des russischen Arbeiters. Dasselbe würde auch dem deutschen Arbeiter zuteil werden, wenn er sich vom Juden länger führen lasse. Julius Streicher sprach bis Mitternacht. Die Versammlung wurde nicht gestört. Während der Rede und des Gesanges des Deutschlandliedes entfernten einige Kommunisten den Sowietstern von ihrer Brust. Nach Beendigung der Versammlung marschierte die Hundertschaft der SA. geschlossen durch die Stadt. In ihren Reihen befanden sich neue Kameraden. Es waren die Männer, die als Kommunisten ins Kolosseum gekommen und von Julius Streicher bekehrt worden waren.

Am 1. November 1922 hatte der sozialdemokratische Stadtrat Giermann in einer Stadtratssitzung die Sturmabteilung der NSDAP. beschimpft und verleumdet. Er kündigte an, daß er mit 50 000 Arbeitern gegen diese „Handvoll bewaffneter Nationalsozialisten" marschieren werde. Julius Streicher glossierte diese Aeußerungen in einem offenen Brief an Giermann und rühmte mit Ironie diesen Heldenmut.[2])

---

[1]) P. P. Nürnberg Akt Streicher.
[2]) D. V. 1922 F. F. 43, 44. 45.

Ende Oktober und November 1922 wurden in den Orten Hersbruck, Erlangen, Forchheim, Ipsheim, Augsburg, Forth Ortsgruppen der NSDAP. gegründet. Zum Teil traten die Werkgemeinschaften geschlossen über. Am 3. November wurde Schwabach, eine Hochburg der fränkischen Marxisten, erobert. Am 4. November gründete Julius Streicher die NSDAP. in Augsburg. Die Gegner hatten Vorkehrungen getroffen, die Versammlung zu stören. Eine Schar „Dickelleute" — der letzte Rest der Werkgemeinschaft in Augsburg — versperrten den Eingang zum Saal. Im Augenblick war aber die von München erschienene Hundertschaft der Sturmabteilung der NSDAP. zur Stelle und schaffte Ruhe und Ordnung.

Am 5. November war der „große Tag" in Hersbruck. Die NSDAP., die hier am 13. Oktober aus der Deutschen Werkgemeinschaft entstanden war, hielt ihre erste öffentliche Versammlung ab. Schon in den ersten Sätzen wurde Julius Streicher von den anwesenden Marxisten unterbrochen. Mit den alten parlamentarischen Zwischenrufen wie „Zur Geschäftsordnung", „Zur Sache" versuchten sie einen Skandal einzuleiten. Doch der Redner ließ sich nicht einschüchtern. Er sprach so packend und überzeugend, daß die Schreier bald verstummten. Von diesem Tage an war Hersbruck nationalsozialistisch.

Am 9. November fand die bekannte Massenversammlung im Kulturvereinssaal statt. Diese wurde einberufen, um endlich einmal die Bevölkerung über den Betrug und die dunklen Geschäfte der „Ernsten Bibelforscher" aufzuklären. Denn viele Leute wußten damals noch nicht, daß diese religiöse Vereinigung von einem Juden geleitet wurde und jüdischen Interessen diente. Am gleichen Abend hatten die Marxisten zu ihrer Revolutionsfeier in den Herkulessaal eingeladen. Nachdem Julius Streicher gesprochen hatte, meldeten sich ein Gewerkschaftssekretär und einige „Ernste Bibelforscher" zur Diskussion. Sie wurden widerlegt.

Unterdessen waren die Marxisten nach Beendigung ihrer Revolutionsfeier zum „Kulturverein" gezogen und versuchten in den Saal einzudringen. Während Julius Streicher, ohne die Ruhe zu verlieren, im Saal den letzten Gegenredner abfertigte, brüllte die Menge draußen: „Nieder mit Streicher!" — „Streicher verrecke!" Das Toben auf der Straße und vor dem Saaleingang wurde lauter und wilder. Die Hundertschaft der Sturmabteilung der NSDAP. säuberte mit Hilfe der Polizei die Straßen und stellte die Ruhe wieder her. Auch in diesem Falle waren jüdische Agitatoren die Schuldigen.[1])

Das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung trieb die Marxisten in sinnlose Wut. Am 1. Oktober 1922 hatte sich der

[1]) Ebenda.

„Sozialdemokrat", das Blatt der Unabhängigen, mit der „Fränkischen Tagespost", dem Blatt der Mehrheitssozialisten, verschmolzen. Der jüdische Schriftleiter Neumann vom „Sozialdemokrat" wurde in den Verlag der „Fränkischen Tagespost" übernommen.[1]) Am 14. November erschien in der „Tagespost" ein Artikel: „Soll es so weitergehen?" In diesem wunderte sich der Jude Neumann, daß Julius Streicher immer noch Lehrer war. Er forderte die Schulbehörde auf, doch nicht mehr die jüdische Bevölkerung von dem „Musterlehrer" bekämpfen zu lassen, sondern diesen aus seinem Beruf zu entfernen. Sodann wandte sich der Jude an den Staatsanwalt mit dem dringenden Ersuchen, umgehend gegen die „systematische Aufreizung einzelner Bevölkerungskreise" einzuschreiten. Es gebe für ihn nur zwei Möglichkeiten, hier Abhilfe zu schaffen: entweder Streicher als geisteskrank zu erklären und in eine Heilanstalt zu bringen, oder ihn als Verbrecher zu verurteilen und einzusperren.

In diesen Tagen fand auch eine geheime Sitzung der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei" in Nürnberg statt, in der über die Abwehrmaßnahmen gegen die NSDAP. beraten wurde. Es wurde beschlossen, daß die NSDAP. am wirksamsten durch die persönliche Diffamierung Streichers bekämpft werden könne. Denn mit dem Rücktritt Streichers sei auch die Partei erledigt. Auf dreifache Weise könne man gegen diesen vorgehen:

1. Man müsse ihn als Lehrer überwachen und feststellen, ob er infolge seiner politischen Tätigkeit den Schuldienst vernachlässige. Auch das kleinste Vergehen müsse dem Kultusministerium gemeldet werden.
2. Seine Verurteilung im Schweinfurter Ritualmordprozeß müsse für ein Disziplinarverfahren ausgeschlachtet werden.
3. In der Oeffentlichkeit müsse er dadurch unmöglich gemacht werden, daß man ihn in den Ruf eines Feiglings im Kriege und eines Soldatenschinders bringe.

Systematisch wurde Julius Streicher verleumdet. Vor nichts schreckten die jüdischen Funktionäre zurück. Von Mund zu Mund wurde verbreitet, daß er schon im Zuchthaus gesessen, Frauen geschändet und Sittlichkeitsverbrechen verübt habe. Soweit ging die jüdische Verleumdungskunst.[2])

Am 23. November rief Julius Streicher wieder zu einer Massenversammlung ins Kolosseum. Schon eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit des Versammlungsbeginnes mußte der Saal polizeilich gesperrt werden. Wieder waren die Nationalsozialisten

[1]) Gärtner 334.
[2]) P. P. Nürnberg Akt Streicher.

Nürnbergs gekommen, um ihren Julius Streicher zu hören. Wie immer, so waren auch diesmal die nationalsozialistischen Frauen am zahlreichsten erschienen. Stundenlang warteten sie geduldig auf das Erscheinen des Redners. Julius Streicher eröffnete den Kampf gegen die Verleumdungen von seiten der Juden und Marxisten. Die Hörer erwarteten, daß er zu den Beschimpfungen und Lügen Stellung nehme. Er tat das nicht. Was hätte es auch genutzt! Er wußte, daß der Angriff die beste Verteidigung ist. Hatten die Juden ihn verleumdet, so deckte er rücksichtslos ihre Verbrechen und Schandtaten auf. Er malte den Juden in seinen Farben, beschrieb ihn bis ins kleinste und beleuchtete seine dunklen Geschäfte. Er reihte Beispiel an Beispiel aus der Geschichte wie aus dem täglichen Leben. Brutal und bitter war diese Wahrheit zu hören, aber sie war notwendig und fruchtbar. Damit lenkte Julius Streicher die Aufmerksamkeit von sich auf seine Gegner. Er wußte, daß die Wahrheit stärker sei als die Lüge. So predigte er die Wahrheit und machte die Lüge wirkungslos.[1])

In diesen Tagen schlug Adolf Hitler die Auersozialisten in zehn Massenversammlungen kurz und klein. München und Nürnberg waren damals die beiden einzigen Städte, in denen der Freiheitskampf für das versklavte Vaterland in voller Schärfe geführt wurde. Durch den fanatischen Kampfeswillen der beiden Männer Adolf Hitler und Julius Streicher hatte der Nationalsozialismus in kurzer Zeit ganz Süddeutschland erfassen können. Die marxistischen Parteien mußten einsehen, daß dieser Ansturm nicht mehr aufzuhalten war. Seit dieser Zeit verliefen die Versammlungen ohne Störung. Niemand wagte mehr, in einer nationalsozialistischen Versammlung die Internationale anzustimmen oder ein Heil auf den Kommunismus auszubringen. Mit seiner SA. hatte Adolf Hitler sich das Recht in den Sälen erobert.

Jetzt mußten die Straßen frei werden. Die SA. erhielt Fahnen und Standarten, die Symbole des Kampfes. Am 11. November nahmen die Nürnberger Nationalsozialisten an der Fahnenweihe der Münchner Sturmabteilungen teil.[2]) Die erste Hundertschaft Nürnberg war vollzählig vertreten. Bald wehte auch die erste Hakenkreuzflagge in Nürnberg. Am 30. November 1922 war wieder eine Massenversammlung im Kulturvereinssaal. Eine Stunde vor Beginn der Kundgebung mußte der Saal polizeilich gesperrt werden. Eine Ueberraschung war angekündigt worden. Der westfälische Berg-

[1]) Ebenda.
[2]) D. V. 1922 F. F. 45, 50.

arbeiter Dolle und Julius Streicher waren als Redner vorgesehen. Es herrschte fieberhafte Spannung in dem vollbesetzten Saal. Da ertönte Marschmusik. Alle horchten auf. Im Eingang des Saales erschien eine große rote Fahne mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Grund, die Fahne der Bewegung. Die 3000 versammelten Nationalsozialisten standen einen Augenblick in atemloser Stille. Dann aber jubelten sie der ersten fränkischen Hakenkreuzfahne zu. Am 30. November 1922 leuchtete die fränkische Blutfahne zum ersten Male in einer nationalsozialistischen Versammlung.

Der Nationalsozialismus marschierte weiter. Im Dezember fanden wegen der Maßregelung einiger nationalsozialistischer Postbeamten zwei große Beamtenprotestversammlungen statt. In den beiden Kundgebungen sprach Julius Streicher.

Bei der Weihnachtsfeier, am 21. Dezember 1922, wurden die ersten vier Hakenkreuzfahnen geweiht. Vertreter der bis dahin gegründeten Ortsgruppen Frankens waren erschienen. Julius Streicher hielt die Weiherede und nahm den Treueschwur ab.[1])

Mit Not und Elend kam das Jahr 1923. Millionen deutscher Volksgenossen hatten die letzte Hoffnung verloren. Die Nationalsozialisten waren überzeugt, daß das neue Jahr die Entscheidung bringen würde — entweder Sieg oder Untergang. Vorahnend nannten sie es deshalb — das „Sturmjahr".

Der 3. Januar 1923 war für die Nürnberger Nationalsozialisten ein Freudentag ohnegleichen. Adolf Hitler sprach zum ersten Male in Nürnberg.[2]) Er kam anders, als ihn Freund und Feind erwartet hatten, er zog nicht mit Fahnen und Musik und nicht mit Gummiknüppeln und Pistolen ein, sondern er kam als Kamerad zu Kameraden. 3500 Volksgenossen hatten sich in den Kolosseumssaal gepreßt. Tausende konnten keinen Einlaß mehr finden und mußten sich damit begnügen, den Führer flüchtig auf der Straße zu sehen. Zwei Stunden sprach er. Als er seine Rede unter brausendem Beifall beendet hatte, da war kaum jemand mehr im Saal, der nicht von dem einen Gedanken erfüllt gewesen wäre, daß Deutschland nur von diesem einen Mann gerettet werden könnte.

Am 11. Januar 1923 brachen die Franzosen unter dem Vorwand der „absichtlichen Verfehlungen Deutschlands aus Kohlen- und Holzlieferungen" in das Ruhrgebiet ein. Die deutsche Regierung und der Reichstag protestierten gegen diesen Gewaltakt als einen Bruch

---

[1]) D. V. 1922 F. F. 49, 50.
[2]) D. V. 1923 F. 2.

des Versailler Vertrages. Die Sachlieferungen an Frankreich und Belgien wurden eingestellt, und die deutschen Botschafter und Gesandten aus Paris und Brüssel abberufen. Die Besetzung des Ruhrgebietes brachte über Deutschland großes Unglück. Die Reichsregierung konnte diesem französischen und belgischen Angriff nur den passiven Widerstand entgegensetzen. Der Gewaltakt im Ruhrgebiet rief im ganzen Volk größte Erregung hervor und brachte den nationalen Parteien einen erheblichen Aufschwung.

Infolge dieser umstürzenden Ereignisse nahm die Bewegung in Nürnberg ständig an Größe und Durchschlagskraft zu. Am 28./29. Januar fand der erste Parteitag in München statt. Um denselben zu verhindern, verhängte die bayerische Regierung den Ausnahmezustand und verbot die angekündigten Versammlungen und Umzüge. Die Regierung besaß aber nicht mehr die notwendige Kraft, ihr Verbot auch durchzusetzen. In etwas veränderter Form wurden dennoch sämtliche Veranstaltungen durchgeführt. Es wurden die ersten Standarten der SA. geweiht und den Sturmabteilungen übergeben. Der Parteitag war eine gewaltige Kraftprobe. In diesen Tagen wandte sich die Nordbayerische Kommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Bundesvorstand mit dem Ersuchen, daß es für die Gewerkschaften höchste Zeit und ernste Pflicht zum Eingreifen sei. Anfangs Februar mußte der bayerische Ministerpräsident v. Knilling im Landtag eingestehen, daß die „nationalsozialistische Bewegung zu einer außerordentlichen Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung geworden sei". Zwar versicherte er, daß die Regierung trotzdem den Staat zu schützen wisse, aber diese Worte waren nur Schall und Rauch. Am 18. März beschloß die Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei Frankens auf einer Konferenz in Nürnberg die Bildung einer Abwehrschutzorganisation von Partei, Gewerkschaften und Arbeitersportvereinen. Diese erhielt die Bezeichnung „Sozialdemokratischer Ordnungsdienst". Am 20. März stellte der bayerische Innenminister Dr. Schweyer fest, daß die Nationalsozialisten der Regierung nun offen den Kampf angesagt hätten. Es müßten „alle Machtmittel und Gegenmaßregeln bereit gehalten werden, um jede Gefahr im Keime zu ersticken".[1])

Ungeachtet dieser Versicherungen und Maßnahmen kämpften die Nationalsozialisten weiter. In den Monaten Januar, Februar und März wurden in Nürnberg 15 Massenversammlungen durchgeführt. In den meisten sprach Julius Streicher. Von Nürnberg aus wurden die Ortsgruppen Haßfurt, Pappenheim, Straubing, Bayreuth, Uffenheim und Gunzenhausen gegründet.[2])

[1]) Berendt 315 ff.
Gärtner 325 ff.
[2]) D. V. 1923 F. F. 1—12.

Vor kurzer Zeit waren die Marxisten noch die Herren der Säle und der Straßen gewesen. Jetzt führten die Nationalsozialisten Tausende in die Versammlungen, und die Sturmabteilungen marschierten mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel durch die Straßen. Mit Verleumdungen hatten die Juden geglaubt, Julius Streicher stürzen zu können. Es war ihnen nicht gelungen. In stürmischen Reden wehrte er auch die unverschämtesten Lügen ab. Was man aber auf der Gegenseite nicht erwartet hatte, das geschah jetzt. Streicher ging zum Gegenangriff über. Er schuf das Blatt zum Kampf für die Wahrheit: den „Stürmer".

Anlaß dazu gaben ihm die im Frühjahr 1923 innerhalb der Nürnberger Ortsgruppe entstandenen Intrigen.[1]) Bei der Gründung der Ortsgruppe am 20. Oktober 1922 war ein gewisser Ferdinand Bürger zum zweiten Vorsitzenden gewählt worden. Dieser mißbrauchte sein Amt dazu, Parteigelder für sich zu verwenden. Auf einer Vorstandssitzung wurde er aus der Mitgliederliste gestrichen. Bürger wandte sich an die „Fränkische Tagespost" und gab eine Erklärung ab, in der er die Nationalsozialisten als Betrüger und Schurken bezeichnete. Er fand in einem gewissen Preßl einen gerissenen Komplizen, der die meisten völkischen Verbände und Vereine durchwandert hatte, aber sich nirgends halten konnte. Im Januar 1923 kam er nach Nürnberg, wo er Aufnahme in die Ortsgruppe und einen hohen Betrag als monatliche Vergütung verlangte. Als ihm dies verweigert wurde, verriet er in seinem Haß die Bewegung und benützte, wie Bürger, die marxistische Presse zur „Aufklärung" gegen die Nationalsozialisten. Zu den beiden gesellte sich ein dritter Verräter, der Baron v. Schlieben. Dieser hatte im November und Dezember 1922 an Julius Streicher nicht genug „Huldigungsbriefe" schreiben können, in denen er diesen um seines Kampfgeistes willen bewunderte. Um dieselbe Zeit, als die „Tagespost" die „Erklärungen" eines Bürger und Preßl veröffentlichte, erschien in Nürnberg ein Plakat mit der Aufschrift „Osterbotschaft" dieses Baron v. Schlieben. In ihr beschimpfte er die nationalsozialistische Bewegung und rief zur Einigung der gesamten Bevölkerung gegen sie auf. Selbst Juden und Kommunisten sollten dabei helfen.

Doch damit nicht genug! Als sich am Samstag, dem 14. April, die Nürnberger Nationalsozialisten zum „Völkischen Tag" nach Marktbreit begeben hatten, lud Preßl die Bevölkerung von Nürnberg zum „Enthüllungsabend" in den Kulturvereinssaal ein. Selbstverständlich waren die Gegner des Nationalsozialismus, besonders die Nürnberger Juden, zahlreich erschienen. Der Abend versprach eine wahre Sensation zu werden. Die Nürnberger Pressevertreter verschlangen mit Heißhunger die „Enthüllungen" und veröffentlich-

[1]) D. St. 1923 F. F. 1, 2.

ten diese in spaltenlangen Artikeln. Die Marxisten tobten vor Freude. Denn sie glaubten, daß jetzt endlich die fränkische Bewegung und ihr Führer vernichtet wären. In der Tat stand es damals um die Bewegung äußerst schlimm. Aber die Gegner freuten sich zu früh. Sie wußten nicht, daß Julius Streicher seine Hauptwaffe noch nicht in den Kampf geführt hatte.

Dies tat er nun. Am 20. April 1923 erschien die erste Folge des „Stürmer". Er nannte die Zeitung sein persönliches Kampfblatt gegen die Verleumdungen der Gegner.

Da er die Masse erfassen wollte, mußte er so schreiben, daß ihn die Masse verstand, in einem Stil, der einfach und leicht zu begreifen war. Er hatte erkannt, daß die größte Wirkung auf die Zuhörer die freie Rede ausübte, da diese in einfachen Sätzen gehalten sei. Das mußte auch bei der Schrift zu erreichen sein, wenn der Stil der freien Rede auf sie übertragen wurde. Im „Stürmer" schrieb Streicher wie er sprach. Durch seine Aufsätze im „Deutschen Sozialisten" und „Deutschen Volkswillen" hatte er nur eine gewisse Schicht des Volkes gewinnen können. Der Arbeiter, der spät abends von der Fabrik nach Hause kam, war weder gewillt noch fähig, geistreiche Abhandlungen zu lesen. Er war aber bereit, das zu lesen, was ihn interessierte und was er begreifen konnte. Den Inhalt entnahm Julius Streicher dem täglichen Leben, den Stil aber der freien Rede. Damit gab er dem „Stürmer" die besondere Eigenart, die viele Intellektuelle nicht verstehen konnten, die aber im Grunde nichts anderes war, als das Ergebnis seiner jahrelangen reichen Erfahrung.

„Der Stürmer" erschien alle 14 Tage. Hatte Julius Streicher in der ersten Folge den Verrat in den eigenen Reihen aufgedeckt, so begann er schon in der zweiten Folge mit dem Angriff auf das Judentum. Der Beschützer der Juden in Nürnberg war der Oberbürgermeister Luppe. Er verdankte seine Stellung einem Süßheim, Freund, Bönheim usw. und bewies seine „politische Zuverlässigkeit" dadurch, daß er die völkische Freiheitsbewegung auf das heftigste bekämpfte. Furchtlos beleuchtete Julius Streicher die Arbeit dieses roten Bonzen im Nürnberger Rathaus. Luppe mochte ihn als Narren und Phantasten hinstellen und in Prozesse verwickeln, der „Stürmer" hatte sich festgebissen und gab nicht nach, bis das Vertrauen zu diesem marxistischen Funktionär geschwunden war.[1])

Die „gebildete Welt" lehnte das Kampfblatt mit einem überlegenen spöttischen Lächeln ab. Die einen vermißten wissenschaftliche Artikel, andere entsetzten sich über die Kampfesweise gegen die „jüdischen Mitbürger", wieder anderen war der Stil zu einfach oder der Inhalt zu wenig abwechslungsreich. Julius Streicher kümmerte sich nicht darum. Sein Ziel galt ihm mehr als sein guter

[1]) Ebenda.

Ruf und sein persönliches Ansehen. Das Schicksal hatte ihn berufen, sein Vaterland von Schmutz und Schande zu befreien. Daß er dies nicht als „friedlicher" und „ehrenhafter" Bürger tun konnte, das wußte er vom ersten Augenblick seines politischen Kampfes an. Nicht selten kamen Leute zu ihm und fragten: „Warum führen Sie denn einen solchen schmutzigen Kampf?" Diesen antwortete er: „Ich mußte in Dreck und Schande steigen, um Deutschland davon zu befreien. Gerne besudelte ich mich, wenn ich nur mein Vaterland wieder sauber und rein machen konnte." Viele standen dann mit leuchtenden Augen vor ihm und verstanden seine Worte. Manche aber schüttelten den Kopf über den seltsamen Mann und gingen weg. Heute ist „Der Stürmer" die größte antisemitische Wochenzeitschrift der Welt. Mehr als sechs Völker drucken ihn in ihrer Sprache. Das Weltjudentum hat längst aufgehört über ihn zu lachen. Es sieht in ihm seinen grimmigsten Feind. In vielen Auslandszeitungen veröffentlicht es das Bild Julius Streichers und schreibt darunter die bedeutungsvollen Worte: „Dieses Mannes Schuld ist die größte Schuld".[1])

Die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufene Lage wird für Deutschland immer schrecklicher. Am 31. Mai hat 1 Dollar einen Markwert von 69 500, am 30. Juni von 154 113, am 31. Juli von 1 097 250. Die Feinde beschlagnahmen die linksrheinischen Staatsforsten, die sämtlichen Kohlenlager, die Einnahmen aus deutschen Zöllen, Forsten und aus der Kohlensteuer. Wer sich weigert, den Eindringlingen Dienst zu tun, verfällt schweren Geld- und Freiheitsstrafen. 80 000 Deutsche werden ausgewiesen. 121 werden während des Ruhrkampfes von den Feinden ermordet. Am 15. August ist ein Dollar = 2 693 250 Mark, am 31. August = 10 274 250, am 17. September = 132 200 000 Mark.

Alle Proteste und Noten der deutschen Regierung bringen Frankreich nicht von seiner Gewaltpolitik ab.

Am 24. September 1923 wird durch Kabinettsbeschluß der passive Widerstand aufgegeben. Damit hat Deutschland den zweiten Krieg gegen Frankreich verloren.

Während diese schicksalsschweren Ereignisse heraufzogen, taten die Nationalsozialistische Partei und die ihr befreundeten Verbände alles, um den völkischen Sinn zu wecken und die völkischen Kräfte für die Entscheidung vorzubereiten. Im Laufe des Sommers wurden in vielen fränkischen Städten und Dörfern „Deutsche Tage" abgehalten. Die völkischen Vereine und Verbände trafen sich an besonderen

[1]) Stürmerarchiv Nürnberg.

historischen Gedenktagen mit den Nationalsozialisten, besannen sich auf ihre Pflicht und kamen sich auch ohne Zweifel näher. Der Höhepunkt dieser vaterländischen Rüsttage war der „Deutsche Tag in Nürnberg" am 1. und 2. September 1923.[1]) In der Erinnerung an die Siege von Tannenberg am 2. September 1914 und Sedan am 1. September 1870 sollte der Freiheitswille der nationalen Verbände gestärkt und geeint und das nationale Gewissen der Bevölkerung wach gerüttelt werden. In den marxistischen Parteien richteten die „Deutschen Tage" erhebliche Verwirrung an. Fieberhaft bemühten sie sich, die Gedenkfeier in Nürnberg zu verhindern. Die „Fränkische Tagespost" eröffnete die Kampagne, indem sie feststellte, daß solche Schlachtenfeiern in einer Zeit des „friedlichen Aufbaues" nicht nur entbehrlich, sondern sogar schädlich seien. Als diese Einwände jedoch nichts halfen, wandte sich das Judenblatt an den Staatskommissar Gareis mit dem Ersuchen, umgehend den „Deutschen Tag" in Nürnberg zu verbieten, da die nationalen Verbände einen Putsch beabsichtigten. Es wurden Sätze aus den Reden nationalsozialistischer Kämpfer angeführt und damit diese Befürchtung begründet. Der Staatskommissar, ein aufrechter, nationaler Mann, ließ sich nicht einschüchtern und bezeichnete die Befürchtungen der Marxisten als „alberne Gerüchte und einfältige Redereien". Nicht einmal der von der „Fränkischen Tagespost" angekündigte Generalstreik bewog ihn, den „Deutschen Tag" zu verbieten.

Zähneknirschend fügten sich die Gegner. Deutlich kam ihnen zum Bewußtsein, wie gering ihre Macht noch war. Um der Gefahr zu entgehen, durch die zu erwartende Begeisterung noch mehr an Vertrauen in der Bevölkerung zu verlieren, rief die Zentralleitung ihre Genossen während der Festtage zum Verlassen der Stadt auf. Die roten Turn-, Sport- und Gesangvereine führten außerhalb der Stadt Veranstaltungen durch und luden die gesamte Arbeiterschaft Nürnbergs" dazu ein.

Ebenso mieden die Juden die festliche Stadt. Sie überschwemmten die Ausflugsorte der Fränkischen Schweiz oder blieben noch in den Bädern, in denen sie sich während der Sommermonate aufhielten. Die übrigen ließen sich erst von der Polizei Sicherheit garantieren. Am Samstag, dem 1. September, verbrachten sie mehrere Stunden in der Synagoge. Diese wurde von blauer und grüner Polizei bewacht. Einige ließen sogar ihre jüdischen Firmenschilder übertünchen oder ersetzten sie durch deutsche.

Die bürgerliche Presse füllte ihre Spalten mit Vorberichten vom „Deutschen Tag". Die Blätter überboten sich gegenseitig in der Farbenpracht der Willkommgrüße. Es wurde an die Ruhmestaten der deutschen Geschichte erinnert, Aussprüche großer Männer

[1]) W. F. 1923 F. F. 60, 61, 62.

wurden zitiert und das Deutschland der Vergangenheit gefeiert. Zwei Namen fehlten in den ausführlichen Artikeln und Aufsätzen. Zwei Männer wurden übergangen — Adolf Hitler und Julius Streicher. Jedermann wußte damals, daß ein „Deutscher Tag" nur durch den jahrelangen Kampf dieser beiden erst möglich geworden war, daß diese im harten Ringen gegen den Marxismus sich erst das Recht in den Sälen und auf den Straßen erkämpft hatten. Trotzdem schwieg die bürgerliche Presse über sie. Der Nationalismus, den damals das Bürgertum zeigte, war ein anderer als der, den Adolf Hitler und Julius Streicher predigten. Er war Romantik, aber nicht Pflichtbewußtsein. Einige Wochen später sang die Nürnberger Presse wieder ihr altes Lied von Parlamentarismus und Erfüllungspolitik. Sie vermied es, Adolf Hitler und Julius Streicher zu nennen, weil sie diese später wieder bekämpfen mußte.

Der Führer der Nationalsozialisten in Nürnberg begrüßte ebenfalls die Gäste. Aber ganz anders wie die Presse der bürgerlichen Welt. Er schrieb in seinem „Stürmer": „. . . Ihr Vielen, die Ihr nach Nürnberg kommt, in die Stadt der Franken, wißt Ihr alle, wo der Feind des deutschen Volkes steht? Wißt Ihr alle, wie er heißt, der Erbfeind der Deutschen?" . . . Streicher zerriß den bunten Schleier der Romantik und hob den Ernst der Lage hervor.

Bei herrlichem Wetter war der Samstag, der 1. September, gekommen. Nürnberg prangte im schwarz-weiß-roten Flaggenschmuck. Schon in den frühen Morgenstunden herrschte am Hauptbahnhof geschäftiges Treiben. Es trafen die ersten Sonderzüge ein. Uniformen und Fahnen leuchteten in den Straßen, und Musikkapellen spielten flotte Märsche. Außer den Angehörigen der vaterländischen Verbände waren Auslandsdeutsche, Volksgenossen aus dem besetzten Gebiet und aus dem ganzen Reich gekommen. Gegen 200 000 Menschen waren zum „Deutschen Tag" gekommen.

Im Laufe des Vormittags wurden die Festzeichen und die Festschrift ausgegeben, die Unterkünfte zugeteilt, die Angekommenen in die Quartiere begleitet und die Fahnen untergebracht. Nachmittags war auf den Plätzen der Stadt Marschmusik. Abends um 8 Uhr begannen die Begrüßungsfeiern in den einzelnen Sälen. Im Kolosseum befand sich die NSDAP., im Deutschen Hof der Jungdeutsche Orden, im Museumssaal der Blücherbund, in der Turnhalle der Bund Bayern und Reich, im Herkulessaalbau der Bund Oberland, im Sebaldhotel die Vereinigung ehemaliger Angehöriger des k. b. Infanterie-Leibregimentes und in der Festhalle im Luitpoldhain sämtliche Abordnungen, die Vertreter aus dem Ausland, aus den besetzten und abgetretenen Gebieten und einige kleinere Verbände.

Im Kolosseum sprach der Führer zu seinen Parteigenossen über die politische Lage. Adolf Hitler stellte fest, daß die Entscheidung bevorstehe. Seine letzten Worte lauteten: „Die Uhr zeigt 5 Minuten vor 12."

Am Sonntag versammelten sich in den Morgenstunden die Kolonnen auf der Deutschherrnwiese zum Feldgottesdienst. Zehntausende füllten den weiten Platz. Im Herbstwind flatterten die Fahnen der Verbände. Auch die 16 Fahnen aus dem Bayerischen Armeemuseum waren zugegen.

Während des Gottesdienstes bot sich den Versammelten ein eigenartiges Bild. Hoch oben in der Luft zog ein mächtiger Adler seine Kreise. Erst sahen ihn wenige, bald aber jeder von den Zehntausenden. Auf den Standarten der SA. das Hoheitszeichen der NSDAP., der fliegende Adler, im blauen Aether aber der wirkliche? Sollte das ein günstiges Zeichen des Himmels sein?

Nach dem Feldgottesdienst marschierten die Verbände auf dem Hauptmarkt an ihren Führern vorbei. Adolf Hitler stand an derselben Stelle, wo an den Reichsparteitagen jetzt die SA. an ihm vorbeimarschiert. Julius Streicher stand neben ihm. Wenn hinter der Fleischbrücke die Fahnen eines Verbandes auftauchten, dann wurden diese mit lauten Heilrufen begrüßt. Riesengroß aber war die Begeisterung, als das blutrote Tuch der Fahnen der Sturmabteilungen sichtbar wurde. Ein einziger Jubelschrei ging durch die Massen.

Der „Deutsche Tag" war ein herrlicher Aufbruch. Mut und Zuversicht hinterließ er in den Teilnehmern und in der Bevölkerung. Darüber hinaus brachte er den „Deutschen Kampfbund". Die Sturmabteilungen der NSDAP., der Bund Oberland und die Reichsflagge schlossen sich zusammen. Adolf Hitler, Dr. Weber und Hauptmann Heiß gelobten treue Kampfgemeinschaft. Zum Zeichen ihrer Geschlossenheit unterschrieben sie einen Revers, in dem sie die Ziele und Richtlinien ihres Kampfes festlegten. Der Kampfbund bedeutete einen spürbaren Schritt nach vorwärts. Von der Novemberrevolution bis zu ihm führte ein schwerer ansteigender Weg. Aus den Trümmern des zerschlagenen Reiches hatten sich da und dort Männer erhoben, die den festen Willen zum Neuaufbau hatten. Sie hatten zueinander keine Verbindung. Ein jeder tat das, was er im Augenblick tun konnte, sammelte Gleichgesinnte um sich und organisierte diese in einem Verband. So waren die vaterländischen Verbände entstanden, zwar voller Unzulänglichkeiten, aber dennoch die ersten Lebenszeichen des wiedererwachenden deutschen Volkes. Die einzelnen Führer der Verbände erkannten aber gar bald, daß sie sich vereinzelt weder gegen die rote Uebermacht behaupten, noch das Reich von derselben befreien konnten. Deshalb schlossen sie sich in Nürnberg zur Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Verbände zusammen. Daraus entstand der „Deutsche Kampfbund".

Der „Deutsche Tag" hatte Bresche in die „Rote Hochburg" — als solche wurde Nürnberg angesehen — gelegt. Viele verführte Volksgenossen wurden bekehrt und lernten wieder deutsch denken und fühlen

Am Sonntag abend kehrten die Roten in die Stadt zurück. Im Süden Nürnbergs strichen einzelne Marxistentrupps durch die Straßen, um die letzten Besucher zu überfallen. Sie hatten es nur auf einzelne abgesehen. Wenn sie mehreren begegneten, zogen sie sich in den Schutz der Dunkelheit zurück. In den Vorstädten wurden eine ganze Anzahl von Kampfbündlern verletzt. Kurz vor Mitternacht begaben sich zwei Reichsflaggenangehörige durch die Voltastraße nach Hause. Mehrere Marxisten verfolgten sie mit Schmäh- und Schimpfrufen. Plötzlich stürzte sich die Uebermacht auf sie. In der Notwehr zog der am heftigsten Angegriffene seine Pistole, schoß einen der Gegner nieder und verletzte zwei weitere. Die übrigen entflohen.

Am „Deutschen Tag" wurden auch die Hundertschaften der Sturmabteilungen umgegliedert. Die SA. Nürnbergs wurde in vier Kompanien eingeteilt. Führer der 3. Kompanie wurde Karl Holz. [1])

Am 3. September kamen auch die Juden aus ihren Verstecken zurück. Die Angst, die sie weggetrieben hatte, verwandelte sich jetzt in tödlichen Haß. Die Teilnehmer am „Deutschen Tag" wurden in den Betrieben mißhandelt und entlassen. An den „Stürmer" gelangten Briefe mit erschütterndem Inhalt. Vor dem Eingang der Fabrik MAN. hatten sich zwei Juden aufgestellt, die aufpaßten, ob die bezahlten Genossen die Hakenkreuzler genügend mißhandelten.

In der Stadt waren überall Schlagzeilen mit den gemeinsten Beleidigungen Julius Streichers zu lesen. Er selbst erhielt anonyme Briefe, die wegen ihres sittlichen Tiefstandes nicht wiedergegeben werden können.[2])

Der gewaltige Eindruck konnte aber nicht mehr ausgelöscht werden. 50 Jahre war Nürnberg die „Rote Hochburg", mit dem „Deutschen Tag" wurde sie die „Hochburg vaterländischer Gesinnung und völkischen Lebens".

Der am „Deutschen Tag" geschaffene Kampfbund konnte aber erst dann den entscheidenden Endkampf wagen, wenn er von einer starken Hand geführt wurde. Darüber hatte man sich am „Deutschen Tag" nicht den Kopf zerbrochen. Die Regelung dieser Angelegenheit wurde von Tag zu Tag notwendiger. Während für die Nationalsozialisten und Bund Oberland als Führer des Kampfbundes nur Adolf Hitler in Frage kam, war die Meinung bei der Reichsflagge geteilt. Es gelang aber, die unruhigen Geister zu beruhigen. Am 25. September 1923 kamen NSDAP., Reichsflagge und Bund Oberland zu folgendem Beschluß[3]): „Angesichts des Ernstes der politischen Lage empfinden wir die Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Führung. In voller Uebereinstimmung in

[1]) Gauarchiv Franken Akt St.
[2]) D. St. 1923 F. F. 10, 11.
[3]) W. F. 1923 F. 68 — Frank, Epp 92 ff. 101 ff. 109 ff.

Weg und Ziel übertragen wir Führer der Kampfverbände bei voller Wahrung der inneren Geschlossenheit die politische Leitung Herrn Adolf Hitler."

Schon am 26. September erfolgte die Antwort der bayerischen Regierung. Ueber Bayern wurde der Ausnahmezustand verhängt und Regierungspräsident v. Kahr zum Generalstaatskommissar ernannt.[1]) Um die Geschichte und die Person des Herrn v. Kahr kennen zu lernen, ist es nötig, in das Jahr 1920 zurückzugehen. Am 13. März 1920 erließ die sozialistische Regierung Hoffmann einen Aufruf gegen den Berliner Kapp-Putsch, den der Befehlshaber der bayerischen Reichswehr General v. Möhl unterzeichnete. Damit waren die Zeitfreiwilligen nicht einverstanden und beabsichtigten mit Gewalt ihren Vorgesetzten General v. Möhl zum Rücktritt zu zwingen. Oberst v. Epp griff ein und erreichte, daß sich die Zeitfreiwilligen auf folgenden Vorschlag einigten. General v. Möhl solle sich von der Regierung Hoffmann die vollziehende Gewalt übertragen lassen und den oberbayerischen Regierungspräsidenten v. Kahr als Zivilkommissar ernennen. Mit dieser Lösung waren auch der Landeshauptmann der Einwohnerwehren, Forstrat Escherich, und Polizeipräsident Pöhner einverstanden. In den frühen Morgenstunden des 14. März fuhren Epp, Escherich und Pöhner zu Möhl und forderten ihn auf, den Vorschlag dem Ministerrat zu unterbreiten. Möhl tat es. Um 6 Uhr desselben Tages sprach Möhl vor dem Ministerrat. Er erklärte, daß die Zeitfreiwilligen revoltieren würden, wenn ihm nicht die vollziehende Gewalt übertragen würde. Am Abend des 14. März trat das Kabinett Hoffmann zurück, und Kahr wurde Ministerpräsident. Er verdankte seine Stellung den Zeitfreiwilligen, der Reichswehr, der Polizei und den Einwohnerwehren Escherichs. Am 24. Juni erklärte die deutsche Reichsregierung auf Wunsch der Entente die Einwohnerwehren für aufgelöst. Kahr zauderte anfangs, dann verweigerte er die Auflösung. Den Konflikt mit der Reichsregierung führte er aber in völliger Defensivstellung. Kahr war Beamter, aber kein Kämpfer. Seine Macht wurde von Tag zu Tag schwächer. Im Mai 1921 gab er schließlich der parlamentarischen Mehrheit nach und löste die Einwohnerwehren auf. Zum Danke dafür stürzten ihn die Parlamentarier wenige Monate später, im September 1921. Jetzt aber holten sie ihn wieder, weil sie glaubten, daß er sie vor dem Kampfbund schützen würde. Kahr war in der Bevölkerung sehr populär und galt als der „Vater der vaterländischen Verbände". Seine Person sollte den Eintritt nationaler Kreise in den Kampfbund verhindern. Er war nichts anderes als das Werkzeug der Bayerischen Volkspartei. Der Generalstaatskommissar begann seine Tätigkeit damit, daß er die Reichsregierung gegen den Kampfbund und diesen gegen die Reichsregierung ausspielte.

---

[1]) Ebenda.

Am 27. September 1923 untersagte er die von Adolf Hitler gegen den Ausnahmezustand festgesetzten Massenversammlungen, und am 1. Oktober weigerte er sich, das von der Reichsregierung erlassene Verbot des „Völkischen Beobachters" als „deutschfeindlich" abzulehnen. Die Haltung Kahrs war um so merkwürdiger, als gerade er in der fraglichen Nummer der nationalsozialistischen Parteizeitung scharf angegriffen worden war. Kahr erstrebte die Souveränität Bayerns, Adolf Hitler die Deutschlands. Dadurch, daß er das Verbot des „V. B." verweigerte, erklärte er sich gegen die Reichsregierung und dadurch, daß er die nationalsozialistischen Versammlungen untersagte, gegen den Kampfbund. Mit seinen Maßnahmen am 27. September und am 1. Oktober war er sowohl mit jener als auch mit diesem in Konflikt geraten. In der Schwächung der Reichsregierung und in der Spaltung des Kampfbundes sah er sich seinem Ziele näher kommen.

Auf den Ausnahmezustand Kahrs am 26. September, über Bayern, verhängte die Reichsregierung am 27. September diesen über das ganze Reich. Reichswehrminister Geßler bekam die vollziehende Gewalt und übertrug sie an seine 7 Wehrkreisbefehlshaber. Dies war in Bayern General v. Lossow. Bayern besaß nun zwei Kommissare, den Generalstaatskommissar v. Kahr — ernannt von der bayerischen Regierung, und den Reichskommissar General v. Lossow — ernannt von der Reichsregierung. Kahr versetzte der Reichsregierung den empfindlichsten Schlag dadurch, daß er Lossow unter seine Botmäßigkeit brachte. Ferner setzte er für Bayern das Republikschutzgesetz außer Kraft und befolgte keinen Befehl der Reichsregierung. Zu gleicher Zeit erwog er, wie er den Kampfbund zerschlagen könne. Er suchte einen Angriffspunkt und fand ihn in der schwankenden Haltung des Hauptmanns Heiß, des Führers der Reichsflagge. Dieser hatte von Anfang an andere Ziele im Auge als Adolf Hitler. Dies hatte er nicht selten unverhohlen Angehörigen seiner Bewegung erklärt. Kahr zwang Heiß aus seiner schwankenden Haltung zur Entscheidung.

Am 23. September hatte Heiß[1]) in Neumarkt i. Opf. eine Rede gehalten, in der er diejenigen als Verbrecher bezeichnete, die den Zusammenbruch Deutschlands bewußt herbeigeführt hatten. Die Reichsregierung erließ deshalb gegen Heiß den Haftbefehl und ordnete dessen sofortige Verbringung nach Leipzig an. Geschlossen traten die Nationalsozialisten für ihr Kampfbundmitglied ein. Die „Weiße Fahne", der frühere „Deutsche Volkswille", das Kampfblatt der Nationalsozialisten, schrieb am 2. Oktober 1923: „Wir werden nie und nimmer dulden, daß unsere Besten vernichtet werden. Wir werden, wenn es sein muß, dem Leipziger Büttel mit Gewalt ent-

[1]) Ebenda.

gegentreten und ihn an seinem schändlichen Vorhaben zu verhindern wissen. Und wir betonen, daß wir die Gewalt in Händen haben, die notwendig ist, um diesen roten Terror zunächst auf bayerischem Boden zu zerschmettern." Die „Fränkische Tagespost" und ihre seelenverwandten Blätter schrien und zeterten. Alles wartete gespannt auf die Entscheidung Kahrs. Er verbot die Vollziehung des Haftbefehls gegen Hauptmann Heiß. Die Bayerische Volkspartei schwieg. Sie war mit Kahr zufrieden. Heiß mußte sich jetzt entscheiden. Kahr oder Hitler? Würde er zu Hitler stehen, dann würde ihn Kahr verhaften lassen, wenn nicht, dann würde er frei sein. Am 6./7. Oktober rief er seine Unterführer zu einer Vertretertagung nach Nürnberg. Auch Adolf Hitler war eingeladen und anwesend. Nach kurzer Debatte teilte Heiß Adolf Hitler mit, daß er seine Politik ändere und sich Kahr zur Verfügung stelle.

Als der Führer der Nationalsozialisten ihm entgegnen wollte, wies Heiß ihn kurzerhand ab. Darauf gab Adolf Hitler die politische Leitung über die Reichsflagge, die er am 25. September übertragen bekommen hatte, an ihn zurück. Sodann stellte Heiß an seine Kameraden die Vertrauensfrage. Die Vertreter nördlich der Donau stimmten für Heiß, die südlich der Donau für Adolf Hitler. Daraufhin löste Heiß sämtliche Ortsgruppen südlich der Donau auf. Diese schlossen sich am 12./13. Oktober zur „Reichskriegsflagge" zusammen und unterstellten sich dem Kampfbund.[1]) Adolf Hitler blieb nach wie vor der Führer des Kampfbundes. Ueber die Tagung der Reichsflagge in Nürnberg am 6./7. Oktober schrieb der „Fränkische Kurier" vom 10. Oktober folgendes:

„Die Verhandlungen auf der Landestagung der Reichsflagge in Nürnberg haben ergeben, daß sie sich endgültig hinter die Politik Kahrs stellte. Damit soll keine bedingungslose Unterstellung auf Gedeih und Verderben ausgesprochen sein, die Reichsflagge ist eine großdeutsche Bewegung, mit den Zielen, die großdeutsche Frage zu lösen und wird, solange Herr v. Kahr denselben Weg geht, die Macht der Reichsflagge ihm restlos zur Verfügung stellen.

Im Zusammenhang damit hat Hitler die ihm vor einigen Tagen übertragene Führung des Kampfbundes niedergelegt, da er den Entschluß des Führers der Reichsflagge, hinter v. Kahr zu treten, nicht zustimmte."[2])

Das war die Antwort des Hauptmann Heiß auf die kameradschaftliche Treueerklärung der Nationalsozialisten anläßlich des Verhaftungsbefehls der Reichsregierung. Die Nationalsozialisten hatten ihm die Treue gehalten, er aber hatte sie verraten. Am 12. Oktober nahm Julius Streicher in einem offenen Brief zu dem

[1]) W. F. 1923 F. 72.
[2]) Fr. K. 10. Okt. 1923.

Verrat des Hauptmann Heiß Stellung. Der Brief lautete:[1])

„An den Führer der „Reichsflagge", Herrn Hauptmann Heiß, Nürnberg.

Herr Hauptmann!

Ich weiß es, der Weg, auf welchem ich heute zu Ihnen komme, ist ungewöhnlich. Er ist ungewöhnlich im guten Sinne, wie Ihre Handlungsweise, von der die Oeffentlichkeit redet, im bösen Sinne bezeichnet werden muß. Als ich Ihnen kürzlich auf dem Schloßplatz in Bayreuth (anläßlich des „Deutschen Tages" in Bayreuth am 30. September 1923) die Hand drückte, da erschrak ich. Ich fühlte, daß Sie mit Ihrem Gewissen im Kampf standen. Sie waren auf den Schloßplatz von Bayreuth nicht als der gekommen, als welcher Sie die Unterschrift unter jenes Schriftstück setzten, in welchem Sie Adolf Hitler Ihre Treue versichert hatten. Im gleichen Augenblick, in welchem ich Ihnen so empfand, schritt ich auf Hitler zu und sagte ihm, er möge sich dem Hauptmann Heiß gegenüber, wie er auf den Schloßplatz gekommen war, vorsehen. —

Ich hatte recht behalten. Mit Ihrer Unterschrift und mit Ihrem Handschlag hatten Sie sich wenige Tage vorher mit dem Manne verbunden, in welchem die von Ihnen Geführten immer schon die letzte Hoffnung für unser Volk sahen. Sie hatten Adolf Hitler innerhalb des Deutschen Kampfbundes als obersten politischen Führer anerkannt. Als kurz darauf Adolf Hitler aus grundsätzlichen Erwägungen heraus sich von seinem Gewissen in eine abwartende Stellung befohlen sah, da haben Sie Adolf Hitler verlassen.

Herr Hauptmann! Ich habe viel auf Sie gehalten, und mein Händedruck am Deutschen Tag war aufrichtig. Sie konnten an diesem Tag eine glänzende Tat an sich vorbeimarschieren sehen, die in der Heimatgeschichte und darüber hinaus verzeichnet steht. Sie sind mit Ihrem Anfang nicht bis zum stolzen gewissenhaften Ende gekommen. Sie haben in einem entscheidenden Augenblicke versagt. Sie haben durch Ihre Handlungsweise sich selbst als Führer der Vielen, die Sie liebten und Ihnen vertrauten, enthoben . . . Es ist unwahr, daß ich Sie öffentlich als Judenknecht bezeichnete. Ich werde Sie nie so heißen. Aber Ihre Handlungsweise erfühle ich als undeutsch und dafür trage ich gerne die Verantwortung.

Julius Streicher."

Am 12. Oktober hatte die NSDAP. im Herkulessaalbau einen Vaterländischen Abend.[2]) Im Kulturvereinssaal sprach Heiß zur Reichsflagge. Als Julius Streicher im Saal erschien, wurde er lebhaft begrüßt. Die SA.-Kapelle spielte flotte Märsche. Dennoch war die Stimmung unter den Nationalsozialisten gedrückt. Der

[1]) D. St. 1923 F. 12.
[2]) W. F. 1923 F. 74.

Abfall des Reichsflaggenführers von Adolf Hitler war noch nicht überwunden. Julius Streicher sprach. Da eilte ein SA.-Mann durch den Saal zum Redner und teilte ihm etwas mit. Julius Streicher beendigte sofort seine Rede. Im selben Augenblick ging die Türe auf, und Hunderte von Reichsflaggenleuten marschierten unter den Klängen des Präsentiermarsches in den Saal ein. Sie trennten sich von ihrem Führer und unterstellten sich Adolf Hitler. Damit war die Macht der Reichsflagge gebrochen.

Während Heiß sich Kahr unterstellte, hielt der Führer des Bundes Oberland, Dr. Weber, treu zu Adolf Hitler. In einer Entschließung vom 13./14. Oktober erklärte er, daß er trotz der Loslösung eines Teiles der Reichsflagge vom Deutschen Kampfbund diesem weiterhin treu bleibe. [1])

Inzwischen drängte Kahr zur Entscheidung. Der Ruf „Marsch auf Berlin" erregte die Gemüter. Die politische Luft war mit Zündstoff überladen. Jeder fühlte, daß etwas bevorstand. Kahr zauderte noch — aber wie lange noch? In der Bayerischen Volkspartei wurde damals offen von der Souveränitätserklärung und der kommenden Monarchie in Bayern gesprochen. Adolf Hitler wußte, daß, wenn Kahr diesen Schritt vollziehen würde, die Tage des Kampfbundes gezählt seien. Eine von Waffen getragene und von Priestern gestützte Herrschaft, wie sie die Bayerische Volkspartei im Sinne hatte, wäre für alle Zeiten uneinnehmbar geworden. Aus diesen Ueberlegungen entschloß sich Adolf Hitler zur nationalen Erhebung. Am 14. Oktober rief er 500 Parteigenossen aus dem ganzen Reich zu einer außerordentlichen Tagung nach Nürnberg.[2]) Er sprach über den Ernst der politischen Lage und deutete seine Absicht an.

Am 30. Oktober 1923 sprach Julius Streicher im Zirkus Krone in München. Die letzten Worte seiner Rede lauteten: „Hinaus mit allem Undeutschen, hinaus auch mit dem gottvergessenen Deutschen! Zum Sieg und zum Tod, wenn Adolf Hitler ruft." [3])

Einige Tage später sollte er wieder in München sprechen. Die Versammlung wurde aber von dem Generalstaatskommissar verboten.

Am 8. November 1923 hielt Kahr im Bürgerbräukeller in München eine programmatische Rede über die Durchführung seiner politischen Pläne. Adolf Hitler erkannte, daß es jetzt höchste Zeit zum Eingreifen war. Er rief seine Parteigenossen nach München und hieß sie, die Versammlung Kahrs zu besuchen. Am 8. November, mittags 12 Uhr, wurde auch Julius Streicher [4]) telephonisch benachrichtigt,

---

[1]) Ebenda.
[2]) H. A. Mchn. Akt 9. Nov. 1923.
[3]) H. A. Mchn. Akt Streicher.
[4]) Selbstzeugnis Julius Streichers.

umgehend nach München zu kommen. Er wußte, um was es ging. Er begab sich zu seinem Schulleiter und bat ihn um Dienstbefreiung. Da dieser aber sich weigerte, ihn zu beurlauben, erklärte Julius Streicher: „Das neue Deutschland ist im Anmarsch. Wollen Sie sich diesem Deutschland entgegenstellen oder nicht?" Darauf schwieg der Schulleiter. Julius Streicher entfernte sich. Gegen 4 Uhr nachmittags fuhr er im Wagen eines bekannten Fabrikanten nach München. Es herrschte regnerisches kaltes Wetter. Um 8 Uhr kam er dort an. Er fuhr sofort zur Redaktion des „Völkischen Beobachters". Ein patrouillierender SA.-Mann gab ihm Bescheid, umgehend in den Bürgerbräukeller zu kommen. Inzwischen hatte Kahr seine Rede bereits begonnen. Plötzlich entstand am Saaleingang Tumult. Adolf Hitler war mit seiner Begleitung erschienen und schritt durch den Saal zur Rednertribüne. Heilrufe wurden laut. Ein ohrenbetäubender Lärm erfüllte den Raum. Kein Wort war mehr zu verstehen. Durch einen Pistolenschuß gegen die Decke verschaffte sich der Führer Ruhe. Er betrat die Rednertribüne und verkündete unter dem unbeschreiblichen Jubel der Massen die nationale Revolution. Julius Streicher war im gleichen Augenblick vor dem Bürgerbräukeller angekommen, als Adolf Hitler den Saal betrat. Er folgte dem Führer auf das Podium und nahm an den Verhandlungen mit Kahr, Lossow und Seisser teil.

Gegen 1 Uhr nachts begaben sich Kahr, Lossow und Seisser in die Kasernen der Reichswehr und der Landespolizei und gaben den Schießbefehl auf die Nationalsozialisten. Sie brachen das Ehrenwort, das sie einige Stunden vorher Adolf Hitler gegeben hatten. In den frühen Morgenstunden des 9. November war der Verrat bekannt geworden. Julius Streicher machte dem Führer den Vorschlag, große öffentliche Kundgebungen durchzuführen. Dieser war damit einverstanden und bevollmächtigte Julius Streicher, diese Kundgebungen zu leiten.[1]) Dieser sprach kurz darauf zu der im Bürgerbräukeller liegenden SA. und zu den Angehörigen der Infanterieschule. Gegen 7 Uhr morgens ließ er einige Lastautos mit SA.-Männern und Rednern zusammenstellen. Auf allen öffentlichen Plätzen sollten Demonstrationen durchgeführt werden. Er selbst teilte sich einem Lastwagen zu, fuhr in Begleitung der 6. Kompanie durch München und sprach öfters zu der sich stets rasch ansammelnden Menge. Besonders eindrucksvoll waren die Kundgebungen vor dem Gewerkschaftshaus der Sozialdemokratie und auf dem Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle. Hier sprach er eine Stunde vor dem blutigen Zusammenstoß. Als er zum Bürgerbräukeller zurückkehrte, formierte sich gerade der Zug zum Einmarsch nach München. Er trat an die Spitze des Zuges. Der Marsch führte zur Ludwigsbrücke. Die hier stehende Schutzpolizei ließ den Zug passieren. Dann ging es weiter

[1]) Gauarchiv Franken Originalurkunde.

zur Feldherrnhalle. Hier standen die Soldaten der Landespolizei mit den Gewehren im Anschlag. Julius Streicher sprang vor die erste Führerreihe und rief den Soldaten zu: „Nicht schießen, nicht schießen!“ Da krachten die Schüsse. Jetzt riß er seine Brust auf und schrie: „Schießt hierher, ihr Hunde!“ Die Maschinengewehre knatterten, und die Todesschreie der Verwundeten gellten über den Platz. 16 Tote und ein halbes Hundert Verwundete lagen in ihrem Blut. Der Freiheitsmarsch der Nationalsozialisten war zusammengeschossen.[1])

Am 9. November nachmittags fuhr Julius Streicher nach Nürnberg zurück. Bei der Einfahrt in Nürnberg wurde er im Zuge verhaftet. Ein Polizeiwagen brachte ihn ins Rathaus, wo er in einer unterirdischen Zelle in Haft gehalten wurde. In diesen Tagen hatte der Regierungsrat Dr. Martin, der jetzige Polizeipräsident, gerade seinen Dienst angetreten. Er brachte dem Eingesperrten eine wollene Decke zum Schutze gegen die Kälte.

Wegen der Verhaftung Julius Streichers entstand in der Nürnberger Bevölkerung eine ungeheure Erregung. Der Staatsanwalt fürchtete Unruhen. Deshalb wurde Streicher am 11. November wieder aus der Haft entlassen. Kurz darauf wurde er nach Landsberg a. L. gebracht. Am 10. Dezember 1923 wurde er seines Dienstes als Volksschullehrer enthoben. Der erste Abschnitt seines Kampfes war zu Ende.

---

[1]) Selbstzeugnis Julius Streichers.
Rede Adolf Hitlers in Nürnberg am 2. 3. 1925.
P. P. Nbg. Akt Hitler.

LEBENSLAUF

Am 22. Februar 1910 wurde ich, Heinz Preiß als Sohn des Postinspektors Friedrich Preiß in Hammelburg geboren.

Nach der Reifeprüfung am Gymnasium in Münnerstadt im Jahre 1930 widmete ich mich an der Universität Erlangen dem Studium der Theologie.

Im Februar 1934 bestand ich in Ansbach das erste theologische Examen. Im Juni 1934 wurde ich von dem bayerischen Landeskirchenrat als Stadtvikar an der Christuskirche in Nürnberg angestellt.

Bei meiner nationalsozialistischen Gesinnung geriet ich mit der Leitung der evangelischen lutherischen Landeskirche Bayerns in Meinungsverschiedenheiten, die im November 1934 zu meiner Entlassung führten.

Im Juli 1935 wurde ich als Kulturreferent an der Landesstelle Franken des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und als Kulturhauptstellenleiter der NSDAP., Gau Franken, angestellt.

Im Oktober 1935 bestand ich in Dresden das zweite theologische Examen.

Im November 1935 begann ich neben meiner hauptamtlichen Tätigkeit das Studium der Philosophie mit dem Ziel des Dr. phil.

Die mündliche Doktorprüfung legte ich am 15. Juni 1937 ab.